

Bd. IX

Termine:

ed.

Justizprüfungsamt?

Ja — nein

Falls ja: P — K — V — R

Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn.

MiStra.

Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem **Landgericht Berlin**

Kammergericht
Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

RA. Vollmacht Bl.

gegen 1/Strechenbach,

Bruno

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: **455**

wegen

Mordes

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschuß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Strafvollstreckung im
Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss

Weggelegt

1977

Aufzubewahren: — bis 19

— dauernd —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein —

Ks Ls Ms

17s 13/65 (RSCHA)

AUJ 57

+ hv an abt roem eins =

--funkfernschreiben--

+ nwbopp nr. 3069 2510 0900 =

br.

polizeipraesidenten - roem.1 -a - ki 3 - 523/66- b e r l i n =

betr.: ermittlungsverf. gg. bruno s t r e c k e n b a c h u.a.
wegen mordes - gsta beim kg berlin 1 js 13/65 (rsha).

bezug: dort. fs nr. 2621 v. 21.10.66.

r e i p e r t , albert u. h o e p p n e r , rolf-heinz stehen
in der zeit vom 12. bis 16.12.66 in bad godesberg zur verfue-
gung und sind aussagebereit.

h o e p p n e r bittet, termin rechtzeitig bekanntzugeben u.
moeglichst auf morgens um 8,00 uhr verlegen. =

kk. bad godesberg, tgb.nr. 4657/66 gez. lichtenberg, kok+

rrr abt roem eins 25.10. nr 3069 fs 1027 seidel +

+hv an abt roem eins=

-- funkfernschreiben --

+eee nwbopp nr 351 0411 0905=

- bei funkuebermittlung verschluesseln --

br

an den polizeipraesidenten -roem.eins/a ki- 523/66 b e r l i n =

betr.: ermittlungsverfahren gegen bruno s t r e c k e n b a c h
u.a. wegen mordes -gsta. beim kg berlin 1 js 13/65(rsha),
hier: zeugenermittlung: theo s a e v e c k e, geb.
22.3.11 in hamburg, wohnhaft cuiiscorf/bei bonn,
Lengsorfer strasze 69.

bezug: cortiges fs. nr. 2610 v. 21.10.1966.

s a e v e c k e ist zu o.a. sache aussagebereit und steht in der
zeit vom 12. - 16.12. 1966 zur vernehmung durch die sta. berlin
zur verfuegung. telefonisch ist s a e v e c k e unter bonn
623803 zu erreichen. =

khst.bonn, -fahndung- tgb. nr. 12441/66+ i. a. gez. schneider+

+rrr abt roem eins 4.11. bonn nr 351 fs 1021 kunert +

cs

t

+ hv an abt roem eins =

--funkfernenschreiben--

+ nw cupp nr 2170 2710 0905 =

-- bei funkuebermittlung verschluesseln --

br

1.) an kripo berlin -roem eins - a - ki 3 - 523/66

nw

2.) nachrichtlich lka duesseldorf dezernat 15

in duesseldorf =

betrifft:ermittlungsverfahren gegen bruno streckenbach u.a.

wegen mordes - gsta beim kg berlin 1 js 13/65 (rsha)

dort : ersuchen sta 'in rl.bilstein =

bezug : fs nr 2615 vom 21.10.66 -kripo berlin =

die zeugin hirkes steht zum genannten zeitpunkt in den
nachmittagsstunden zur vernehmung zur verfuegung und ist
aussagebereit .=

der pp in cuizburg fa/ho ia gez hilbert kok +

rrr abt roem eins 27.10. nr 2170 fs 1012 seidel +

+ hv an abt. roem eins =

-- funkfernschreiben--

+ nwsbok nr. 849 2410 1422=

br

an pol.- praes. b e r l i n, roem. eins -a- ki 3 523/66 =

betr.: vernehmung des dr. meyer -eckhard heinrich, 19.3.08,
in der ermittlungssache gegen bruno streckenbach u.a.
wegen mordes -- gsta beim kg berlin 1 js 13/65 (rsha).
bezug: dort. fs nr. 2622, vom 21.10.1966.

herr dr. meyer - eckhard ist bereit, in der zeit vom 12.12. bis
16.12.1966 hier in siegburg zur vorliegenden sache auszusagen.
der genannte steht zur fraglichen zeit zur verfuegung.=

ok d/kpb -k- siegburg, i.a. h a a s e,kk.+

+ rrr abt roem eins 24.10. siegburg nr 849 fs 1720 konnerth +

+ hv an abt. roem eins =

-- funkfern schreiben --

+ nwrhpf nr 595 2410 1550 =

-- bei funkuebermittlung verschluesseln --

br

polpraes - roem eins - a ki 3 - 523/66 - b e r l i n =

betr : karl - heinz l a n g e n a u, 21/12/11 koenigsberg,
wohnhaft gladbeck =

bezug: dort funkspruch nr 2620 vom 21/10/66 =

l. steht in der zeit vom 5. bis 9. 12. 66 zur verfuegung. er ist auch aussagebereit. kripo gladbeck ist auszenstelle der krimi - malpolizei der kreispolizeibehoerde recklinghausen (polizeipraesident). l. ist im raume bottrop und gladbeck als kriminall - hauptkommissar dienstlich taetig. es erscheint zweckmaesig, dass der vertreter der staatsanwaltschaft oder der kriminalpoli - zeitliche ermittlungsbeamte zunaechst bei dem dienstvorgesetzten der kpb recklinghausen, dem polizeipraesidenten, oder dem leiter -k- vor der vernehmung des l. vorspricht =

polpraes recklinghausen, ia gez: pielsticker, k - direktor +

+ rrr abt roem eins 24.10. recklinghausen nr 2410 fs 1811

konnerth +

Der Polizeipräsident in Berlin

I-A - KI 3 - 523/66

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42 Tempelhofer Damm 1-7, den 15. Nov. 1966
Fernruf: 66 00 17 } App. 3015
Im Innenbetrieb: }

An den

Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht Berlin
z.H.v. StA'in Frl. BILSTEIN

1 B e r l i n 21

Turmstr. 91

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno S t r e c k e n b a c h
u.a. wegen Mordes - GStA bei dem Kammergericht Berlin
1 Js 13/65 (RSHA)

Bezug: Bisherige Rücksprachen

Anlagen: a) 8 Vernehmungsniederschriften
b) 5 Blatt Fotokopien

Als Anlage übersende ich Ihnen die Vernehmungsniederschriften der
Zeugen S t i e l , W e i ß f l o c h , S c h n e i d e r b a n g e r ,
Elfriede B a u e r , Wolfgang B e r g e r , M a c h t , B e e t z ,
und Otto S c h e u e r e r in vierfacher Ausfertigung.

Außerdem füge ich die Ablichtungen der von Ihnen angeforderten
DC-Unterlagen und den Funkfernschreibverkehr für Ihre Dienstreise
vom 5.12. - 16.12.1966 bei.

Im Auftrage

Paul
(Paul), KK

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

Verhandelt

Vorgeladen erscheint der Kriminalrat a.D.

Friedrich Stiel,
12.1.1894 Nürnberg geb.,
Nürnberg, Am Stadtpark 79 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich in einem Verfahren gegen Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes in Berlin wegen der Tötung von Fremdarbeitern zeugenschaftlich vernommen werden soll. Des weiteren soll ich hinsichtlich meines Wissens befragt werden, daß ich über eine Aktion verfüge, in deren Rahmen mehrere tausend Justizgefangene an die Polizei übergeben wurden, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO wurden mir bekanntgegeben und erläutert. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Polizei Angaben zu machen.

Im Jahre 1911 trat ich als Verwaltungsbeamter in den Dienst der Stadt Nürnberg. Bei Kriegsbeginn im Jahre 1914 wurde ich zum Wehrdienst einberufen und nach einer schweren Verwundung im Laufe des Jahres 1916 aus diesem Dienst entlassen. Ich versah wiederum bei der Stadtverwaltung Nürnberg Dienst und man übertrug mir in der Folgezeit die Leitung des Pass- und Fremdenamtes. Im Jahre 1923 wurde ich anlässlich der Verstaatlichung der Bayerischen Polizei vom PP Nürnberg übernommen.

Es kann im Laufe des Jahres 1932 gewesen sein, ich war inzwischen Polizeiinspektor, als meine Versetzung zur Verkehrs-polizei erfolgt ist. Als im Laufe des Jahres 1938 bei der Stapostelle Nürnberg-Fürth eine eigene Abwehrstelle im Be-nehmen mit dem Generalkommando XIII geschaffen wurde, bin ich dorthin abgeordnet worden. Diese Abordnung wurde mit Wirkung vom 1.7.1939 in eine Versetzung umgewandelt. Mit der endgültigen Versetzung wurde mein Dienstgrad in Kriminal-kommissar geändert. Mit Beginn des Krieges wurde ich als Kriegsverwaltungsoberinspektor einberufen und als Verbindungs-beamter des Generalkommandos XIII -Abwehrstelle im W ehrkreis XIII - zur Stapostelle Nürnberg-Fürth eingesetzt. Paralell mit dieser Tätigkeit betreute ich weiterhin, und zwar ab Ende 1942 meine alte Dienststelle, das Referat XXXXIII (Spionageabwehr). Mein Aufgabenbereich bei der Abwehr-stelle im Wehrkreis XIII war die Spionageabwehr, die Sicherung der Industriebetriebe in abwehrmäßiger Hinsicht und die Über-prüfung der in der Rüstungsindustrie in leitender Stellung tätigen Personen. Außerdem gehörte es zu meinem Aufgaben-gebiet, die Überprüfungen der Sicherheitsbestimmungen in den Kriegsgefangenenlagern zu zuladen. Meine Tätigkeit bei der Stapostelle Nürnberg-Fürth lief paralell mit der bei der Wehrmacht, ergänzte sich mit dieser und war in vielen Fäl-len mit ihr identisch. Die Aufträge waren sowohl vom mili-tärischen wie vom polizeilichen her in vielen Fällen die gleichen. Diese Tätigkeit übte ich bis zum Kriegsende aus. Mein letzter Dienstgrad war der eines Kriminalrates, den ich im Laufe des Jahres 1942 erreichte.

Wenn im Telefonverzeichnis der Stapostelle Nürnberg-Fürth mein Name unter der Referatsbezeichnung II A-R erscheint, so ist dies objektiv falsch. Ich war niemals Angehöriger dieser Dienststelle, sondern Leiter der gesamten Abteilung III. Das Referat II A unterstand einem KK O h l e r . Das Referat II A-R (Ostarbeiter) unterstand dem Leiter der Stapo-stelle, KD O t t o , persönlich.

Für das Kriegsgefangenenwesen war KK O h l e r zuständig.

Wenn ich gefragt werde, ob mir etwas von Sonderbehandlungen, gemeint ist die Exekution ohne vorliegendes Gerichtsurteil vollzogen an Ostarbeitern bzw. Polen, bekannt sei, so erkläre ich folgendes:

Von der Exekution von Angehörigen der sogenannten Ostvölker Russen, Ukrainer und Weißruthenen, habe ich zu keiner Zeit Kenntnis erhalten. Ich hatte damit weder dienstlich etwas zu tun, noch während meiner Tätigkeit außerdienstlich hiervon etwas in Erfahrung gebracht. Mir wurden die bisher bekannten Exekutionen im Raum der Stapo-Station Nürnberg-Fürth durchgesprochen. Mir ist in keinem einzigen Fall möglich, zu diesen Vorfällen Angaben zu machen. Allerdings habe ich eine ~~Eides~~stattliche Erklärung vorzuliegen, in der mir eine Frieda Nagel, whft. in Abenberg b. Roth, bestätigt, daß sie aufgrund meiner Interventionen vorzeitig aus dem KL Ravensbrück entlassen worden sei. Die Nagel hatte Geschlechtsverkehr mit einem Polen und ist deswegen in das KL Ravensbrück eingewiesen worden. Der Pole ist wegen dieser Angelegenheit in oder bei Abenberg erhängt worden. Wann die Exekution durchgeführt wurde, vermag ich nicht zu sagen. Ich bin aber sicher, daß es vor der Jahreswende 1942/43 war. Der Name des beteiligten Polen ist mir nie bekanntgeworden.

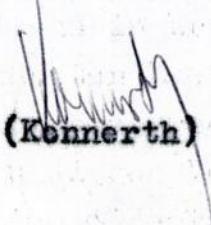
Wenn ich gefragt werde, welche Vorstellungen ich mit dem Begriff "Sonderbehandlung" verbinde, so fällt mir ein, daß ich damals unter Sonderbehandlung Einweisung in ein Konzentrationslager oder auch verschärzte Vernehmung verstand. Keinesfalls setzte ich diesen Begriff mit Exekution gleich.

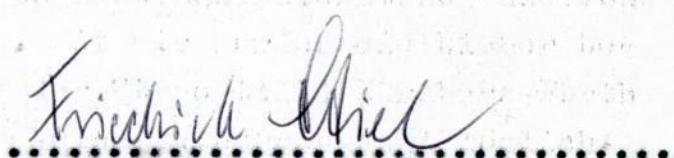
Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, ist mir von einer Aktion, in deren Rahmen mehrere tausend Justizgefangene, deren Strafhaft noch nicht beendet war, und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden, nichts bekannt. Von einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz, die Grundlage für diese Aktion bildete, habe ich noch niemals etwas gehört.

Das wäre an sich alles, was ich zum vorliegenden Sachverhalt zu sagen habe. Mir wurde während der Vernehmung eröffnet, daß ich unter Umständen die heute gemachten Angaben unter Eid erläutern müsse.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben


(Konnerth), KCM


.....

Bl.

I-A - KI 3 -

z.Zt. Zirndorf, den 4.11.1966

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

Verhandelt

Vorgeladen erscheint der Lagermeister

Johann Weißflock,
11.4.1908 Kelheim geb.,
Langenzenn LKrs. Fürth,
Bergstr. 8 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich in einem Verfahren, das sich gegen Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes wegen der Tötung von Fremdarbeitern richtet, zeugenschaftlich vernommen werden soll. Des weiteren soll ich befragt werden, was ich über eine Aktion weiß, in deren Rahmen mehrere tausend Justizgefangene an die Polizei überstellt wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO wurden mir bekanntgegeben und erläutert. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Polizei Angaben zu machen.

Nachdem ich vom 1.10.1927 an bei der uniformierten Polizei Dienst versehen hatte, wurde ich mit Wirkung vom 1.4.1938 zur Kriminalpolizei Nürnberg-Fürth abgeordnet. Ich kam zur Abteilung II, die mit der Bearbeitung politischer Straftatbestände beauftragt war. Einige Zeit später, wann es genau war kann ich heute nicht mehr sagen, wurde aus der politischen Abteilung die Stabstelle Nürnberg-Fürth. Meine Übernahme erfolgte als Kriminalassistent auf Probe. Nach Beendigung einer mehrmonatigen Probezeit erfolgte die endgültige Übernahme. Am 1.10.1939 wurde ich zum Kriminaloberassistenten und im Juni 1943 zum Kriminalsekretär be-

fördert. Das war dann auch bis zum Kriegsende meine letzte Beförderung.

Das Aufgabengebiet des Referates II A lag vor allem in der Bekämpfung des Kommunismus und Marxismus. Nach Kriegsbeginn kam das Kriegsgefangenenwesen hinzu. Als nach Ausbruch des Krieges mit der Sowjetunion eine Vielzahl von Ostarbeitern in das Reichsgebiet kamen, wurde die Abteilung II A-R geschaffen. Das "R" bedeutete Russen. In den ersten Monaten nach Aufbau dieser Dienststelle hatte zunächst noch der Leiter von II A, KK O h l e r , die Leitung inne. In der Folgezeit hatte sich der Leiter der Stapostelle Nürnberg-Fürth die Leitung dieser Dienststelle und alle damit zusammenhängenden Entscheidungen selbst vorbehalten. Mit Ausnahme einer Abkommandierung nach Oberschlesien, vom Herbst 1939 bis zum Herbst 1940, blieb ich bis zum Kriegsende bei der Stapostelle Nürnberg-Fürth. Auch mein Sachgebiet, also die Abteilung II A-R, blieb bis zum Zusammenbruch das gleiche.

Wenn ich gefragt werde, was mir über Exekutionen, vollzogen an Ostarbeitern bzw. sowjetischen Kriegsgefangenen, im Bereich der Stapostelle Nürnberg-Fürth bekanntgeworden sei, so fällt mir lediglich ein derartiges Geschehnis ein. Es kann im Laufe des Jahres 1944 gewesen sein, als in Langenzenn ein Fremdarbeitergefängnis eingerichtet wurde. Dieses Gefängnis galt als Ausweichsstelle des Polizeigefängnisses Nürnberg-Fürth und in ihm saßen mehrere hundert Ostarbeiter ein. Ich möchte diese Angabe dahingehend erweitern, daß auch noch Polen und Tschechen einsaßen, wenn auch in geringer Zahl. Leiter dieses Gefängnisses war innerdienstlich der Leiter der Stapostelle Nürnberg-Fürth, der KD O t t o . Verwaltungsmäßig wurde es vom Polizeipräsidium Nürnberg-Fürth betreut. Ich hatte in unmittelbarer Nähe des Gefängnisses, es bestand aus Baracken, ein Dienstzimmer. Die Bewachung wurde von Gendarmeriebeamten durchgeführt. Es kann Anfang 1945 gewesen sein, als ich eines Tages von KK O h l e r die fernmündliche Anweisung erhielt, 3 Ostarbeiter, die in Langenzenn einsaßen, zu

exekutieren. Damit war natürlich nicht gemeint, daß ich die Exekution nicht selbst durchführen sollte, sonder lediglich die hierzu erforderlichen Maßnahmen einzuleiten. Da es mir wiederstrebte eine derartige Maßnahme durchzuführen, bat ich O h l e r , er möge doch selbst nach Langenzenn kommen, um das Erforderliche zu veranlassen. Dieser, meiner Bitte ist KK O h l e r dann auch nachgekommen und er kam einige Tage später nach Langenzenn. Die Exekution wurde dann unter seiner persönlichen Leitung vollzogen. Sie fand statt in einer unbelegten Baracke und die 3 Häftlinge sind dann von anderen Ostarbeitern an einem Deckenbalken erhängt worden. Ich selbst war zunächst bei der Exekution zugegen, doch habe ich die Baracke, nachdem der erste Ostarbeiter erhängt wurde, verlassen, weil ich den Anblick nicht ertragen konnte. Was der Grund für die Exekution war, kann ich heute nicht mehr mit Bestimmtheit sagen. Ich glaube mich jedoch zu erinnern, daß die Hingerichteten Einbruchsdiebstähle oder auch Raubüberfälle begangen haben sollen. Den Vorgang selbst habe ich nie bearbeitet; soweit ich mich erinnern kann, wurde er von Beamten der Stadpostelle Nürnberg-Fürth, wahrscheinlich vom Referat II A 1 bearbeitet. Wie mir O h l e r sagte, ist die Exekutionsanordnung vom RSHA erteilt worden. Welches Referat im RSHA die Angelegenheit bearbeitet hat, ist mir nicht bekannt. Auch die Namen der Russen kann ich nicht mehr nennen.

Von weiteren Exekutionen habe ich keine Kenntnis erlangt. Ich möchte allerdings nicht ausschließen, daß Ostarbeiter, die wegen irgendwelcher Delikte von uns bearbeitet wurden auch zur Sonderbehandlung in ein Konzentrationslager eingewiesen worden sind. Postiv Kenntnis hierüber habe ich allerdings nicht erlangt. Um diese von mir soeben gemachten Ausführungen verständlich erscheinen zu lassen, möchte ich kurz die Arbeitsweise beim Referat II A-R schildern: Überwiegend hatten wir es mit dem sogenannten Arbeitsvertragsbruch zu tun. Die betreffenden Ostarbeiter wurden im allgemeinen von der Gendarmerie nach Verlassen

ihrer Arbeitsstelle aufgegriffen und in das Polizeigefängnis Nürnberg-Fürth, später Langenzenn, eingewiesen. Nach Vernehmung des Betreffenden und Aufnahme seiner Personalien wurde die Angelegenheit zur endgültigen Entscheidung dem Leiter der Stapostelle Nürnberg-Fürth vorgelegt. Die Vorlage erfolgte durch den damaligen KS B e e t z , der dann auch im allgemeinen dabei war, wenn der Stapostellenleiter sich die Ostarbeiter vorführen ließ. Dieser entschied dann auch, welche Maßnahmen gegen den jeweiligen Ostarbeiter zu treffen seien. Das konnte erneuter Arbeitseinsatz oder auch kurz- oder langfristige Einweisung in ein Konzentrationslager sein. Wir haben die Vorgänge dann nicht wieder zu sehen bekommen. Die Vorgänge sind je nach Entscheidung des Stapostellenleiters zur Personalaktenammlung oder zur Schutzhaftabteilung gegangen. Es gab natürlich auch Fälle, in denen die Ostarbeiter schwerere kriminelle Delikte begangen hatten und man annehmen mußte, daß unter Umständen Sonderbehandlung infrage kommen kann. Wer diese Vorgänge weiter bearbeitet hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich habe auch keine Vorstellungen davon, welche Dienststelle bzw. welcher Beamte mit der Bearbeitung derartiger Fälle beauftragt war.

Wenn ich gefragt werde, welche Vorstellungen ich damals mit dem Begriff "Sonderbehandlung" verband, so war es zunächst so, daß ich darunter eine etwas andere Behandlung der Ostarbeiter verstand als die Deutschen zuteil geworden ist. Erst später wurde mir dann klar, daß Sonderbehandlung mit ~~Exekution~~ Exekution gleichzusetzen ist. Ich glaube das ich diese Erkenntnis aufgrund von Gesprächen, die ich mit anderen Kollegen geführt habe, gewann. Einzelheiten hierüber vermag ich nach so langer Zeit nicht mehr anzugeben.

Hierzu möchte ich noch bemerken, daß ich sicher bin in keiner Akte, die ich bearbeitet habe, das Wort Sonderbe-

handlung vorgekommen ist. Ich habe auch zu keiner Zeit die Anweisung erhalten, in einem Bericht oder Vordruck Sonderbehandlung zu beantragen. Die Erlasse, die mit der Sonderbehandlung zu tun hatten, habe ich zu keinem Zeitpunkt gesehen. Ich bin auch seitens meiner Vorgesetzten niemals aufgeklärt worden, in welchen Fällen für Ostarbeiter Sonderbehandlung infrage kommen kann. Ich habe auch niemals davon Kenntnis erhalten, daß beim Vorliegen bestimmter Delikte sowjetische oder polnische Kriegsgefangene aus der Kriegsgefangenschaft zu entlassen und der Geheimen Staatspolizei zu überstellen seien. Ich bin sogar falsch verstanden worden, ich habe sehr-wohl davon Kenntnis gehabt, daß sowjetische Kriegsgefangene an die Geheime Staatspolizei überstellt werden konnten, doch sind mir die Erlasse, welche hierfür die Grundlage bildeten, nicht bekanntgewesen. Diese Kenntnis erhielt ich anlässlich von Inspektionen der Kriegsgefangenenlager, die in Hinblick auf die Sicherung derselben von uns durchgeführt wurden. Ich selbst habe mit Kriegsgefangenen niemals etwas zu tun gehabt. Es ist mir auch nicht möglich, die Beamten zu nennen, die dieses Sachgebiet bearbeitet haben.

Die Dienststelle II A-R war mit nur wenigen Beamten besetzt. Es handelte sich um den KS B e e t z , für kurze Zeit KS S c h e u e r e r , dem Kriminalangestellten W e 8 - l i n g , der inzwischen verstorben ist und mich.

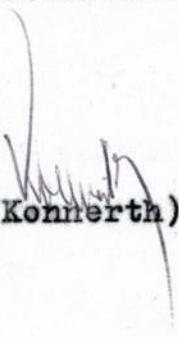
Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, ist mir von einer Aktion, in deren Rahmen eine Vielzahl von Strafgefangenen der Justiz, deren Strafzeit noch nicht beendet war, und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden, nichts bekannt. Von einer Vereinbarung, die zwecks Durchführung dieser Aktion zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz getroffen wurde, höre ich heute zum

ersten Mal. Allerdings entsinne ich mich, daß in einem Einzelfall ein Russe, der wegen Arbeitsvertragsbruchs im Raum Eichstätt gerichtlich verurteilt wurde, durch die Justiz an die Stapostelle Nürnberg-Fürth, es kann noch vor Ablauf der Strafzeit gewesen sein, überstellt wurde. Soweit ich mich heute noch erinnern kann, war bei dieser Überstellung von der soeben genannten Vereinbarung zwischen H i m m l e r und T h i e r a c k nicht die Rede. Ich bin aber ziemlich sicher, daß dieser Russe nicht in ein Konzentrationslager eingeliefert wurde, sondern zum Arbeitseinsatz in der Nähe von Langenzenn gelangte.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und
unterschrieben


(Konnerth), KOM

..... Johann Kippfuss

Bl.

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

12

Verhandelt

Vorgeladen erscheint der Lagerarbeiter

Johann Schneiderbanger,
13.9.1907 Maroldsweisach Krs. Ebern,
Bayern geb.,
Burgheim, Georgenstr. 14 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich in einem Verfahren gegen frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes in Berlin wegen der Tötung von Fremdarbeitern zeugenschaftlich vernommen werden soll.

Weiterhin soll ich hinsichtlich meines Wissens über eine Aktion befragt werden, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizhäftlingen von der Polizei übernommen wurde, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO wurden mir bekanntgegeben und erläutert. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Polizei vor dem Kriegsende Angaben zu machen.

Vom Jahre 1926 an war ich bei der uniformierten Polizei tätig. Im Laufe des Jahres 1937 bewarb ich mich um Übernahme in den Dienst der Kriminalpolizei. Bei der Kriminalpolizeistelle Nürnberg-Fürth legte ich dann auch alsbald eine Eignungsprüfung ab, die ich bestand. In der Folgezeit habe ich von der Kriminalpolizei keine weitere Nachricht erhalten.

Es kann im Febr. oder März 1940 gewesen sein, als ich durch einen Vorgesetzten davon Kenntnis erhielt, daß ich ab ~~sofort~~ zur Stapostelle Nürnberg-Fürth abgeordnet sei. In der Folgezeit habe ich dann bis zum Kriegsende bei der Stapostelle Nürnberg-Fürth Dienst versehen. Im Laufe des Jahres 1942 wurde die Abordnung gegen meinen Willen oder besser gesagt, ohne mein Dazutun in eine Versetzung umgewandelt. Bis zum Zeitpunkt der Versetzung führte ich weiterhin den Dienstgrad eines Polizeihauptwachtmeisters. Anlässlich der endgültigen Übernahme in den Dienst der Geheimen Staatspolizei wurde mein Dienstgrad in Kriminaloberassistent umgewandelt. Ende 1943 oder Anfang 1944 erfolgte meine Beförderung zum Kriminalsekretär. Diesen Dienstgrad hatte ich auch noch bei Kriegsende inne.

Als ich zur Stapostelle Nürnberg-Fürth kam, fand ich in dem Referat Verwendung, das mit der Ahndung von Wirtschaftsdelikten beauftragt war. Mein persönliches Aufgabengebiet bestand in der Bearbeitung von Angelegenheiten, die mit dem Arbeitseinsatz zusammenhingen. Die Arbeitsweise in diesem Sachgebiet war im allgemeinen so, daß uns Personen, die sich des Arbeitsvertragsbruches schuldig gemacht hatten, vom Reichstreuhand für Arbeit benannt wurden. Nach den erforderlichen Ermittlungen in den Betrieben ist dann der Beschuldigte zur Sache gehört und anschließend dem Vernehmungsrichter vorgeführt worden. In der ersten Zeit meiner Tätigkeit richteten sich unsere Ermittlungsverfahren ausschließlich gegen deutsche Staatsangehörige. Mit mir war der KS Eibl in diesem Arbeitsbereich tätig. Nachdem dann in den darauffolgenden Monaten eine Vielzahl von polnischen Arbeitskräften in das Reichsgebiet kamen, erhielt ich ein neues Aufgabengebiet. Mir oblag es nunmehr den Arbeitsvertragsbruch, begangen durch Polen, zu verfolgen. Ich wurde nunmehr auch räumlich von Eibl getrennt, der in unseren alten Diensträumen verblieb, während ich in Baracken, die auf dem Hof des Polizeipräsidiums

Nürnberg-Fürth einquartiert wurde. Zunächst bearbeitete ich dieses Sachgebiet allein. Später kam dann noch ein weiterer Beamter hinzu, der meines Wissens aus Prag gekommen ist. Sein Name ist mir entfallen. Die Arbeitsweise unterschied sich in Hinblick auf die bei deutschen Staatsangehörigen wesentlich. Aufgrund damals bestehender Erlass und Richtlinien lag die gesamte Strafverfolgung und Strafvollstreckung bei Polen ausschließlich im Zuständigkeitsbereich der Geheimen Staatspolizei. Arbeitsvertragsbrüchige Polen, die uns von den verschiedensten Dienststellen gemeldet wurden, sind zunächst dahingehend überprüft worden, ob die Schuld nicht auch beim Arbeitgeber zu suchen sei. War dies der Fall, so wurde der Pole dem zuständigen Arbeitsamt zur Vermittlung an eine andere Arbeitsstelle überstellt. In den Fällen, in denen ein schuldhafte Verhalten des polnischen Arbeiters festgestellt wurde, konnte durch den Leiter des Referates oder auch der Stapostelle eine befristete Einweisung, es können 21 oder auch 28 Tage gewesen sein, in ein Arbeitserziehungslager erfolgen. Bei schwerwiegenden Verstößen sowie bei Wiederholungstätern und auch bei kriminellen Delikten wurden die Vorgänge grundsätzlich dem Dienststellenleiter, einen KK Voigt, zugewiesen. Diese gingen dann an die Schutzhaftabteilung, die dann die jeweiligen Vorgänge nach Berlin zum RSHA über sandte. Ich habe über die Entscheidung des RSHA, also Verhängung von Schutzhaft für kürzere oder auch längere Zeit, nichts mehr erfahren. Das lag vor allem daran, daß die Maßnahmen, wie Einweisung und Transport in ein Konzentrationslager, nicht in unseren Aufgabenbereich lagen. Diese Tätigkeit übte ich bis zum Kriegsende aus.

Wenn ich gefragt werde, ob ich mich an Exekutionen, vollzogen an Polen oder anderen Fremdarbeitern im Bereich der Stapostelle Nürnberg-Fürth, erinnern kann, so fällt mir ein,

daß ich zu einem Zeitpunkt, den ich heute nicht mehr konkretisieren kann, von Dr. G r a f e n b e r g e r die Anweisung erhielt, eine Exekutionsstätte mit anderen Beamten der Stapostelle Nürnberg-Fürth abzusperren. Einige Zeit nach meinem Eintreffen am Ort erschien ein Lkw, besetzt mit KZ-Häftlingen und dem entsprechenden Bewachungspersonal. Da mein Standort von der eigentlichen Exekutionsstätte relativ weit entfernt war, konnte ich diese nicht einsehen. Ich bin daher nicht in der Lage, etwas über deren Durchführung zu sagen. Ob Dr. G r a f e n b e r g e r, der auch am Ort anwesend war, die Leitung derselben innehatte, weiß ich daher auch nicht. Nach vollzogener Exekution sind dann polnische Arbeitskräfte, die in der Umgebung tätig waren, an dem Erhängten vorbeigeführt worden. Der Name des Exekutirten und auch das Delikt, das zur Hinrichtung führte, habe ich nie erfahren. Daraus dürfte bereits hervorgehen, daß ich in die Bearbeitung des Vorganges nicht eingeschaltet war.

Mit mir wurden soeben die im Dok.Bd. E XII ~~mit dem~~ aufgeführten und darüberhinaus bisher bekannten Fälle durchgesprochen, in denen Polen und Ostarbeiter in und außerhalb von Konzentrationslager exekutiert wurden. Mit Ausnahme der von mir bereits erwähnten Erhängung, die bei Öllingen durchgeführt wurde, sind mir alle anderen Exekutionen unbekannt. Ich habe auch darüberhinaus keinerlei Kenntnis - weder dienstlich noch außerdienstlich - erlangt. Ich betone hierbei, daß es mir bekannt ist, daß ich diese Angaben unter Umständen beeidigen muß. Der Begriff "Sonderbehandlung" ist mir bekannt. Ich habe dieses Wort deshalb mit Exekution gleichgesetzt, weil mir bekannt war, daß polnische Arbeitskräfte zu Beginn ihrer Tätigkeit in Deutschland eine Erklärung unterschreiben mußten, die ihnen bei Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen die Todesstrafe androhten.

Ich möchte aber nochmals betonen, daß ich mit derartigen Vorgängen niemals etwas zu tun hatte. Sachbearbeiter für derartige Fälle war meines Wissens der KS E i b l . Wenn mir gesagt wird, daß E i b l im Herbst 1942 in ein anderes Sachgebiet versetzt wurde, so kann ich diese Angabe weder bestätigen noch widerlegen. Wer sein Nachfolger war, entzieht sich meiner Kenntnis.

Wer weiterhin mit polnischen Arbeitskräften befaßt war, entzieht sich meiner Kenntnis. Für sowjetische Arbeitskräfte waren B e e t z und W e i ß f l o c h zuständig. Verbotener Umgang mit französischen Kriegsgefangenen wurde von KS L o t t h o l z und Arbeitsverweigerung französischer Zivilarbeiter von KS U n g e r bearbeitet.

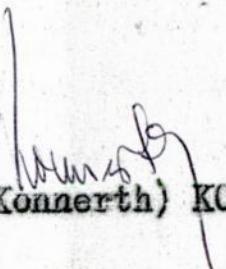
Leiter des Referates Wirtschaft, zu dem auch Kriegsgefangene und Zivilarbeiter gehörten, war zunächst K K M a c h t . Später dann, wann es war, weiß ich heute nicht mehr genau, übernahm K K V o i g t diese Dienststelle. Vorgesetzter Beider war KR Dr. G r a f e n b e r g e r , der wiederum dem K D O t t o als Leiter der Stapostelle Nürnberg-Fürth unterstand. Einige Zeit vor Kriegsende trat dann ein Wechsel in der Führung der Stapostelle Nürnberg-Fürth ein, da K D O t t o wegen verschiedener Vorfälle in Langenzenn suspendiert wurde. Sein Nachfolger war ein SS-Sturmbannführer B u l m e r , der bis zum Kriegsende diese Funktion ausübte.

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über eine Aktion, in deren Rahmen mehrere tausend Justizgefangene, deren Strafhaft noch nicht beendet war, wie mir gesagt wurde, und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden, nichts sagen. Mir ist z.B. nicht bekannt, daß Polen mit einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und länger aufgrund dieser Ver-

einbarung aus der Strafhaft gelöst und von der Stampostelle Nürnberg-Fürth in Konzentrationslager übergeführt wurden. Von einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz, die Grundlage für diese Aktion bildete, ist mir nichts bekannt. Den Begriff "vernichtung durch Arbeit" höre ich heute zum ersten Mal.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:


(Konnerth) KOM

selbst gelesen, genehmigt und
unterschrieben


...Johann Lehmann...

Bl.

1 Js 13/65 (RSHA)

Verh a n d e l t

Vorgeladen erscheint die Hausfrau

Elfriede B a u e r geb. Henß,
29.12.1921 Frankfurt/Main geb.,
Garmisch-Partenkirchen, Jungfernweg 3 b whft.,

und erklärt:

Vor Beginn ~~der~~ heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich hinsichtlich meines Wissens über eine Aktion befragt werden soll, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizgefangenen von der Polizei übernommen wurde, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO wurden mir bekanntgegeben. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Kriminalpolizei Angaben zu machen.

Nachdem ich zuvor in der freien Wirtschaft tätig war, wurde ich im Laufe des Jahres 1941 als Stenotypistin zur Kriminalpolizei ~~amt~~stelle Frankfurt/Main zum Dienst verpflichtet. Im Febr. 1943 heiratete ich. Da mein Mann in München wohnhaft war, zog ich dort hin und war dann noch etwa 3 Monate bei der KPLSt München tätig. Es kann Mitte 1943 gewesen sein, als ich aus dem Dienst der Kriminalpolizei ausschied. Von diesem Zeitpunkt an war ich dann bei keiner Behörde mehr beschäftigt.

Bei der KPLSt Frankfurt/Main war ich beim 12. Kommissariat

(Vorbeugung) als Schreibkraft tätig. Die Aufgabe dieses Kommissariats bestand in der Überprüfung von Personen, die aus der Strafhaft entlassen wurden. Aufgrund der damals bestehenden Bestimmungen war es möglich, Kriminelle, die eine bestimmte Anzahl von Vorstrafen aufwiesen, in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen. Wie das Verfahren bei der Verhängung der Vorbeugungshaft lief, ob sie in Frankfurt verhängt werden konnte und vom Reichskriminalpolizeiamt in Berlin bestätigt werden mußte, kann ich heute nicht mehr sagen. Auf eine diesbezügliche Frage erkläre ich, daß mir in Schriftstücken, die anlässlich der Verhängung von Vorbeugungshaft gefertigt wurden, die Formulierung "eine Rückkehr ist nicht erwünscht" oder ähnlich nicht erinnerlich ist.

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über die zur Frage stehende Aktion, in deren Rahmen mehrere tausend Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden, nichts sagen. Mir wurde ausdrücklich erklärt, daß es sich hierbei nicht um die Verhängung der üblichen Vorbeugungshaft gehandelt hat, sondern um eine pauschale Übernahme ohne Überprüfung des Einzelfalles, wie es sonst üblich war. Ich entsinne mich nicht, während meiner Tätigkeit bei der KPLSt Frankfurt/Main jemals Listen gesehen zu haben, die dort ab Ende 1942 eingegangen seien müssen und in denen Häftlinge aufgeführt waren, die in Strafanstalten einsaßen, die im Bereich der KPLSt Frankfurt/Main lagen. Von einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz, die, wie mir gesagt wurde, Grundlage für die soeben besprochene Aktion war, höre ich heute zum ersten Mal. Mir wurde bei der heutigen Vernehmung die Ablichtung eines Schreibens des Reichskriminalpolizeiamtes an eine bestimmte Kriminalpolizeileitstelle gezeigt, in dem zum Ausdruck kommt, daß ein darin genannter Häftling in einem Konzentrationslager einsäße und nunmehr als Vorbeugungshäftling zu führen sei.

Weiter wird in diesem Schreiben auf eine Vereinbarung zwischen dem Reichsminister der Justiz und dem Reichsführer-SS Bezug genommen. Eine derartige Mitteilung habe ich während meiner Tätigkeit bei der KPLSt Frankfurt/Main niemals gesehen.

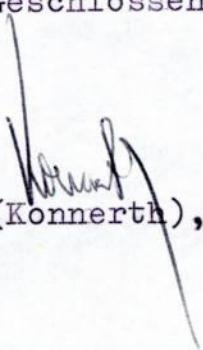
Leiter des 12. Kommissariats war ein KK Schürrmann. Als Sachbearbeiter dieser Dienststelle fallen mir folgende Personen ein: KS Schreiner, KS Beuermann, KS Brandt und ein Angestellter namens Strehel. Über den heutigen Verbleib dieser Leute kann ich nichts sagen.

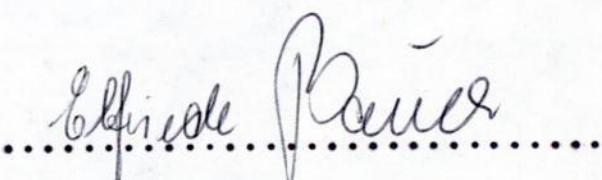
Da ich bei der KPLSt München nur kurze Zeit tätig war, bin ich heute nicht mehr in der Lage, darüber Angaben zu machen, bei welchem Sachgebiet ich Verwendung fand. Desgleichen vermag ich über die personelle Zusammensetzung meiner letzten Dienststelle keinerlei Angaben mehr zu machen. Ob ich in München wieder in dem Kommissariat tätig war, das mit der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung beauftragt war, kann ich heute nicht mehr sagen.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und
unterschrieben


(Konnerth), KOM


Elfriede Beuer

Bl.

1 Js 13/65 (RSHA)

Verhandelt

Vorgeladen erscheint der Oberregierungs-und-kriminalrat a.D.

Wolfgang Berger,
20.1.1897 Berlin geb.,
Bad Homburg, Goldgrubenstr. 6 a whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich hinsichtlich meines Wissens über eine Aktion befragt werden soll, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizhäftlingen an die Polizei überstellt wurde, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO sind mir bekannt. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Kriminalpolizei vor dem Kriegsende Angaben zu machen.

Im Laufe des Jahres 1925 trat ich als Kriminalkommissaranwärter in den Dienst des PP Berlin. Beim PP Berlin versah ich dann auch in den darauffolgenden Jahren mit kurzen Unterbrechungen Dienst. Im Laufe des Jahres 1933 wurde ich zum ~~Preußischen Reichskriminalrat~~ Preußischen Ministerium des Inneren abgeordnet, nachdem ich bereits in den Jahren 1930 und 1931 ~~hier~~ dort einige Zeit tätig war. Im Aug. 1933 wurde ich zum Kriminalrat befördert. Im Jahre 1937 erfolgte dann meine Beförderung zum Regierungs- und Kriminalrat und im Jahre 1940 zum Oberregierungs- und kriminalrat. Es kann 1936 gewesen sein, als die Kriminalpolizei-referate im Hauptamt Sicherheitspolizei zusammengefaßt wurden. An der Organisationsform und der Tätigkeit änderte sich nichts und wir blieben weiterhin Angehörige des Innenministerium

Die Kriminalpolizeireferate des Innenministeriums hatten Personal-, Organisations- und Ausrüstungsangelegenheiten zu bearbeiten. Mit der Exekutive hatten wir nichts zu tun. Nach Schaffung des Reichssicherheitshauptamtes wurden die kriminalpolizeilichen Referate des Innenministeriums mit dem damals schon bestehenden Reichskriminalpolizeiamt zum Amt V des RSHA verschmolzen. Das Amt V bestand zunächst aus 6 oder 7 Gruppen. Mir wurde die Leitung der Gruppe F übertragen, die für die Ausrüstung, Ausschreibung von Belohnungen und Beschwerden zuständig war. Im Laufe des Jahres 1941, es kann Anfang des Jahres gewesen sein, wurden die 6 bzw. die 7 bisherigen Gruppen in 4 Gruppen zusammengefaßt. Ich erhielt die Leitung der Gruppe C (Erkennungsdienst und Fahndung). Im Febr. des Jahres 1942 wurde ich als Leiter der KPLSt Frankfurt/Main dorthin versetzt. Hier blieb ich bis zum Kriegsende.

Wie ich bereits in der Vorbereitung erklärt haben kann ich über die zur Frage stehende Aktion, in deren Verlauf, wie mir gesagt wurde, mehrere tausend Justizgefangene, deren Strafhaft noch nicht beendet war, und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden, nichts sagen. Obgleich im Bereich der KPLSt Frankfurt/Main das Zuchthaus Diez lag, ist es mir nicht erinnerlich, daß von Ende 1942 ab Listen des RKPA bei uns eingingen, in denen Häftlinge aufgeführt waren, die ~~kick~~ aus der Justizhaft in Konzentrationslager übergeführt werden sollten. Wenn das der Fall gewesen wäre, könnte ich mich heute wahrscheinlich daran erinnern. Es ist allerdings möglich, daß derartige Listen während meiner Abwesenheit bei der KPLSt Frankfurt/Main eingingen und die Angelegenheit durch meinen Vertreter erledigt wurde.

Von einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz, die Grundlage für diese Aktion war, höre ich heute zum ersten Mal.

Auch ist mir der Begriff "Vernichtung durch Arbeit" völlig unbekannt.

Mein Vertreter bei der KPLSt Frankfurt/Main war der RRu. KR Dr. W a a g e , der vor einigen Jahren in seiner Heimat in Österreich verstorben ist. Die Vorbeugung gehörte zum 3. Inspektion, deren Leiter KR F i e d l e r war. Wer Leiter der Vorbeugung war, kann ich heute nicht mehr sagen. In der "Vorbeugung" war ein KOS S c h r e i n e r tätig, der so viel mir bekannt ist, vor einiger Zeit verstorben ist. Wer weiterhin bei dieser Dienststelle tätig war, kann ich heute nicht mehr sagen.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und
unters chrieben

(Konnerth), KOM

.....

Bl.

z.Zt. Fürth, den 31.10.1966

24

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

Verhandelt

Vorgeladen erscheint der kaufmännische Angestellte

Johann M a c h t ,
28.11.1903 Fürth geb.,
Fürth, Schwabacher Str. 156 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich in einem Verfahren gegen Angehörige des ehem. RSHA in Berlin wegen der Tötung von Fremdarbeitern zeugenschaftlich vernommen werden soll. Desweiteren soll ich hinsichtlich meines Wissens befragt werden, daß ich über eine Aktion verfüge, in deren Rahmen mehrere tausend Justizgefangene an die Polizei übergeben wurden, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO wurden mit mir durchgesprochen. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Polizei Angaben zu machen.

Im Mai 1918 trat ich als Beamtenanwärter in den Dienst der kommunalen Kriminalpolizei Fürth. Im Laufe des Jahres 1923 wurde die Polizei in Bayern verstaatlicht. Zu diesem Zeitpunkt kam ich zur Polizeiverwaltung. Mein Dienstgrad war damals der eines Polizeisekretärs. Bei der Verwaltung legte ich die Prüfung für den gehobenen Polizeidienst ab. Trotz dieser bestandenen Prüfung blieb mein Dienstgrad für lange Jahre noch der gleiche. Zuletzt war ich beim Einwohnermelde- und Passwesen tätig. Im Jan. 1934 erfolgte meine Versetzung zur Kriminalpolizei Fürth - polit. Abteilung.

Im Frühjahr 1938 wurde die Kriminalpolizei Fürth aufgelöst und ich kam nunmehr als Kriminalsekretär zur Stapostelle Nürnberg-Fürth. Hier kam ich zur Abteilung II 2. Abteilungsleiter war Dr. G r a f e n b e r g e r . Zu dieser Abteilung gehörten unter anderem Kirchen, Sekten und Judenangelegenheiten. Mein persönliches Aufgabengebiet war die Passtelle mit der Erteilung von Ein- und Ausreisevermerken in Hinblick auf Unbedenklichkeit. Dazu gehörte ferner die jüdische Auswanderung. Aufgrund der schon Anfang der 20-er Jahre von mir abgelegten Prüfung für den gehobenen Polizeidienst, wurde ich dann im Okt. 1939 ^{als} Kriminalkommissar übernommen. Trotz der Beförderung war ich niemals selbständiger Dienststellenleiter. Weisungsberechtigter Vorgesetzter blieb der soeben genannte G r a f e n b e r g e r . Meine Stellung war die eines Hauptsachbearbeiters.

Nach Kriegsbeginn erweiterte sich das Aufgabengebiet des Referates II 2 (organisatorische Bezeichnung analog dem RSHA II E), und zwar kam das Sachgebiet Fremdarbeiter hinzu. Dieses Sachgebiet habe ich dann mit noch weiteren Beamten bis zum Mai 1942 bearbeitet. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte meine Abordnung zum RSHA, Amt VI. Wie die genaue organisatorische Bezeichnung des Referates lautete, bei welchem ich tätig war, kann ich heute nicht mehr sagen. Es war jedenfalls so, daß das Referat, dem ich angehörte, für den Auslandsnachrichtendienst in der Türkei zuständig war. Wir waren nur 5 Sachbearbeiter und werteten neben der Presse die Berichte aus, die uns über das auswärtige Amt von den Konsulaten und der diplomatischen Vertretung zugingen. Exekutive Befugnisse hatten wir nicht.

Anfang Dez. 1942 wurde diese Abordnung aufgehoben und ich kam nach Nürnberg zurück. Dr. G r a f e n b e r g e r ist inzwischen nach Salzburg versetzt worden und ich kehrte nicht in mein altes Sachgebiet zurück. Ich übernahm nunmehr die Bearbeitung von Kirchenfragen. Dazu gehörte neben der Kath. und evangl. Kirche auch die Sekten und das Freimaurerwesen.

Am 1. Nov. 1944 bin ich zum Kriminalrat befördert worden. Bei der Dienststelle für Kirchenfragen blieb ich bis zum Kriegsende.

Zu meiner Tätigkeit bei der Dienststelle, die Fremdarbeiterangelegenheiten bearbeitet hat, kann ich grundsätzlich folgendes sagen:

Der größte Arbeitsanfall in Hinblick auf Fremdarbeiter lag im sogenannten Arbeitsvertragsbruch oder besser gesagt in Arbeitsunwilligkeit. In den Fällen, in denen ein Fremdarbeiter seinen Arbeitsplatz ohne Erlaubnis verlassen hatte, wurde er nach Wiederergreifung der Stammtelle Nürnberg-Fürth überstellt. Aufgrund des Vernehmungsergebnisses, oftmals lag die Schuld auch beim jeweiligen Arbeitgeber - schlechte Behandlung usw. - wurden die erforderlichen Maßnahmen getroffen. Lag die Schuld beim Arbeitgeber, wurde der Fremdarbeiter in eine andere Arbeitsstelle durch das Arbeitsamt eingewiesen. Bei Böswilligkeit des Arbeiters wurde beim RSHA durch das Schutzhaltreferat Schutzhalt beantragt. Diese Fälle waren aber ^hverhältnismäßig selten. Der Kreis der Fremdarbeiter, die in unser ^{en}Aufgabenbereich fielen, setzte sich fast ausschließlich aus Polen zusammen. Russen und Kriegsgefangene wurden von einem anderen Referat bearbeitet.

Wenn ich gefragt werde, wie es mit der Verfolgung von kriminellen Delikten, begangen durch Polen, aussah, so bin ich der Ansicht, daß diese Delikte von der Kripo geahndet wurden.

Wenn mir gesagt wird, daß für die Strafverfolgung derartiger Delikte, begangen durch Polen oder Russen, ausschließlich die Gestapo zuständig war, so verweise ich auf die inzwischen vergangene Zeit, in der viele Dinge in meiner Erinnerung verblaßt sind. Ich möchte allerdings nicht ausschließen, daß es so war, wie mir soeben gesagt wurde.

Wenn ich mich auch im Einzelnen nicht mehr an die Verfügungen und Erlasse hinsichtlich des Inhaltes derselben, die vom RSHA in Hinblick auf polnische Arbeitskräfte erlassen wurden, erinnern kann, so weiß ich doch, daß bei bestimmten Taten, wie

Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen sowie Kapitalverbrechen und Gewalthandlungen, die gesamten Akten an das RSHA abgegeben werden mußten. Die Übersendung dieser Unterlagen sollte dazu dienen, dem RSHA die Möglichkeit einer Überprüfung der Angelegenheit in Hinblick auf eventuell durchzuführende Sonderbehandlungen zu geben. Es war keineswegs so, daß in jedem Falle Sonderbehandlung von Berlin aus angeordnet wurde. ~~Immerhin~~ Soweit ich mich entsinne, ist nicht immer auf Sonderbehandlung entschieden worden. Zum Begriff "Sonderbehandlung" möchte ich gleich erklärend hinzufügen, daß dies die Bezeichnung für Exekution war.

Mit mir wurden soeben die bisher bekannten Exekutionen, die im Raum der Stapo Nürnberg-Fürth durchgeführt wurden, besprochen. Der größte Teil der Erhängungen ist zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu welchem ich bereits in Berlin beim Amt VI des RSHA tätig war. Im Anschluß daran kam ich, wie schon zuvorgesagt, zwar nach Nürnberg zurück, doch war ich nunmehr im Kirchenreferat tätig und hatte mit Fremdarbeitern nichts mehr zu tun. Zu der Zeit, als ich im Fremdarbeiterreferat tätig war, ist meines Wissens lediglich eine Exekution durchgeführt worden. Zu diesem Sachverhalt wurde ich bereits in dem Verfahren, welches gegen Dr. Grafenberger anhängig war, zeugenschaftlich gehört. Dieser Pole hatte mit einer deutschen Frau intime Beziehungen unterhalten und ist deswegen bei Allersberg erhängt worden. Die Anweisung aus Berlin zur Exekution habe ich nicht selbst gesehen und ich weiß daher auch nicht, wer sie unterschrieben hat. Der Name Dr. Deumling ist mir kein Begriff.

Auch nach scharfem Nachdenken bin ich nicht in der Lage, noch weitere Exekutionen, die sich während meiner Tätigkeit beim Fremdarbeiterreferat, also bis Mai 1942, zugetragen haben, zu nennen. Ich bin sogar der Ansicht, daß die bei Allersberg durchgeführte Exekution überhaupt die erste war, die im Zuständigkeitsbereich der Stapo Nürnberg durchgeführt wurde.

Allerdings glaube ich mit hoher Wahrscheinlichkeit sagen zu können, daß vor meinem Weggang aus Nürnberg verschiedene Vorgänge dort anhängig waren, bei denen Sonderbehandlung infrage kam. Wie diese dann ausgingen, also welche Entscheidung vom RSHA getroffen wurde, vermag ich nicht zu sagen.

Bevor auf Sonderbehandlung erkannt wurde, mußte der jeweilige Pole durch einen Beauftragten des Rasse- und Siedlungshauptamtes, der beim Höheren SS- und Polizeiführer saß, in Hinblick auf Wiedereindeutschungsfähigkeit überprüft werden. Soweit mir bekannt ist, sind die Anträge auf rassische Überprüfung mit den gesamten Akten, jedoch nicht zum HSSPF "Main", sondern zum HSSPF München gegangen.

Leiter der Stapostelle Nürnberg-Fürth war zunächst ORR Dr. Kiesel. Er ist etwa 1940 oder 1941 versetzt worden. Sein Nachfolger war KD Otto. Im Laufe des Jahres 1944 wurde Otto abgelöst. Sein Nachfolger war ein ORR Buhlemeyer, der diese Funktion bis zum Kriegsende innehatte. Leiter des Fremdarbeiterreferates war Dr. Grafenberger. Nach seiner Versetzung, es kann auch schon etwas früher gewesen sein, wurde KK Voigt Leiter dieser Dienststelle. Sämtliche von mir genannten Personen sind inzwischen verstorben. Sacharbeiter für Fremdarbeiterfragen waren die KSEibl und Schneiderbanger.

Mir wurde während der Vernehmung eröffnet, daß ich meine heute gemachten Angaben unter Unständen eidlich erhärten muß.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:

(Handschrift)
(Konnerth), KOM

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

..... *Wulf Marcks*

Bl.

29
z.Zt. Fürth, den 31.10.1966

Vermerk

Der Zeuge M a c h t - Personalien bekannt - erklärte bereits in der Vorbesprechung anlässlich der heute durchgeföhrten Vernehmung, daß er zu keinem Zeitpunkt etwas von der Übernahme von Personen gehört habe, die sich in Strafhaft befanden, und die von der Stapostelle Nürnberg-Fürth in Konzentrationslager übergeführt wurden.

Von einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz sei ihm nichts bekannt.

Konnerth
(Konnerth), KOM

Bl.

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

Verhandelt

Vorgeladen erscheint der Kaufmann

Konrad Beetz,
9.1.1906 Küps geb.,
Nürnberg, Bismarckstr. 7 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich in einem Verfahren gegen Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes in Berlin wegen der Tötung von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen zeugenschaftlich vernommen werden soll. Des weiteren soll ich hinsichtlich meines Wissens befragt werden, daß ich über eine Aktion verfüge, in deren Rahmen mehrere tausend Justizgefangene an die Polizei übergeben wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO wurden mir erläutert. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Polizei Angaben zu machen.

Nachdem ich vom Jahre 1924 ab bei der uniformierten Polizei Dienst versehen hatte, kam ich im Herbst 1933 zur Kriminalpolizei Nürnberg-Fürth. Ich fand zunächst bei der Mordkommission Verwendung und wurde aber schon nach einigen Wochen zur polit. Abteilung versetzt. Meine Übernahme erfolgte als Polizeihauptwachtmeister. Diese Dienstgradbezeichnung wurde später in Kriminalhauptwachtmeister umgewandelt. Es kann 1939 gewesen sein, als ich zum Kriminalsekretär befördert wurde. Das war auch bis zum Kriegsende mein letzter Dienstgrad.

In der polit. Abteilung wurde ich, in der meiner Übernahme folgenden Zeit, zunächst zur informatorischen Beschäftigung durch alle Dienstbereiche dieser Abteilung geschleust.

Ab Mitte 1934 wurde mir ein festes Arbeitsgebiet zugewiesen. Es handelte sich um das Referat II(N), das dem Leiter unmittelbar unterstellt war. Das Sachgebiet umfaßte die Sammlung von Nachrichten zur Bekämpfung hochverräterischer Unternehmen. Hinzu kamen noch der Schutz prominenter Persönlichkeiten und die Bearbeitung von Angelegenheiten, in denen prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verwickelt waren. Im Laufe des Jahres 1939 wurde die Dienststelle III J geschaffen, die mit der Abwehr der gegnerischen Spionage befaßt war, also Landesverratsbekämpfung. Ich war dem Kriminalrat S t i e l unterstellt, der gleichzeitig Verbindungsmann zur Abwehrstelle des Wehrkreises XIII, der Wehrmacht war. Daraus geht bereits hervor, daß wir mit der militärischen Abwehr eng zusammen arbeiteten. Meine Tätigkeit bestand ausschließlich in der Sammlung von Nachrichten hinsichtlich aller Dinge, die mit der Spionageabwehr zu tun hatten. Dazu gehörte natürlich auch der Verkehr mit Vertrauenspersonen. Daraus geht bereits hervor, daß ich in der eigentlichen Strafverfolgung nicht tätig war, ~~gar~~ nicht tätig sein durfte, um dem erforderlichen konspirativen Verhalten genüge zu tun. Die Strafverfolgung, d.h. die exekutiv erforderlichen Maßnahmen wurden von anderen Beamten der Abt. III wahrgenommen.

Nach Ausbruch des Krieges mit der Sowjetunion wurde ein Kommando geschaffen, das sich mit der Problematik des Einsatzes sowjetischer Kriegsgefangener und später auch der sowjetischen Zivilarbeiter in Hinblick auf die innere Sicherheit des Reiches zu befassen hatte. Obgleich ich weiterhin Angehöriger von III J blieb, wurde ich diesem Kommando zugeteilt. Auch hier blieb meine Tätigkeit rein nachrichtendienstlicher Art und ^{ich} durfte aufgrund meiner Aufgabenstellung exekutiv nicht in Erscheinung treten.

Dieses Kommando setzte sich überwiegend aus Angehörigen des Referates II A zusammen. Leiter war der KK O h l e r . Wenn in dem Telefonverzeichnis der Stapostelle Nürnberg-Fürth (Stand 1942) mein Name und der des KR S t i e l unter dem Referat II A-R erscheint, so ist das objektiv falsch. KR S t i e l war Leiter von III J und konnte schon rein optisch nicht einem Kriminalkommissar unterstellt werden. Die KOA W e i s f l o c h und S c h e u r e r waren dagegen Angehörige von II A und auch exekutiv tätig. Bis Sept. 1944 blieb ich Angehöriger des Ref. III J und war in dieser Eigenschaft dem Ref. II A-R zugeteilt.

Im Sept. 1944 wurde ich überraschend festgenommen und in Ehrenhaft genommen. Man warf mir vor, daß ich für Mißhandlungen, begangen an Fremdarbeitern, im Ausländergefängnis Langenzenn verantwortlich sei. Ich konnte klären, daß für diese Maßnahme nicht ich, sondern der Leiter der Stapoleitstelle Nürnberg-Fürth, KD O t t o , verantwortlich gewesen ist. Da die Anweisungen zu diesen Handlungen vom RSHA kamen, die dann von O t t o in seiner Zuständigkeit angeordnet und von fremdländischen Arbeitskräften ausgeführt worden sind, wurde ich rehabilitiert und aus der Polizeihhaft entlassen. Anschließend kam ich zum SS-Oberabschnitt "Main" und gelangte zum Ende des Krieges auf eigenen Wunsch zum Fronteinsatz. Kurz vor Kriegsende wurde ich schwer verwundet.

Wenn ich gefragt werde, was mir über Exekutionen, vollzogen an Ostarbeitern, bekannt ist, so muß ich erklären, hierüber keine genauen Zahlen angeben zu können. Wie ich schon zuvor gesagt habe, war es nicht meine Aufgabe, Exekutivmaßnahmen zu treffen oder überhaupt Exekutivhandlungen vorzubereiten. Ich glaube mich zwar zu erinnern, daß in Einzelfällen auch Ostarbeiter exekutiert wurden, doch bin ich außerstande, die Zahl der Hingerichteten, die Orte der Exekution und den Zeitpunkt derselben zu nennen. Hierüber müßten Sachbearbeiter von II A Angaben machen können. Ich bin absolut sicher, daß Kriegsgefangene nicht exekutiert worden sind. Ein Erlass, der besagt, daß Polen und Ostarbeiter ^{hingerichtet} beim Vorliegen bestimmter Delikte aus der Kriegsgefangenschaft zu entlassen seien

und an die Geheime Staatspolizei zu überstellen sind, ist mir nicht bekannt. Desgleichen habe ich die Erlässe, in denen von Sonderbehandlung die Rede ist, niemals gesehen. Wenn ich gefragt werde, welche Vorstellungen ich damals mit diesem Begriff verband, so möchte ich folgendes ausführen: In den ersten Jahren des Krieges glaubte ich, daß Sonderbehandlung verschärzte Vernehmung zur Erreichung des polizeilichen Ziels oder auch Einweisung in ein Konzentrationslager aus dem gleichen Grunde, und zwar zur Aufklärung von Straftaten.^{Sei} Erst als die ersten Exekutionen von Ostarbeitern oder auch Polen in unserem Bereich vollzogen wurden, ist mir klar geworden, daß Sonderbehandlung mit Exekution gleichzusetzen sei. Über das Verfahren, wie Beantragung von Sonderbehandlung usw., kann ich nichts sagen, da ich selbst hierin niemals tätig war.

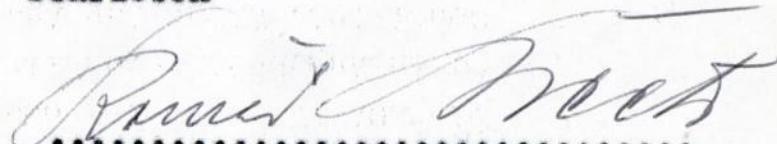
Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über eine Aktion, in deren Verlauf mehrere tausend Justizgefangene, deren Strafhaft noch nicht beendet war, und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden, nichts sagen. Von einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz, die Grundlage dieser Aktion war, ist mir nichts bekannt.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:

(Konnerth), KOM

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben



Bl.

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

Verhandelt

Vorgeklagten erscheint der Polizeiobermeister

Otto Scheuerer,
12.2.1909 Fürth geb.,
Fürth, Flößaustr. 19 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich in einem Verfahren gegen Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes in Berlin wegen der Tötung von Fremdarbeitern zeugenschaftlich vernommen werden soll. Des weiteren soll ich hinsichtlich meines Wissens befragt werden, daß ich über eine Aktion verfüge, in deren Rahmen mehrere tausend Justizgefangene an die Polizei übergeben wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Die Bestimmungen der §§ 52 u. 55 StPO wurden mit mir durchgesprochen. Ich bin bereit, über meine Tätigkeit bei der Polizei vor dem Kriegsende Angaben zu machen.

Vom Jahre 1927 an war ich Angehöriger der uniformierten Polizei. Auf meine Bewerbung zur Kriminalpolizei wurde ich etwa bei Kriegsbeginn von der Kripo Nürnberg-Fürth zur Probiedienstleistung einberufen und gleichzeitig zur Geheimen Staatspolizei - Stapostelle Nürnberg-Fürth - abgeordnet. Aufgrund der damals bestehenden Bestimmungen mußte eine Abordnung, die über einen bestimmten Zeitpunkt hinaus aufrechterhalten wurde, in eine Versetzung umgewandelt werden. Dies war bei mir im Laufe des Jahres 1941 der Fall

und ich wurde nunmehr endgültig zur Stapostelle Nürnberg-Fürth versetzt, nachdem ich zuvor bei der Schule der Sicherheitspolizei in Berlin-Charlottenburg den Lehrgang für den ~~mittleren~~ Dienst der Sicherheitspolizei bestanden hatte. Im Anschluß daran erfolgte meine Beförderung zum Kriminaloberassistenten.

Ich kam, als ich meinen Dienst bei der Stapostelle Nürnberg antrat, zunächst zum Referat II A 1 (Kommunismus, Marxismus). Im Laufe des Jahres 1941 wurde ich dem Referat II A 6 zugeteilt, das Heimtückeangelegenheiten bearbeitet hat. Es kann im Frühherbst 1942 gewesen sein, als ich zu einem Referat kam, das mit Angelegenheiten befaßt war, die mit dem Einsatz sowjetischer Zivilarbeiter im Reichsgebiet zusammenhingen. Hier blieb ich nur einige Wochen und kam nunmehr zum auswärtigen Einsatz nach Rußland. Diese Abordnung wurde erst durch den Zusammenbruch der Ostfront und der Zurücknahme der Front auf deutsches Gebiet beendet. Ich kam im Anschluß daran, es war im Dez. 1944, zur Eifeloffensive an die Westfront und von dort im Jan. 1945 nach Italien zur Sicherheitspolizei Padua. Kurz vor Kriegsende wurde ich schwer verwundet und erlebte den Zusammenbruch in einem Lazarett.

Wenn ich gefragt werde, ob ich Kenntnis über Exekutionen, vollzogen an Ostarbeitern, im Bereich der Stapostelle Nürnberg-Fürth habe, so muß ich diese Frage verneinen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, daß ich lediglich einige Wochen auf dem Sachgebiet tätig war und anschließend zum Osteinsatz gelangte. Der Begriff "Sonderbehandlung" war mir während meiner Zugehörigkeit zur Gestapo bekannt. Doch bin ich nach so langer Zeit nicht mehr sicher, wann ich die Deutung dieses Begriffes, also Exekution, erkannt hatte. Es ist möglich, daß mir erst während des Osteinsatzes die Bedeutung dieses Wortes klar geworden ist.

Auch mit Kriegsgefangenen Polen oder Sowjetrussen habe ich während meiner Tätigkeit bei den Referaten II A 1, II A 6 und II A-R nichts zu tun gehabt.

Allerdings möchte ich die zuletztgemachten Ausführungen dahingehend einschränken, daß ich in meiner Eigenschaft als Angehöriger des Referates II A 1 im Winter 1941/42 mit anderen Beamten dieser Dienststelle zum Leiter der Stapostelle Nürnberg-Fürth, KD Otto, befohlen wurde. Otto teilte uns mit, daß beabsichtigt sei, die im Kriegsgefangenenlager Hammelburg einsitzenden sowjetischen Offiziere zum Arbeitseinsatz in die Industrie zu bringen. Ausgenommen hiervon sollten die Kommissäre der Roten Armee sein, die in einem Konzentrationslager zum geschlossenen Arbeitseinsatz gelangen würden. Unsere Aufgabe war es nun, die Kommissare von den anderen Offizieren zu trennen. Im Laufe des Winters sind dann durch uns aufgrund der im Lager durchgeföhrten Überprüfungen mehrere hundert Kommissare erkannt und in das KL Dachau geschafft worden. Uns ist zu keinem Zeitpunkt gesagt worden, daß die von uns ausgesonderten Kommissare erschossen werden sollten. Von dieser Tatsache habe ich erst im Laufe eines Verfahrens Kenntnis erhalten, daß im Jahre 1948 gegen mich und andere Angehörige der Stapostelle Nürnberg-Fürth und Offiziere der Wehrmacht anhängig war. Das Verfahren endete mit meiner Rehabilitierung, da es zuvor eingestellt wurde.

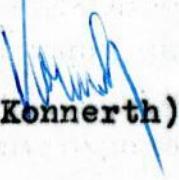
Leiter des Referates II A 1 war ein KK Ohler. Weitere Sachbearbeiter dieser Dienststelle waren die KOA Künfner, Georg Müller und Haas.

Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über eine Aktion, in deren Verlauf mehrere tausend Justizgefangene, deren Strafhaft noch nicht beendet war, und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager eingewiesen zu werden, nichts sagen. Von einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer-SS und dem Reichsminister der Justiz, die sich mit dieser Angelegenheit befaßt, habe ich niemals etwas gehört. Den Begriff "Vernichtung durch Arbeit" kenne ich nicht.

Das wäre alles, was ich zum vorliegenden Sachverhalt zu sagen hätte. Mir wurde während der Vernehmung gesagt, daß ich meine heute gemachten Ausführungen unter Umständen eidlich erhärten müsse.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben


(Konnerth), KOM


..... Schaeffer,

Bl.

Vfg.

- 1) Zu schreiben (Formular benutzen): - unter Beifügung folgender Vernehmungsdurchschriften:

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen
714 Ludwigsburg
Schorndorfer Str. 28

- a) Berger
b) Bauer
c)
d)
e)
f)
g)

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes

hier: Übersendung von Vernehmungsniederschriften pp-
gemäß Nr. 8 Satz 4 der von den Justizministern
und -senatoren am 28. April 1965 beschlossener
Richtlinien

Bezug: Dortiges Az. ... 415 AR 1310/63

Anlage(n): ² Vernehmungsniederschrift (en)

Als Anlage (n) übersende ich ² Vernehmungsnieder-
schrift(en) mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum dortigen
Verbleib.

- 2) Z.d.A.

Berlin, den 17.11.66

✓

zu 1/ uhr 2. Abs.

18/11.66

39

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmelde-technisches Amt

Fernschrift	Funkspruch-Funkfern-schreiben	Funkspruch
Absender:	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen: am: 21. Okt. 1966 um: 1250 durch: 9	von:	an:
	am:	am:
	durch:	durch:
Spruchkopf: (verschlüsselt)		

An Kripo Duisburg

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a.
wegen Mordes - GStA beim KG Berlin 1 Js 13/65 (RSHA);
hier: Ersuchen StA in Fr. B i l s t e i n

In der Zeit vom 5. bis 9.12.66 ist seitens hiesiger Staatsanwaltschaft beabsichtigt, die

Maria Hirkens
verw. Neumann,
10.10.1907 Hückingen geb.,
Duisburg-Großenbaum,
Reiserweg 15 wohnh.

zeugenschaftlich zu vernehmen.

Ich bitte daher um Feststellung, ob die Zeugin zum fraglichen Zeitpunkt zur Verfügung steht und aussagebereit ist.

Um FS-Antwort wird gebeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I-A - KI 3 - 523/66

Im Auftrage

18

(Paul) KK

Ma

int. 30 49
Sb. KOM Konnerth

+ hv an abt roem eins =

KJ 3/

11. 10. 67

-- funk fernschreiben --

+ nwccupp nr 2170 2710 0905 = f. konneter

-- bei funkuebermittlung verschluesseln --

12. 10. 67

br

1.) an kripo berlin -roem eins - a - ki 3 - 523/66

nw

2.) nachrichtlich lka duesseldorfdezernat 15
in duesseldorf =

betrifft: ermittlungsverfahren gegen bruno streckenbach u.a.

wegen mordes - gsta beim kg berlin 1 js 13/65 (rsha)

dort : ersuchen sta 'in rt.bilstein =

bezug : fs nr 2615 vom 21.10.66 -kripo berlin =

die zeugin hirkes steht zum genannten zeitpunkt in den
nachmittagsstunden zur vernehmung zur verfuegung und ist
aussagebereit .-

der pp in cuizburg fa/ho ia gez hilbert kok +

rrr abt roem eins 27.10. nr 2170 fs 1012 seidel +

41

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmelde-technisches Amt

Fernschrift	Funkspruch-Funkfern-schreiben	Fernspruch
Absender:	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen: <i>1235</i>	von:	an:
am:	am:	am:
durch: <i>21.12.1966</i>	durch:	durch:
Spruchkopf: (verschlüsselt)		

An das
 LKA Nordrhein-Westfalen
 -Dez. 15-
 z.H. von Herrn KHK Schaffrath
 -o.V.i.A--

Düsseldorf

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a.
 wegen Mordes - GStA beim KG Berlin I Js 13/65 (RSHA)
hier: Ersuchen Sta-In Frl. B i l s t e i n

In der Zeit vom 5. bis 9.12.1966 ist seitens hiesiger Staatsanwaltschaft beabsichtigt, die nachfolgend Aufgeführten

Dr. Julius Schäfer,
 15.11.1903 Düsseldorf geb.,
 Düsseldorf, Schwalbenweg 6 wohnh.,

Klara Lissigkeit
 verw. Lorenz,
 9.5.1902 Berlin geb.,
 Düsseldorf, Heinrichstr. 84 wohnh.,

und

Gisela Kirschke,
 18.5.1925 Potsdam geb.,
 Düsseldorf, Geibelstr. 65 wohnh.,

zu o.a. Verfahren zu vernehmen.

Ich bitte daher um Feststellung, ob die Zeugen zum fraglichen Zeitpunkt zur Verfügung stehen und assagebereit sind.

Um FS-Antwort wird gebeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
 I-A - KI 3 - 523/66

Im Auftrage

(Paul) KK

int. 30 49
 Sb. KOM Konnerth

42
LANDESKRIMINALAMT

NORDRHEIN-WESTFALEN

- Dezernat 15 -

Az.:
Tgb. - Nr. 5441e/66 -Fie -

4 DÜSSELDORF 1, DEN
JÜRGENSPLATZ 5-7
POSTFACH 5009
FERNRUF S.-NR. 84841
NEBENSTELLE

24. 10. 1966

An den Polizeipräsidenten
- I A - KI 3 -
z.Hd.v.Herrn KHK Starke oViA
1 in Berlin 42
=====
Tempelhofer Damm 1 - 7



Betr. : Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u. a.
wegen Mordes - GStA beim KG Berlin - 1 Js 13/65
(RSHA)-; Ersuchen der Staatsanwältin Bilstein

Bezug : Dortiges Fernschreiben Nr. 2619 vom 21. 10. 1966 zu
523/66

Die Zeugen Dr. Schäfer, Klara Lissigkeit und Gisela Kirschke sind aussagebereit und wollen für die Zeit vom 5. bis 9. 12. 1966 zur Verfügung stehen.

Neue Anschrift der Zeugin Kirschke nach dem 1. 11. 1966 :
Düsseldorf, Heideweg 125

Im Auftrage :

flm/Am

43

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmelde-technisches Amt

Fernschrift	Funkspruch-Funkfern-schreiben	Fernspruch
Absender:	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen:	von:	an:
am:	am:	am:
durch: <i>21. Okt. 1966</i> <i>1235</i>	durch:	durch:
Spruchkopf: (verschlüsselt)		

An Kripo Gladbeck/Westf.

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a.
wegen Mordes -GStA beim KG Berlin 1 Js 13/65 (RSHA);
hier: Ersuchen StA' in Frl. B i l s t e i n

In der Zeit vom 5. bis 9.12.1966 ist seitens hiesiger
Staatsanwaltschaft beabsichtigt, den

Karl-Heinz L a n g e n a u,
21.12.11 Königsberg geb.,
Gladbeck/Westf.,
Wiesenstr. 10 wohnh.,

zu o.a. Verfahren zu vernehmen.

Ich bitte daher um Feststellung, ob der Genannte zum fraglichen Zeitpunkt zur Verfügung steht und aussagebereit ist.

Um FS-Antwort wird gebeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I-A - KI 3 - 523/66

Im Auftrage

int. 30 49
Sb. KOM Konnerth

(Paul) KK

Ma



+ hv an abt. roem eins =

-- funkfern schreiben --

+ nwrhpf nr 595 2410 1550 =

-- bei funkuebermittlung verschluesseln --

br

polpraes - roem eins - a ki 3 - 523/66 - b e r l i n =

betr : kart - heinz l a n g e n a u, 21/12/11 koenigsberg,
wohnhaft gla cbeck =

bezug: dort funkspruch nr 2620 vom 21/10/66 =

l. steht in der zeit vom 5. bis 9. 12. 66 zur verfuegung. er ist auch aussagebereit. kripo gla cbeck ist auszenstelle der krimi - na lpolizei der kreispolizeibehoerde recklinghausen (polizeipraesident). l. ist im raume bottrop und gla cbeck als kriminall - hauptkommissar dienstlich taetig. es erscheint zweckmaesig, casz der vertreter der staatsanwaltschaft oder der kriminalpoli - zeitliche ermittlungsbeamte zunaechst bei dem dienstvorgesetzten der kpb recklinghausen, dem polizeipräsidenten, oder dem leiter - k - vor der vernehmung des l. vorspricht =

polpraes recklinghausen, ia gez: pielsticker, k - direktor +

+ rrr abt roem eins 24.10. recklinghausen nr 2410 fs 1811

konnerth +

45 DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmelde-technisches Amt

Fernschrift	Funkspruch-Funkfern-schreiben	Fernspruch
Absender:	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen: <i>12.12.65</i>	von:	an:
am:	am:	am:
durch: <i>21.12.66</i>	durch:	durch:
Spruchkopf: (verschlüsselt)		

An Kripo K ö l n

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a.
wegen Mordes - GSTA be m KG Berlin 1 Js 13/65 (RSHA);

hier: Ersuchen StA in Fri. B i l s t e i n

In der Zeit vom 12. bis 16.12.1966 ist seitens hiesiger
Staatsanwaltschaft beabsichtigt,

Dr. Hans M a l y,
7.3.1907 Köln geb.,
Köln-Rotenkirchen,
Gneisenaustr. 25 wohnh.,

zu o.a. Verfahren zu vernehmen.

Ich bitte daher um Feststellung, ob der Genannte zum frglichen
Zeitpunkt zur Verfügung steht und aussagebereit ist.

Um FS-Antwort wird gebeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I-A - KI 3 - 523/66

Im Auftrage

h
(Paul) KK

Ma

int. 30 49
Sb. KOM Konnerth

u

KJ 3/1

H. Kornwek

M 25
10

+ hv an abt roem eins =

- - - funkfernschreiben - - -

1/4 25/100.

+ nwklpp nr 5893 2410 1330 =

1. nachr.: lka -dez.15- duesseldorf,

br

2. kripo berlin =

-- bei funkuebermittlung verschluesseln --

betr.: erm.-verf. gegen bruno streckenbach u.a. wegen mordes (nsg)
bezug: cort. fs nr 2614 v. 21.10.66.ar. maly erklarte auf befragen, casz er nicht mehr gewillt
ist, bei der kripo auszusagen. =

kripo koeln, 1.k., ulonska+

rrr abt roem eins 24.10. nr 5893 fs 1515 seicel +

47

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmelde-technisches Amt

Fernschrift	Funkspruch-Funkfern-schreiben	Fernspruch
Absender: <u>I-A - KI 3</u>	Aufgenommen: _____	Befördert: _____
angenommen: <u>26. OKT. 1966</u>	von: _____	an: <u>4V</u> <u>26. OKT. 1966</u>
am: _____ um: <u>0745</u> <i>Sale</i>	am: _____ um: _____	am: _____ um: <u>✓</u> <i>Sch</i>
durch: _____	durch: _____	durch: _____
Spruchkopf: <u>SSD (verschlüsselt)</u>		

An die
Kripo K ö l n

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno S t r e c k e n -
b a c h u.a. wegen Mordes - GStA beim KG Berlin
1 Js 13/65 (RSHA)

Bezug: Dortiges FS vom 24.10.1966 Nr. 5893 und hiesiges
FS vom 21.10.1966 Nr. 2614

Die Vernehmung des Dr. Hans M a l y soll durch ~~die~~
Staatsanwältin Frl. B i l s t e i n und nicht durch
Kriminalbeamte durchgeführt werden. Ich bitte M. zu
befragen, ob er nunmehr aussagewillig ist.
FS-Antwort erbeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I-A - KI 3 - 523/66

SB: KOM Konnerth
int.: 3049

Im Auftrage

gez. (Paul), KK

48
hv an abt roem eins-

-- funkfernschreiben --

+nwkLpp nr 7244 2810 1355=

1. nachr.: lka -dez.15- duesseldorf,

br

2. kripo berlin=

betr.: erm.-verf. gegen streckenbach u.a. (nsg).

bezug: dort. fs nr 3138.

dr. maly ist nicht gewillt, vor staatsanwältin auszusagen.
er sagt prinzipiell nur nach vor dem richter aus.=

kripo koeln 1. k herkenrath+

rrr abt roem eins 28.10. koeln nr 7244 fs 1640 wariast



~~H. Belloch~~ 1/1
~~H. Weiss~~ be. 31.10.

W

49

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmeldetechnisches Amt

Fernschrift	Funkspruch-Funkfern schreiben	Fernspruch
Absender:	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen:	von:	an:
am: 9.1.67 um: 12.55	am:	um:
durch:	durch:	durch:
Spruchkopf: (verschlüsselt)		

An Kripo Siegburg

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a.
wegen Mordes -GStA beim KG Berlin 1 Js 13/65 (RSHA);
hier: Ersuchen StA'in Frl. B i l s t e i n

In der Zeit vom 12. bis 16.12.1966 ist seitens hiesiger
Staatsanwaltschaft beabsichtigt,

Dr. M e y e r - E c k h a r d t, Heinrich,
19.3.08 Halberstadt geb.,
Siegburg,
Dammstr. 16 wohnh.,

zu o.a. Verfahren zu vernehmen.

Ich bitte daher um Feststellung, ob der Genannte zum fraglichen Zeitpunkt zur Verfügung steht und aussagebereit ist.
Um FS-Antwort wird gebeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I-A - KI 3 - 523/66

Im Auftrage

lh

(Paul) KK

Ma

int. 30 49
Sb. KOM Konnerth



+ hv an abt. roem eins =

-- funkfernenschreiben--

+ nwsbok nr. 849 2410 1422=

br

f. konnerth

18 25./10.

an pol.- praes. b e r l i n, roem. eins -a- ki 3 523/66 =

betr.: vernehmung des dr. meyer -eckhard heinrich, 19.3.08,
in der ermittlungssache gegen bruno streckenbach u.a.
wegen mordes -- gsta beim kg berlin 1 js 13/65 (rsha).
bezug: dort. fs nr. 2622, vom 21.10.1966.

herr dr. meyer - eckhard ist bereit, in der zeit vom 12.12. bis
16.12.1966 hier in siegburg zur vorliegenden sache auszusagen.
der genannte steht zur fraglichen zeit zur verfuegung.=

ok a/kpb -k- siegburg, i.a. h a a s e, kk.+

+ rrr abt roem eins 24.10. siegburg nr 849 fs 1720 konnerth +

51 DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmelde-technisches Amt

Fernschrift	Funkspruch-Funkfern-schreiben	Fernspruch
Absender:	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen: am: um: durch: <i>21.12.1966</i> <i>1235</i>	von: am: um: durch:	an: am: um: durch:
Spruchkopf: (verschlüsselt)		

An Kripo Bad Godesberg

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a.
wegen Mordes -GStA beim KG Berlin 1 Js 13/65 (RSHA);
hier: Ersuchen StA'in B i l s t e i n

In der Zeit vom 12. bis 16.12.1966 ist seitens hiesiger
Staatsanwaltschaft beabsichtigt, die

- 1) Albert Reipert,
7.6.1907 in Gravenstein geb.,
Bad Godesberg,
Akazienweg 5 wohnh.,
- 2) Rolf-Heinz Höppner,
24.2.1910 in Sigmar geb.,
Bad Godesberg,
St. Cloudstr. 9 wohnh.,

zu o.a. Verfahren zu vernehmen.

Ich bitte daher um Feststellung, ob die Genannten zum fraglichen Zeitpunkt zur Verfügung stehen und aussagebereit sind.
Um FS-Antwort wird gebeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I-A - KI 3 -523/66

Im Auftrage

rh
int. 30 49
Sb. KOM Konnerth

(Paul) KK

Ma

KJ 3/
J. Kommand
u. 25.
J. 25.
10.

+ hv an abt roem eins =

--funkfernschreiben--

+ nwbopp nr. 3069 2510 0900 =

br.

polizeipraesidenten - roem.1 -a - ki 3 - 523/66- b e r l i n =

betr.: ermittlungsverf. gg. bruno s t r e c k e n b a c h u.a.
wegen mordes - gsta beim kg berlin 1 js 13/65 (rsha).

bezug: oort. fs nr. 2621 v. 21.10.66.

r e i p e r t , albert u. h o e p p n e r , rolf-heinz stehen
in der zeit vom 12. bis 16.12.66 in bad goedesberg zur verfue-
gung und sind aussagebereit.

h o e p p n e r bittet, termin rechtzeitig bekanntzugeben u.
moeglichst auf morgens um 8,00 uhr verlegen. =

kk. bad goedesberg, tgb.nr. 4657/66 gez. lichtenberg, kok+

rrr abt roem eins 25.10. nr 3069 fs 1027 seidel +

53

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

Fernmeldetechnisches Amt

Fernschrift	Funkspruch-Funkfern schreiben	Fernspruch
Absender:	Aufgenommen:	Befördert:
angenommen:	von:	an:
am:	am:	um:
durch:	durch:	durch:
Spruchkopf: (verschlüsselt)		

An Kripo Bonn

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a.
wegen Mordes -GStA beim KG Berlin I Js 13/65
(RSHA);
hier: Ersuchen StA in Frl. B i l s t e i n

In der Zeit vom 12. bis 16.12.1966 ist seitens hiesiger
Staatsanwaltschaft beabsichtigt,

Theo S a e v e c k e,
22.3.1911 in Hamburg geb.,
Bonn-Duisdorf.
Lengsdorfer Str. 69 wohnh.,

zu o.a. Verfahren zu vernehmen.

Ich bitte daher um Feststellung, ob der Genannte zum fraglichen Zeitpunkt zur Verfügung steht und aussagebereit ist

Um FS-Antwort wird gebeten.

Der Polizeipräsident in Berlin
I-A - KI 3 - 523/66

Im Auftrage

int. 30 49
Sb. KOM Konnerth

(Paul) KK

Ma

KJ 3

/A, 44
M. 4
n.

thv an abt roem eins-

-- funkfernschreiben --

f. kommende

+eee nwbopp nr 351 0411 0905=

/a 7/11

- bei funkuebermittlung verschluesseln --

br

an den polizeipraesidenten -roem.eins/a ki- 523/66 b e r l i n =

betr.: ermittlungsverfahren gegen bruno s t r e c k e n b a c h
 u.a. wegen mordes -gsta. beim kg berlin 1 js 13/65(rsha),
 hier: zeugenermittlung: theo s a e v e c k e, geb.
 22.3.11 in hamburg, wohnhaft cuiisdorf/bei bonn,
 Lengsdorfer strasze 69.

bezug: cortiges fs. nr. 2610 v. 21.10.1966.

s a e v e c k e ist zu o.a. sache aussagebereit und steht in der
 zeit vom 12. - 16.12. 1966 zur vernehmung durch die sta. berlin
 zur verfuegung. telefonisch ist s a e v e c k e unter bonn
 623803 zu erreichen. =

khst.bonn, -fahndung- tgb. nr. 12441/66+ i. a. gez. schneider+

+rrr abt roem eins 4.11. bonn nr 351 fs 1021 kunert +
 os

Der Polizeipräsident in Berlin

AV-B-h/66

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42 (Tempelhof)
Tempelhofer Damm 1-7
Fernruf: 66 00 17
Im Innenbetrieb:

, den 11. November 1966
App. 2070

55

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin

1 Berlin 19

Amtsgerichtsplatz 1

17. NOV 1966



Staatsanwaltschaft
b. d. Kammergericht - Berlin
Eing. am 15. NOV. 1966
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

Fr. H. in Berlin

Betrifft: Vernehmungen von Angehörigen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes;
hier: Dienstreise des Kriminalobermeisters Konnerth und des Polizeioberwachtmeisters Bloeks nach Nürnberg u.a. Orten
Vorgang: Dortiges Ersuchen vom 9.12.1965 - 1 Js 13/65 (RSHA) -.

In der o.a. Angelegenheit haben Kriminalobermeister Siegfried Konnerth und Polizeioberwachtmeister Hans-Peter Bloeks in der Zeit vom 3.10. - 14.10.1966 eine Dienstreise nach Nürnberg u.a. Orten durchgeführt.

Aus diesem Anlaß sind hier Reisekosten in Höhe von

1.144,84 DM

=====

in Worten: Tausendeinhundertvierundvierzig DM 84 Pf.-
entstanden.

Ich bitte zu veranlassen, daß die Kosten gemäß § 92 GKG in Verbindung mit den Durchführungsbestimmungen zu den Kostengesetzen (Kostenverfügung) vom 7.9.1957 als Gerichtskosten festgesetzt und von den Kostenschuldnern eingezogen werden.

Einer Überweisung des Betrages an mich bedarf es nicht (Entscheidung des Magistrats von Groß-Berlin - Finanzabteilung Käm II/7 - vom 26.11.1949).

Im Auftrage

/di

v.

1) zu schreiben (1 Leseschr.) - Einschreiben:

21 NOV 1966

Herrn

Rudi Moser

1 Berlin 52

Kienhorststr. 143

Sehr geehrter Herr Moser!

In dem Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.A. wegen Verdachts der Teilnahme am Mord sind Sie bereits am 8.Juli 1965 richterlich vernommen worden. Zur Ergänzung Ihrer damaligen Angaben sollen Sie noch einmal hier als Zeuge vernommen werden.

Ihre Vernehmung ist für

Dienstag, den 29.November 1966, 9,30 Uhr

vorgesehen. Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Dienstgebäude Berlin 21, Turmstr. 91, Zimmer 554, einzufinden.

Soweit Ihnen durch die Vernehmung ein Verdienstausfall entstehen sollte, können Sie im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften entschädigt werden. Sollten Sie einen solchen Ersatzanspruch geltend machen wollen, müssten Sie sich eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstausfalls beschaffen und zu dem Termin mitbringen.

Hochachtungsvoll

2) zu schreiben (1 Leseschr.) - Einschreiben:

Herrn

Dr. Josef Menke

1 Berlin-BritzMalchiner Str. 125 b
bei Preuß

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit").

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Donnerstag, dem 1. Dezember 1966, 9,30 Uhr

hier durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Dienstgebäude Berlin 21, Turmstr. 91, Zimmer 554, einzufinden.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Tätigkeit im RKPA machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, dass Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Ücksprache zur Verfügung.

3) Schreiben zu 1) und 2) mir zur Unterschrift

4) wt. Vfg. bes.

Berlin, d. 18.11.1966

bs:

guf. 21. 11. 66 Sch
zu 1) Schreib. u. Einschr. }
2) Schreib. u. Einschr. } ab 22 Uhr
{

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Rudi Moser

1 Berlin 52
Kienhorststraße 143

Sehr geehrter Herr Moser!

In dem Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.A. wegen Verdachts der Teilnahme am Mord sind Sie bereits am 8. Juli 1965 richterlich vernommen worden. Zur Ergänzung Ihrer damaligen Angaben sollen Sie noch einmal hier als Zeuge vernommen werden.

Ihre Vernehmung ist für

Dienstag, den 29. November 1966, 9.30 Uhr,

vorgesehen. Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Dienstgebäude Berlin 21, Turmstraße 91, Zimmer 554, einzufinden.

Soweit Ihnen durch die Vernehmung ein Verdienstausfall entstehen sollte, können Sie im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften entschädigt werden. Sollten Sie einen solchen Ersatzanspruch geltend machen wollen, müßten Sie sich eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstausfalls beschaffen und zu dem Termin mitbringen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	E.-Bf. 1 Js 13/65 (RSHA)			
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nach-nahme	DM (in Ziffern)
Empfänger	Rudi Moser			
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	1 Berlin 52			



Postvermerk

Einglieferungs-Nr.	Gewicht
kg	g

Postannahme

Beim Ausfüllen der Spalte „Sendungsart und besondere Versendungsform“ dürfen folgende Abkürzungen angewandt werden:

Bf = Brief, E = Einschreiben, eingeschrieben..., Eil = Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PAnw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAuftr = Postprotestauftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;
auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergegeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßiger stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Dr. Josef Menke

1 Berlin 47
Malchiner Str. 125 b
bei Preuß

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit").

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Donnerstag, den 1. Dezember 1966, 9.30 Uhr,

hier durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt im Dienstgebäude Berlin 21, Turmstraße 91, Zimmer 554, einzufinden.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im Reichskriminalpolizeiamt machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, daß Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Sch

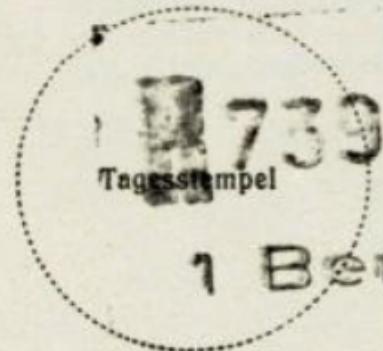
Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	E.-Bf. 1 Js 13/65 (RSHA)			
Wertangabe oder Betrag	DM (in Ziffern)	Pf	Nach-nahme	DM (in Ziffern)
Empfänger	Dr. Josef Menke			
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	1 Berlin 47			

Postvermerk

Einlieferungs-Nr.	Gewicht
17113	5 kg 00 g



⊕ 527 280 40 000 8. 65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

Beim Ausfüllen der Spalte „Sendungsart und besondere Versendungsform“ dürfen folgende Abkürzungen angewandt werden:

Bf = Brief, E = Einschreiben, eingeschrieben.,, Eil = Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PAnw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAuftr = Postprotestauftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;
auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergegeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßiger stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

21.12.1966

V.

- 1) zu schreiben (1 Leseschr.) mit E-Rück:

Frau

Maria Hirkes
Duisburg-Großenbaum
 Reiserweg 15

Sehr geehrte Frau Hirkes!

Zu einem hier anhängigen Ermittlungsverfahren gegen ~~verschiedene~~ frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts des Mordes sollen Sie als Zeugin vernommen werden. Ihre Vernehmung ist für

Mittwoch, den 7. Dezember 1966, 13,30 Uhr

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Duisburg vorgesehen.

Ich lade Sie hiermit zu diesem Termin und bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Duisburg 1, König-Heinrich-Platz 1 einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Wachtmeisterei (Zimmer 283) zu erfragen.

Soweit Ihnen durch die Vernehmung ein Verdienstausfall entstehen sollte, können Sie im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften entschädigt werden. Sollten Sie einen solchen Ersatzanspruch geltend machen wollen, müssten Sie sich eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstausfalls beschaffen und zu dem Termin mitbringen.

Hochachtungsvoll

- 2) zu laden - wie zu 1) - mit E-Rück:

Frau Klara Lissigkeit, Düsseldorf, Heinrichstr. 84,

zu Freitag, d. 9. Dezember 1966, 13,30 Uhr,

zur Staatsanwaltschaft Düsseldorf, Düsseldorf 1, Mühlenstr. 34, Verwaltung Zimmer R 233.

- 3) zu schreiben (1 Leseschr.) - mit E-Rück.:

Herrn

Karl-Heinz Langenau

Gladbeck/Westf.

Wiesenstr. 10

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheits-hauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrations-lager zur "Vernichtung durch Arbeit").

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortli-che Vernehmung erforderlich, die am

Donnerstag, dem 8. Dezember 1966, 9,00 Uhr

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Essen durchge-führt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Essen, Zweigerstr. 52 einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Verwaltung (Zimmer 351) zu erfragen.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im Amt V des RSHA machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, dass Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistan-des eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rück-sprache zur Verfügung.

- 4) zu laden - wie zu 3) - mit E-Rückb. Bonn
Herrn Theo Saevecke, ~~König~~-Duisdorf, Lengsdorfer Str.69,
zu Dienstag, dem 13. Dezember 1966, 9,00 Uhr,
zur Staatsanwaltschaft Bonn, Bonn 1, Wilhelmstr.21,
Verwaltung (Zimmer 204).

- 5) zu schreiben (1 Leseschr.)

An den
Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
-Verwaltung-

- 41 Duisburg 1
König-Heinrich-Platz 1

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;
hier: Zeugenvernehmung in Duisburg

60

Wie ich bereits fernmündlich mitgeteilt habe, werde ich in Duisburg am

7. Dezember 1966, ab 13,30 Uhr
eine Zeugin vernehmen.

Ich bitte Sie, mir dazu ein Vernehmungszimmer und eine geeignete Kanzleikraft (möglichst für Maschinendiktat) zur Verfügung zu stellen.

Die Zeugin habe ich zum dortigen Dienstgebäude, Zimmer 283, geladen.

Für Ihre Hilfe danke ich im voraus.

✓ 6) zu schreiben (1 Leseschr.):

An den
Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
-Verwaltung-

43 Essen

Zweigerstr.52

Betr.: - wie zu 5) - jedoch: Vernehmung in Essen.

Wie ich bereits fernmündlich mitgeteilt habe, werde ich in Essen am

8. Dezember 1966, ab 9, 00 Uhr
einen Beschuldigten vernehmen.

Ich bitte Sie, mir dazu ein Vernehmungszimmer und eine Schreibmaschine zur Verfügung zu stellen.

Den Beschuldigten habe ich zum dortigen Dienstgebäude, Zimmer 351, geladen.

Für Ihre Hilfe danke ich im voraus.

7) Schreiben zu 1) - 6) mir zur Unterschrift

8) wt. Vfg. bes.

Berlin, d. 18.11.1966

16.

gf. 21.11.66 Sch
zu 1) - 6) jew. 1 Seite. 2x
(zu 1) - 4) m. E-Rück. } ab 22/11.66

1 Js 13/65 (RSHA)

Frau
Maria Hirkes

41 Duisburg-Großenbaum
Reiserweg 15

Sehr geehrte Frau Hirkes!

Zu einem hier anhängigen Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts des Mordes sollen Sie als Zeugin vernommen werden. Ihre Vernehmung ist für

Mittwoch, den 7. Dezember 1966, 13.30 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Duisburg vorgesehen.

Ich lade Sie hiermit zu diesem Termin und bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Duisburg 1, König-Heinrich-Platz 1, einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Wachtmeisterei (Zimmer 283) zu erfragen.

Soweit Ihnen durch die Vernehmung ein Verdienstausfall entstehen sollte, können Sie im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften entschädigt werden. Sollten Sie einen solchen Ersatzanspruch geltend machen wollen, müßten Sie sich eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstausfalls beschaffen und zu dem Termin mitbringen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Rückschein

61a

Sendungsart	Einlieferungs-Nr.	Postleitzahl (Einlieferungsort)
E.-Bf.	723	1 Berlin 21

Nachnahme DM	Pf	Empfänger der Sendung
		Frau Maria Hirkes

Wert DM	41	Postleitzahl
		Duisburg-Großenbaum Reiserweg 15 (Straße und Hausnummer oder Postfach)

Sendung erhalten
<i>Maria Hirkes</i> (Unterschrift)

Auslieferungsvermerk
<i>ausg 23/11/11</i>

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufzubewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	E.-Bf.			
	1 JS 13/65 (RSHA)			
Wertangabe oder Befrag	DM	Pf	DM	Pf
	(in Ziffern)		(in Ziffern)	
Annahmestempel Justizbehörde	Nach- nahme			
Empfänger	Maria Hirkes			
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	41 Duisburg- Großenbaum			

Postvermerk

Einlieferungs- Nr.	Gewicht	
	kg	g
723	22	1155
		55

Postannahme

1 Berlin-21

527 280 40 000 8.65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

Postleitzahl

15

PostO Anl. 15

II P 8

522845 1186000 10.65

DIN A 6, Kl. XI f





Rückschein



An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21

Postleitzahl

Turmstr. 91

- 1. 11.1965 (RSHA) -

Erlaubt: spr = Gespräch, PAnw = Postanweisung, Ehr =
Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAufr = Postprotest-
auftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahlkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten,
sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am
späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;
auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwert-
zeichen bereit vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei
nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postan-
weisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber,
Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen
kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen
Papiergeb. stets vorher zu ordnen und bei gleichzeiti-
gem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und
Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr
Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr
als 5 DM eine aufgereknete Zusammenstellung der
Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden
Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuch-
verfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das
Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

522845 1186000 10.65
DIN A 6, Kl. XI F

PPB
PostO Anl. 15

1 Js 13/65 (RSHA)

Frau
Klara Lissigkeit

4 Düsseldorf
Heinrichstraße 84

Sehr geehrte Frau Lissigkeit!

Zu einem hier anhängigen Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts des Mordes sollen Sie als Zeugin vernommen werden. Ihre Vernehmung ist für

Freitag, den 9. Dezember 1966, 13.30 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Düsseldorf vorgesehen.

Ich lade Sie hiermit zu diesem Termin und bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Düsseldorf 1, Mühlenstraße 34, einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Verwaltung (Zimmer R 233) zu erfragen.

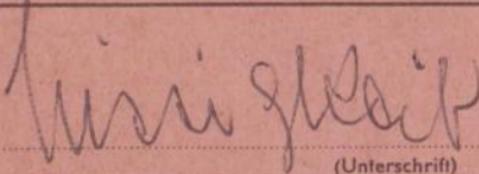
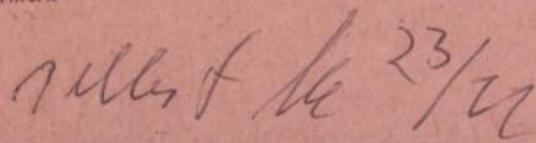
Soweit Ihnen durch die Vernehmung ein Verdienstausfall entstehen sollte, können Sie im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften entschädigt werden. Sollten Sie einen solchen Ersatzanspruch geltend machen wollen, müßten Sie sich eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstausfalls beschaffen und zu dem Termin mitbringen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Rückschein

624

Sendungsart E.-Bf.		Einlieferungs-Nr. 724	Postleitzahl (Einlieferungsamt) 1 Berlin 21
Nachnahme DM	Empfänger der Sendung Frau Klara Lissigkeit	Pf	
Wert DM 4	Düsseldorf	Postleitzahl Heinrichstraße 84 (Straße und Hausnummer oder Postfach)	
Sendung erhalten  (Unterschrift)			
Auslieferungsvermerk 			

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

PostO Anl. 15

15

DIN A 6, Kl. XI F

522845 1186000 10. 65

II P 8

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)		E.-Bf. 1 Js 13/65 (RSHA)			
Wertangabe oder Befrag	DM	Pf	Nachnahme	DM	Pf
	(In Ziffern)	(In Ziffern)		(In Ziffern)	(In Ziffern)
Annahmestelle Justizbehörde	Empfänger Klara Lissigkeit				
	Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben 4 Düsseldorf				

Postvermerk

Einlieferungs-Nr.	Gewicht	
	kg	g
227156	50	

Postannahme

1 Berlin 21
527 280 40 000 8.65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

Postleitzahl



Rückschein



An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1

Postleitzahl

Berlin 21

Turmstraße 91

- 1. J. 13/65 (R 547-1) -

Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PAnw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAufr = Postprotestaufrag, Tel = Telegramm, Zk = Zahltarife.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrs schwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen; auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahltarifen muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergele stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigen Einzahlungen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahltarifbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerekchnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

522845 1186000 10.65
DIN A 6, Kl. Xif

II P 8
PostO Anl. 15

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Karl-Heinz Langenau

439 G l a d b e c k (Westf)
Wiesenstraße 10

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit").

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Donnerstag, den 8. Dezember 1966, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Essen durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Essen, Zweigertstraße 52, einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Verwaltung (Zimmer 351) zu erfragen.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im Amt V des Reichssicherheitshauptamtes machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, daß Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen

wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Rückschein

Sendungsart	Einlieferungs-Nr.	Postleitzahl (Einlieferungsamt)
E.-Bf.	722	1 Berlin 21

Nachnahme DM	Empfänger der Sendung Herrn
	Karl-Heinz Langenau

Wert DM 439	Postleitzahl G l a d b e c k (Westf)
	Wiesenstraße 10 (Straße und Hausnummer oder Postfach)

Sendung erhalten

(Unterschrift)

Auslieferungsvermerk

6.6.1977

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart
und, besondere
Versendungsform
(Abkürzungen
s. umseitig)

E.-Bf.
1 Js 13/65 (RSHA)

Wertangabe
oder
Betrag

DM	Pf	DM	Pf
(in Ziffern)		Nach- nahme	

Annahmestelle
oder
Justizbehörde

Karl-Heinz
Langenau

Bestimmungsort
mit postamtli.
Leitangaben

439 Gladbeck

Postvermerk

Einlieferungs- Nr.	Gewicht
22.11.65	kg 3 8

722
Telestempel

1 Berlin 21
Postannahme

527 280 40 000 8.65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

522845 1186000 10.65
DIN A 6, Kl. XI
Posto Anl. 15
II P 8

Postleitzahl





Rückschein



An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21

Postleitzahl

Turmstr. 91

- 1 Js 13/65 (RSHA) -

522845 1186000 10.65
DIN A 6, Kl. XI F

PP 8
PostO Anl. 15

Bf = Brief, E = Einschreiben, eingeschrieben..., Eil = Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PAnw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAufr = Postprotestaufruf, Tel = Telegramm, Zk = Zahlikerkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen; auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zahlikerkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergele stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zahlikerkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Theo Saevecke

53 Duisdorf/über Bonn
Lengsdorfer Str. 69

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit").

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Dienstag, den 13. Dezember 1966, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Bonn durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Bonn 1, Wilhelmstraße 21, einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Verwaltung (Zimmer 204) zu erfragen.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im Amt V des Reichssicherheitshauptamtes machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, daß Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes

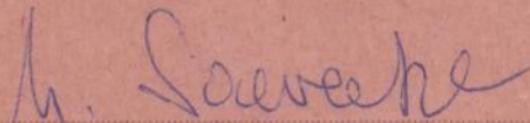
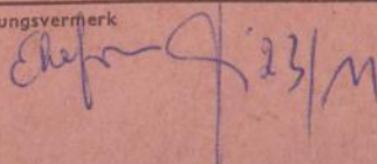
eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Rückschein

66a

Sendungsart E.-Bf.	Einlieferungs-Nr. 725	Postleitzahl (Einlieferungsamt) 1 Berlin 21
Nachnahme DM Pf	Empfänger der Sendung Herrn Theo Saevecke	
Wert DM 53	Duisdorf/über Bonn	
Postleitzahl	Lengsdorfer Str. 69 (Straße und Hausnummer oder Postfach)	
Sendung erhalten  (Unterschrift)		
Auslieferungsvermerk 		

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	E.-Bf.				
	1 Js 13/65 (RSHA)				
Wertangabe oder Betrag	DM	Pf	Nach- nahme	DM	Pf
	(in Ziffern)			(in Ziffern)	
Empfänger	Theo Saevecke				
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	53 Duisdorf				

Postvermerk

Einlieferungs-Nr.	Gewicht	
	kg	g
723	22	56

Tagessstempel

723

Postannahme
1 Berlin 21

527 280 40 000 8 65
DIN A 7, Kl. IV

+ C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

© 522845 1186000 10. 65
DIN A 6, Kl. XI f
Postf. Anl. 15
II p 8

Postleitzahl



Weihnachts-
Sendungen
Rückschein
bitte rechtzeitig
einliefern

An den



26.11.66 Generalstaatsanwalt

bei dem Kammergericht

- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21

Postleitzahl

522845 1186000 10.65
DIN A 6, Kl. XI f

// P 8
PostD Anl. 15

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten,
sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am
späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;
auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwert-
zeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;
die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei
nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postan-
weisungen und Zahlkarten muß Tinte, Kugelschreiber,
Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen
kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen
Papiergeleid stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitiger
Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und
Zahlkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr
Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr
als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der
Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,
bei regelmäßig stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden
Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuch-
verfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das
Postamt.

Für Vermerke des Absenders:



1 Js 13/65 (RSHA)

An den
Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Duisburg
- Verwaltung-

41 D u i s b u r g 1
König-Heinrich-Platz 1

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;
hier: Zeugenvernehmung in Duisburg

Wie ich bereits fernmündlich mitgeteilt habe, werde ich in
Duisburg am

7. Dezember 1966, ab 13.30 Uhr,

eine Zeugin vernehmen.

Ich bitte Sie, mir dazu ein Vernehmungszimmer und eine
geeignete Kanzleikraft (möglichst für Maschinendiktat)
zur Verfügung zu stellen.

Die Zeugin habe ich zum dortigen Dienstgebäude, Zimmer 283,
geladen.

Für Ihre Hilfe danke ich im voraus.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

1 Js 13/65 (RSWA)

An den
Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Essen
- Verwaltung -

43 Essen
Zweigertstr. 52

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes (RSWA) wegen Mordes;
hier: Zeugenvernehmung in Essen

Wie ich bereits fernmündlich mitgeteilt habe, werde ich in
Essen am

8. Dezember 1966, ab 9.00 Uhr,

einen Beschuldigten vernehmen.

Ich bitte Sie, mir dazu ein Vernehmungszimmer und eine Schreib-
maschine zur Verfügung zu stellen.

Den Beschuldigten habe ich zum dortigen Dienstgebäude,
Zimmer 351, geladen.

Für Ihre Hilfe danke ich im voraus.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Sch

69

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Dr. Julius Schäfer

4 Düsseldorf
Schwalbenweg 6

Sehr geehrter Herr Dr. Schäfer!

Zu zwei hier anhängigen Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts des Mordes sollen Sie als Zeuge vernommen werden. Ihre Vernehmung ist für

Freitag, den 9. Dezember 1966, 9.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Düsseldorf vorgesehen.

Ich lade Sie hiermit zu diesem Termin und bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Düsseldorf 1, Mühlenstraße 34, einzufinden und das Vernehmungszimmer in der Verwaltung (Zimmer R 233) zu erfragen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Sch

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

An den
Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Düsseldorf
- Verwaltung -

4 Düsseldorf 1
Mühlenstraße 34

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
wegen Mordes;
hier: Zeugenvernehmungen in Düsseldorf

Wie ich bereits fernmündlich mitgeteilt habe, werde ich in
Düsseldorf am

9. Dezember 1966, ab 9.00 Uhr,

zwei Zeugen vernehmen.

Ich bitte Sie, mir dazu ein Vernehmungszimmer und eine geeignete
Kanzleikraft (möglichst für Maschinendiktat) zur Verfügung zu
stellen.

Die Zeugen habe ich zum dortigen Dienstgebäude, Zimmer R 233,
geladen.

Für Ihre Hilfe danke ich im voraus.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

71

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Dr. Heinrich Meyer-Eckhardt

52 Siegburg
Dammstraße 16

Sehr geehrter Herr Dr. Meyer-Eckhardt!

Zu zwei hier anhängigen Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts des Mordes sollen Sie als Zeuge vernommen werden. Ihre Vernehmung ist für

Montag, den 12. Dezember 1966, 8.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Bonn vorgesehen.

Ich lade Sie hiermit zu diesem Termin und bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Bonn 1, Wilhelmstraße 21, einzufinden und das Vernehmungszimmer in der Verwaltung (Zimmer 204) zu erfragen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Rolf-Heinz Höppner

532 Bad Godesberg
St.-Cloud-Str. 9

Ich führe zwei Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord.

In diesen Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung erforderlich, die am

Montag, den 12. Dezember 1966, 8.00 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Bonn durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, Bonn 1, Wilhelmstraße 21, einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Verwaltung (Zimmer 204) zu erfragen.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit in der Gruppe III A des Reichssicherheitshauptamtes machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, daß Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes

eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Sch

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

An den
Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Bonn
- Verwaltung -

53 Bonn 1
Wilhelmstraße 21

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
wegen Mordes;
hier: Vernehmungen in Bonn

Wie ich bereits fernmündlich mitgeteilt habe, werde ich in
Bonn am

12. und 13. Dezember 1966, ab 8.00 Uhr,

drei Vernehmungen durchführen.

Ich bitte Sie, mir dazu ein Vernehmungszimmer und eine Schreib-
maschine, für den 12. Dezember auch eine geeignete Kanzlei-
kraft (möglichst für Maschinendiktat) zur Verfügung zu stellen.

Die Zeugen und Beschuldigten habe ich zum dortigen Dienst-
gebäude, Zimmer 204, geladen.

Für Ihre Hilfe danke ich im voraus.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

75
Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- 1 Js 13/65 - (RSHA)

z.Zt. Hannover, den 22.11.1966

Gegenwärtig:
Staatsanwältin Bilstein
Justizangestellte Herbst

Vorgeladen zum Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hannover erscheint um 11.30 Uhr

die Stenotypistin Christel Neumayer
geb. Tieseler
geb. am 23.12.1923 in Schneidemühl,
wohnhaft in Hannover, Hindenburg 34.

Ihr wurde eröffnet, daß sie in dem Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheits-hauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit" - als Zeugin vernommen werden soll.

Nach Belehrung gem. §§ 52,55 StPO erklärte sie:

Im Jahre 1939 kurz vor Kriegsbeginn wurde mein Vater, Kriminalober- sekretär Artur T i e s e l e r , von seiner Dienststelle bei der Kriminalpolizei in Schneidemühl zum Reichskriminalpolizeiamt in Berlin versetzt. Etwa Ende März 1940 folgten meine Mutter, mein Bruder und ich nach, nachdem wir eine Wohnung in Berlin gefunden hatten. Noch in Schneidemühl hatte ich eine Ausbildung als Stenotypistin beendet. Auf Grund dieser Ausbildung und ^{durch} Vermittlung meines Vaters wurde ich am 1. April 1940 ebenfalls beim RKPA eingestellt. Ich kam zunächst zur allgemeinen Kanzlei des Amtes. Vorsteher der Kanzlei war damals Kriminalsekretär N e u b a u e r . Seine Vertreterin und spätere Nachfolgerin war Frl. R i c h t e r .

In der allgemeinen Kanzlei hatte ich Reinschriften nach Konzepten, und Formulare und ähnliches zu schreiben. An den Inhalt dieser Schreiben kann ich mich im Einzelnen nicht mehr erinnern, ich meine aber, daß dabei auch Vorgänge des Vorbeugungsreferates waren. Die einzelnen Abteilungen des RKPA hatten auch eigene Schreibkräfte, die nach Diktat der leitenden Herren schrieben.

Die Formularangelegenheiten und Konzepte wurden dagegen überwiegend in der allgemeinen Kanzlei geschrieben.

Etwa im Herbst 1941 wurde ich plötzlich und für mich überraschend als persönliche Sekretärin in das Vorzimmer des Amtschefs N e b e versetzt. Den genauen Zeitpunkt meiner Versetzung kann ich nicht mehr angeben. Ich weiß aber, daß es nach der Rückkehr N e b e x von seinem ~~Steinsatz~~ war.

Meine Vorgängerin war Frl. R a n n e b e r g , die meiner Erinnerung nach zur Gruppe B kam. Das kann ich allerdings nicht mit Sicherheit sagen. Sie war aber jedenfalls noch einige Zeit im Hause, ehe sie nach ihrer Verheiratung ausschied.

Schon vor meiner Zeit und gleichzeitig mit mir war Frau W i n k e l m a n n als weitere persönliche Sekretärin für den Amtschef tätig. Normalerweise arbeiteten wir im Wechsel. Bei starkem Arbeitsauffall bzw. auf besonderen Wunsch N e b e s waren wir aber auch gleichzeitig anwesend. Wir hatten im wesentlichen die persönlichen Schreibarbeiten - teils auch privater Natur - zu erledigen, zum Beispiel hatten wir die Reden des Amtschefs zu schreiben. Ich erinnere mich ferner, daß wir an die im auswärtigen Einsatz befindlichen Beamten Briefe absandten. Die eigentliche fachliche Arbeit wurde im allgemeinen von den einzelnen Gruppen des RKPA geleistet und lief weniger bei uns durch. Allerdings kam es auch vor, daß wir Berichte N e b e s zu schreiben hatten oder das Berichte der Gruppen bei uns noch einmal umgeschrieben wurden. Ich erinnere mich zum Beispiel an die Flucht des französischen Generals G i r a u d und an Berichte im Zusammenhang mit Bestrebungen einzelne Zigeunersippen sesshaft zu machen. Verschiedene Zigeunerönige waren damals bei uns im Amt.

Von einer Sonderaktion gegen Justizgefangene, die - wie mir heute mitgeteilt worden ist - Gegenstand dieses Ermittlungsverfahrens ist, ist mir nichts bekannt. Ich kann mich nicht erinnern, daß ich während meiner Tätigkeit im Vorzimmer N e b e s davon etwas gehört habe oder daß ich ~~E~~chriftstücke, die damit im Zusammenhang stehen könnten, geschrieben hätte. Die Formulierung "Vernichtung durch Arbeit" ist mir ganz fremd. Ich habe sie heute zum ersten Male gehört.

Mir ist zwar bekannt, daß Verbrecher im Rahmen der Vorbeugenden Verbrechensbekämpfung in Konzentrationslager eingewiesen werden konnten, wenn sie eine bestimmte Anzahl von Vorschriften ^{hatten} ~~hatten~~ Die Unterlagen solcher Verbrecher ~~wurden~~ wurden dann wohl von den örtlichen Kripo (leit)stellen zum RKPA gesandt. Im Vorbeugungsreferat wurde dann geprüft welche Maßnahmen zu treffen waren. Mir ist weiterhin bekannt, daß Straftäter nach Verbüßung der von der Justiz gegen sie verhängten Strafen bzw. nach Begnadigung von der Kriminalpolizei überwacht oder auch in ein Konzentrationslager eingewiesen wurden.

Diese Kenntnis habe ich zum Teil aus meiner Arbeit ~~an der~~ ^{bei der} ~~meiner~~ ^{allgemeinen} ~~begonnen~~ Kanzlei, zum Teil aber auch von meinem Vater. Ich erinnere mich zum Beispiel, daß mein Vater schon in Schneidemühl einen Einbrecher zu Überwachen hatte. In Berlin war mein Vater dann im Vorbeugungsreferat tätig. Einzelheiten seiner Tätigkeit sind mir aber nicht bekannt. Ich weiß insbesondere nicht mit Sicherheit welcher Dienststelle er angehört hat und ob er Vorbeugungsmaßnahmen gegen Berufs - und Gewohnheitsverbrecher oder solcher gegen Asoziale bearbeitet hat. Seine Vorgesetzten waren Kriminalrat Otto und Kriminaldirektor Böhlhoff. Ich erinnere mich, daß ~~war~~ beim Vorbeugungsreferat auch der Kriminalrat Richrath tätig war. Meiner Erinnerung nach war mein Vater ihm aber nicht unterstellt.

Ich weiß nicht, ob mein Vater die von den örtlichen Dienststellen eingehenden Anordnungen der Vorbeugungshaft zu prüfen und zu bearbeiten hatte oder ob er evtl. nur mit Entlassungsgesuchen für Vorbeugungshäftlinge beschäftigt war. Auch ob er mit der hier in Frage stehenden Sonderaktion zu tun hatte, ist mir nicht bekannt. Er hat jedenfalls über eine solche Angelegenheit nicht mit mir gesprochen.

Mir sind heute 21 3 Schreiben des RKPA an die KPSt Kiel vom 13. August, 6. Okt. und 24. Nov. 1944 vorgelegt worden (Dokumentenband VH V Bl. 162, 165, 169). Diese Schreiben tragen die Unterschrift des schon erwähnten Kriminalrates Richrath. Das Namenszeichen in der rechten unteren Ecke dieser Schreiben ist mir nicht bekannt. Es ist jedenfalls auf keinen Fall das Zeichen meines Vaters. Er schrieb ganz anderes. Das Diktatzeichen "Ry" wurde wohl von Frl. Rygol geführt. Das Diktatzeichen

"erx" dürfte von Frl. Erxleben stammen. Über ihren Verbleib kann ich keine Angaben machen. Frl. Erxleben war meiner Erinnerung nach auch bei der Gruppe B tätig. Sie soll nach dem Kriege von den Russen verhaftet worden sein. Mein Vater ist noch in den letzten Kriegstagen, am 23. oder 24. April 1945, gefallen. Er war mit einer Alarmeinheit auf einem Grundstück in Pankow eingesetzt. Wie uns von dem Grundstückseigentümer mitgeteilt worden ist, ist mein Vater beim Verlassen des Kellers in eine Maschiengewehrgabe geraten und verblutet. Er ist dann zunächst auf dem fraglichen Grundstück bestattet und später - im Juni 1945 - auf dem Heldenfriedhof in Pankow umgebettet worden. Ich bin im Besitz einer Sterbeurkunde, die wohl vom Standesamt Pankow ausgestellt worden ist. Falls es erforderlich ist, bin ich bereit, diese Sterbeurkunde zur Fertigung einer Ablichtung zur Verfügung zu stellen.

Die genaue Bezeichnung des Vorbeugungsreferates ist mir nicht erinnerlich. Es gehörte aber zur Gruppe A. Leiter dieser Gruppe und Vertreter des Amtschefs war Ministerialrat Paul Werner. Zu einem mir nicht mehr erinnerlichen Zeitpunkt wurde Ministerialrat Werner von seinem Posten abgelöst. Wir nahmen damals an, daß ^{es} irgendwelche Differenzen gegeben hätte. Als sein Nachfolger wurde der damalige Regierungsrat Dr. Scheffel eingesetzt. Ich möchte meinen, daß Dr. Scheffel erst nach dem Tode Heydrichs zu uns kam. Ich schließe das daraus, daß Dr. Scheffel in dem früher für Heydrich reservierten Zimmer saß. Ich mußte ihm noch das Telefon dort erklären und es gab dabei etwas Aufregung, weil wir versehentlich den persönlichen Referenten Nebe ~~s~~ - Dr. Teichmann angerufen hatten. Ich will aber nicht ausschließen, daß Dr. Scheffel vorher schon in einem anderen Zimmer gesessen hat. Ebenso ist es möglich daß auch Ministerialrat Werner zeitweilig in diesem Zimmer gesessen hat.

Mir ist nicht erinnerlich, ob Herr Werner weiterhin in Berlin blieb oder ob er nach auswärts versetzt wurde. Auch der Zeitpunkt, in dem er nach der Versetzung Dr. Scheffels zur KPESt Berlin wieder seine alte Stellung einnahm, ist mir nicht im Gedächtnis.

Auf besondere Frage:

An die Krankheit N e b e r s erinnere ich mich. Schon Weihnachten 1942 war er sehr krank. Kurze Zeit darauf mußte er sich in Wien einer Operation unterziehen. Anschließend war er zu einem Kuraufenthalt am Seemerling. Ostern 1943 hat er Frau W i n k e l m a n n und mir einen Kartengruß gesandt. Wir hatten ihm vorher Blumen geschickt. Wann N e b e nach Berlin zurückgekommen ist, kann ich nicht mehr sagen. Er war aber längere Zeit abwesend.

Weitere Angaben kann ich nicht machen. Insbesondere über die personelle ~~et~~ Besetzung des Vorbeugungsreferates und über den Verbleib der einzelnen Beamten ist mir nichts bekannt.

Die Vernehmungsniederschrift ist in meiner Gegenwart laut diktiert worden. Ich verzichte darauf, sie noch einmal durchzulesen.

genehmigt u. unterschrieben

Dr. med. Hermanns

geschlossen (13.40 Uhr)

#

Winkeln

Hebst.

Generalstaatsanwalt z.Zt. Braunschweig, den
bei dem Kammergericht 23.11.1966

Gegenwärtig: Staatsanwältin Bilstein als Vernehmend
Justizangestellte Bieberstein, als
Porotkollführerin

Vernehmungsniederschrift

Vorgeladen zum Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft
Braunschweig erscheint um 10,20 Uhr

Rechtsanwalt und Notar Heinrich Rothmann
geboren am 15.2.1908 in Mainz,
wohhaft in Oker/Harz, Höhlenweg 18.

Ihm wurde eröffnet, daß er in zwei Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord -

- a) Sonderbehandlung ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener (1 Js 4/64 RSHA) und
 - b) Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit" - (1 Js 13/65 RSHA)

als Beschuldigter vernommen werden soll.

Er wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem Gesetze freistehe, sich zu den Beschuldigungen zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor seiner Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Er erklärte: Ich will mich jetzt zu den Beschuldigungen äußern.

Zu meiner Person und zu meinem Lebenslauf beziehe ich mich auf die schriftliche Äußerung vom heutigen Tage, die ich hiermit zu den Akten reiche.

In dieser schriftlichen Äußerung habe ich auch schon Angaben über meine Tätigkeit im Referat III A 5 des RSHA gemacht.

Als ich diesem Referant etwa im Mai 1943 zugeteilt wurde, war Oberregierungsrat Neifeind dessen Leiter. Ich war zunächst Hilfsreferent und wurde später Sachbearbeiter. Als OBR Neifeind etwa Mitte 1944 versetzt wurde, übernahm ich als sein Nachfolger die Leitung des Referats. In dieser Stellung blieb ich bis zur Auflösung der Dienststelle etwa Anfang 1945.

Das Referat war nur klein. Neben mir waren nur zwei oder drei Sachbearbeiter tätig. Ich erinnere mich an den damaligen ORR Grotte, der von der Ordnungspolizei kam und im wesentlichen - soweit ich mich erinnere - auch alle Angelegenheiten bearbeitete, die die Ordnungspolizei betrafen. Weiterhin war als Sachbearbeiter der damalige RR Jedamzik im Referat tätig. Als dritter Sachbearbeiter war ein SS-Hauptsturmführer zugeteilt, an dessen Namen im mich im Moment nicht erinnern kann. Möglicherweise handelt es sich um den mir heute hier genannten SS-Hauptsturmführer Mayr. Daneben waren im Referat auch Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes unterteilt. An ihre Namen kann ich mich aber ebenfalls nicht erinnern. Die in diesem Zusammenhang mir genannten Namen Haase und Keesee sagen mir nichts. Ich will nicht ausschließen, daß sie dem Referat angehört haben. Eine Erinnerung habe ich aber an sie nicht. Für das Referat waren ferner feste Schreibkräfte eingesetzt. Das war schon deshalb erforderlich, weil die Dienststelle in einem besonderen Gebäude in der Hermann-Göring-Str. untergebracht war.

- 3 -

Wie-viele Schreibkäfje es waren, und wie sie hießen, ist mir nicht in Erinnerung.

Mir ist heute ein Geschäftsverteilungsplan des Amtes III des RSHA nach dem Stand vom 15. September 1944 vorgelegt worden. Darin bin ich als Leiter der Abteilung III A 4 verzeichnet. Mir ist zwar noch erinnerlich, daß eine Neuorganisation erfolgt ist. Mir war aber nich mehr bewußt, daß das ~~Führer~~ Referat III A 5 im Jahre 1944 zur Abteilung unter der Bezeichnung III A 4 geworden ist.

Auch der in diesem Geschäftsverteilungsplan als Leiter der Gruppe III A aufgeführte SS-Obersturmbannführer Höppner ist mir in dieser Stellung nicht erinnerlich. Ich war bisher der Meinung, daß er irgendwo Leiter einer Stapo-Leit-Stelle war, möglicherweise in Posken. Obwohl ich in dem Geschäftsverteilungsplan als sein Vertreter bei der Gruppe III A ~~g~~ ausgewiesen bin, bin ich in dieser Stellung ~~sich~~ sicher nicht tätig geworden. Ich möchte annehmen, daß der erst im Spätherbst 1944 herausgekommene Geschäftsverteilungsplan infolge der kriegsbedingten Verhältnisse nicht mehr verwirklicht worden ist.

Wie ich bereits in der schriftlichen Äußerung ausgeführt habe, gehörte es zu den Aufgaben des Referats, die Grundlagen der Schaffung eines neuen Polizeibegriffes zu erarbeiten.

Für die polizeiliche Tätigkeit auch im Dritten Reich waren bis zuletzt an sich keine Grundlagengesetze vorhanden, als der bekannte 10 II 17 des ALR und § 14 \$PVG. Diese Grundlagen reichten nach Auffassung der damaligen Staatsführung für die polizeiliche Tätigkeit nicht mehr aus. Neue gesetzliche Grundlagen für die gesamtpolizeiliche Tätigkeit sollten geschaffen werden. Praktisch gäng damals die Polizei

- 4 -

K

in ihrer Tätigkeit schon von einem sogenannten Führerbefehl aus, der etwa besagte, daß die Polizei alles tun könne und auch müsse, was der Sicherheit des Nationalsozialistischen Staates und seiner Erhaltung diente. Dieser sogenannte Führerauftrag wurde die "Institutionelle Ermächtigung der Polizei" genannt. Diese Ermächtigung einmal in einem Gesetz wieder niedergelegen, war an sich Aufgabe dieses allgemeinen Polizeireferates. Die Vorbereitungen dazu gingen über Jahre hinaus. Es waren Gutachten von Staatsrechtslehrern erforderlich worden, und es wurden alle Dinge gesammelt, die einmal bei dieser Materie verwertet werden konnten. In dem letzten Kriegsjahr kam diese Arbeit ^{sie gebracht} naturgemäß zum Erliegen. Zu einem Abschluß ist/nicht gedacht worden.

Daneben hatte das Referat, wie ich auch schon in meiner schriftlichen Äußerung ausgeführt habe, die polizeilichen Belange bei der Gesetzgebung anderer Ministerien zu vertreten. Ich bin der Meinung, daß das Referat nur bei förmlichen Gesetzen und Rechtsverordnungen mitzuwirken hatte, dagegen nicht bei sonstigen Erlassen, die interne Sachgebietsangelegenheiten des RSHA betrafen. Mir ist jedenfalls nicht erinnerlich, daß zu meiner Zeit das Referat in die Bearbeitung von Erlassen auf speziell sicherheitspolizeilichen Gebiet (z.B. Behandlung ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener, Schutzhaftbestimmungen, Einweisung von Häftlingen in die Konzentrationslager) eingeschaltet war.

Mit sind heute verschiedene Erlasse vorgehalten worden, die unter dem Akt.Z. II A 2 bzw. III A 5 b ergangen sind und folgende Sachgebiete betreffen:

Verfolgung der Kriminalität unter den polnischen und sowjetrussischen Zivilarbeitern,

Polizeiliche Strafverfügungen gegen Polen,

Polizeiliche Strafverfügungen gegen sowjetrussische Zivilarbeiter im Reich,

Benachrichtigung der Staatsanwaltschaft über Hinrichtungen durch die Geheime Staatspolizei,

Nummerierung der Sterbeurkunden durch die lagereigenen Standesämter der Konzentrationslager,

Beurkundung von Todesfällen von Ostarbeitern und nichteindeutschungsfähigen polnischen Zivilarbeitern in den Konzentrationslagern mit lagereigenen Standesämtern,

Unterbrechung der Schutz- und Vorbeugungshaft zum Zwecke des Straffollzuges,

Polen und Juden, die aus Vollzugsanstalten der Justiz entlassen werden.

An den Inhalt dieser Erlasse habe ich keine Erinnerung. Ich weiß auch nicht, ob ich sie in irgendeiner Form mitbearbeitet habe. Ich will aber nicht die Richtigkeit der mir vorgelegten Fotokopien bestreiten, zumal ein Teil der Erlasse schon in der Zeit vor meiner Versetzung zum RSHA ergangen sind. Es ist auch durchaus möglich, daß der Erlass des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 28. Mai 1943 - 0-VuRR III 3945/43 u S III A 5 b Nr. 3 VIII/43-165-3- am 17. Juni 1943 von mir den Stapo (leit)Stellen und nachrichtlich den Referaten IV D 2 und IV D 5 zugeleitet worden ist. Auch an diesen Erlass habe ich keine Erinnerung. Aus dem Akt.Z. und aus der Unterschrift "B r a n d t" möchte ich mit Sicherheit schließen, daß dieser Erlass - jedenfalls federführend - nicht im Referat III A 5, sondern beim Hauptamt Ordnungspolizei bearbeitet worden ist. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß ich erst kurze Zeit dem Referat angehörte. In der ersten Zeit meiner Tätigkeit im RSHA habe ich naturgemäß derartige Angelegenheiten noch nicht selbstständig bearbeitet. Ich mußte mich erst in die schwierige Materie und die

gesamte Arbeitsweise des Referats einarbeiten.

Die mir vorgehaltenen Erlasse berühren auf der einen Seite sicherheitspolizeiliche Fragen. Darüberhinaus werden aber auch die Belange anderer Dienststellen bzw. Ministerien z.B. Justiz und Reichsministerium des Innern betroffen. Ich möchte deshalb annehmen, daß die Berührungspunkte mit anderen Ministerien der Grund dafür waren, daß diese Erlasses nicht in den einzelnen Sachreferaten allein bearbeitet wurden, sondern vom Referat III A 5x herausgegeben wurden. Aus dem Akt.Z. allein kann jedenfalls nicht der Schluß gezogen werden, daß Initiative und Sachbearbeitung in diesen Fragen beim Referat III A 5 lagen.

Ich möchte noch einmal betonen, daß mir zwar die seinerzeit ergangenen Verhaltensvorschriften für ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene bekannt waren und daß ich auch wußte, daß es das Institut der "Sonderbehandlung" gab. Alle diese Vorschriften sind aber - jedenfalls zu meiner Zeit - nicht im Gesetzgebungsreferat, sondern in den zuständigen Sachreferaten bearbeitet worden. Wer im einzelnen für diese Vorschriften verantwortlich zeichnete, ist mir nicht bekannt.

Von einer Sonderaktion, in deren Rahmen mehrere Tausend Sicherungsverwahrte und Zuchthausgefangene aus den Vollzugsanstalten der Justiz an die Polizei abgegeben und in Konzentrationslager eingewiesen worden sind, ist mir nichts bekannt. Mein Referat ist in irgendwelchen Verhandlungen zu dieser Frage nicht eingeschaltet worden. Der Begriff "Vernichtung durch Arbeit" war mir bis heute völlig unbekannt.

Abschließend möchte ich betonen, daß ich meine Aufgabe nach dem von mir gewählten Beruf auch bei dem Referat III A 5 nur so gesehen habe, daß ich ~~verordnungen~~ bei allgemeinen gültigen Gesetzen und Rechtsberatungen, die auch publiziert wurden, mitgewirkt habe. Mit Tötungsdelikten im einzelnen oder Tötungsmaßnahmen gegen Personengruppen oder auch Einzelmenschen habe ich nichts zu tun gehabt.

Ende der Vernehmung 13,40 Uhr.

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

Geschlossen:

Wolfgang
Wolfgang

87
Okt, die 23. X. 66.

Le b e n s l a u f

des Rechtsanwalts Heinrich Rothmann

in Oker/Harz. - 1 Js 4/64 (RSHA)

1 Js 13/65 (RSHA)

Am 15.2.08 in Mainz geboren kam ich sogleich zu meinen Großeltern nach Framersheim, weil meine Mutter bei der Geburt gestorben war.

Nachdem mein Vater, der Lehrer Heinrich Rothmann, 1913 wieder geheiratet hatte, nahm er mich zu sich nach Bechtolsheim. Dort besuchte ich die Grundschule und anschließend bis zur Reifeprüfung 1926 die Oberrealschule in Alzey.

An den Universitäten in Kiel, Frankfurt/M. und Gießen studierte ich Rechtswissenschaft. In Gießen bestand ich 1930 das Referendarexamen.

Nach der üblichen Vorbereitungszeit unterzog ich mich Juli 1934 mit Erfolg der Zweiten großen juristischen Staatsprüfung beim Oberlandesgericht in Darmstadt.

Erste richterliche Verwendung fand ich ab 30. Okt. 1934 beim Amtsgericht in Osthofen. Nachdem ich mir wegen einer der SA nachteiligen Entscheidung in einem Streit zwischen SA und Andersdenkenden vom damaligen Oberlandesgerichtsvizepräsidenten in Darmstadt eine Rüge zugezogen hatte, wurde mein richterlicher Auftrag zum 31.7. 35 für beendet erklärt.

Ich bin dann jeweils für Vertretungen von Richtern und Staatsanwälten, die ihre Übung bei der Wehrmacht ableisteten, einberufen worden.

In den Jahren 1936 und 1937 leistete ich selbst je eine Achtwochenübung bei der Wehrmacht ab und war danach Gefreiter der Reserve in der Wehrmacht. Dies blieb ich bis zum Kriegsende. In der SS hatte ich nur den meinem Beamtenrang entsprechenden Angleichungsdienstgrad. (zuletzt Oberregierungsrat und Obersturmbannführer).

Als ich einem Freund meinen Ärger mit dem Oberlandesgericht und meine ständige Verschiebung einmal klagte, schlug er mir vor, nach Berlin zu gehen, wo er selbst damals schon war und wo die Polizei Assessoren einstelle.

Tatsächlich wurde ich nach gut einem Jahr zum 1. November 1937 nach Berlin einberufen und der Stapoleitstelle Berlin als Justitiar und Disziplinarreferent zugeteilt. Damals hatte ich noch nie Berührung ~~bei~~ mit der Geheimen Staatspolizei gehabt.

Als Gerichtsassessor, der ich war, arbeitete ich zunächst ein Jahr zur Probe

Probe, danach wurde ich zum Regierungs-Assessor ernannt und nach etwa einem weiteren Jahr kurz vor Kriegsbeginn 1939 zum Regierungsrat.

Mein e Familie konnte ich schon 1938 nach Berlin nachholen.

Bei der Leitstelle Berlin blieb ich bis etwa Mitte 1942. Danach wurde ich vorübergehend nach Magdeburg abgeordnet, weil mein damaliges Referat (Wirtschaftsvergehen und Korruption) wieder an die Kriminalpolizei abgegeben worden war.

Etwa Mai 1943 bin ich zurückgeholt worden und kam als Hilfsreferent zur Dienststelle : Allgemeines Polizeirecht und Gesetzgebungstechnik. Diese Dienststelle war neu und hatte ihre Aufgaben zugewiesen bekommen durch einen Erlaß des damaligen Reichsministers des Innern , der damit einen Streit zwischen den Hauptämtern Ordnungspolizei (Schutzpolizei, Gendarmerie , Verwaltungspolizei , Feuerschutzpolizei und Luftschutzpolizei) und Sicherheitspolizei (Geheime Staatspolizei und Kriminalpolizei) , der über die Grundlagen allgemeiner polizeilicher Tätigkeit, die Schaffung eines neuen Polizeibegriffes ; Fragen des materiellen und allgemeinen (Institutionellen) Polizeirechts ausgebrochen war, beenden wollte. Zur Wahrung der ordnungspolizeilichen Belange war auch ein Beamter der Ordnungspolizei dieser Dienststelle zugeteilt.

Die Dienststelle hatte somit gesamtpolizeilichen Aufgaben zu erfüllen, an den Grundlagen der Schaffung eines neuen Polizeibegriffes zu arbeiten, mit dem 10 II 17 des Allgem. Preußischen Landrechts und § 14 des Preuß. P.V.G. praktisch durch die sog. "Institutionelle Ermächtigung der Polizei ". abgelöst werden sollten.

Ferner hatte sie die polizeilichen Belange bei der Gesetzgebung anderer Ministerien insbesondere bei der auch damals laufenden Strafrechtsreform zu vertreten. In einigen Gesetzesmaterien wie Feiertagsrecht und Waffenrecht war sie m.W. federführend. Diese Gebiete waren vom Inneministerium bzw. seiner Abt. I übernommen worden.

Trotz ihrer an sich nicht verständlichen Eingliederung in das Amt III (Nachrichtenamt) als 3- III A 5 blieb die Dienststelle bis zuletzt eine reine Ministerialinstanz mit Gesetzgebungsaufgaben, die auch mit Reichsminister des Innern firmierte. Die Eingliederung bei III A läßt sich vielleicht so erklären, daß man im Amt III eine neutrale Stelle zwischen Ordnungspolizei und Sicherheitspolizei gefunden zu haben glaubte.

Rein äußerlich drückte sich der Ministerialcharakter auch so aus, daß die Referenten und Sachbearbeiter dieser Dienststelle Beamte mit Ministerialzulage waren, während alle anderen Angehörige des Amtes III Parteiangestellte waren.

Der Sitz der Dienststelle hatte auch räumlich nichts mit dem Amt III zu tun. Sie hatte ihren Sitz in der damaligen Hermann Göringstraße, in einem Gebäude in dem m.W. andere Dienststellen insbesondere des Amtes III nicht untergebracht waren.

Die Einarbeitung in die Probleme dieser Dienststelle, die zahlreich waren, war für mich recht schwierig. Es bedurfte dazu einer sehr langen Zeit. Erschwert wurde sie noch durch viele kriegsbedingte Behinderungen. (Bombenangriffe).

Etwa Mitte 1944 oder auch schon etwas früher ging der bisherige Referent zum Einsatz und ich mußte die Dienststelle übernehmen. Es standen mir damals 2 oder 3 Sachbearbeiter zur Verfügung. Es war in der Sache leichter geworden für mich, weil mit zunehmender Verschlechterter Kriegslage diese Dienststelle immer mehr an Bedeutung verlor. Schon bald wurde davon gesprochen, sie ganz aufzulösen. Für die Arbeit der Dienststelle hatte man immer weniger Interesse und Zeit. Trotzdem kam es erst Anfang 1945 zur Auflösung.

Mit einem Mitarbeiter und einer Sekretärin wurde ich nach Süden in Marsch gesetzt. Ich sollte mich dort bei Dienststellen in Tirol melden. Inzwischen war aber die Italienfront zusammengebrochen und Truppen fluteten über den Brenner zurück. Zur Arbeit kam ich daher nicht mehr. Die Kapitulation beendete alles.

Am 14. Juni 1945 bin ich für 28 Monate in Sandbostel interniert worden. Nach einer Entscheidung im Spruchgerichtsverfahren, durch die ich wegen Zugehörigkeit zu einer Geldstrafe verurteilt worden bin, wurde ich am 14. Oktober 1947 zu meiner Familie nach Bad Grund entlassen.

Bei der Entnazifizierung bin ich in Kategorie IV (Mitläufer) eingestuft worden.

Seit 15. Oktober 1951 bin ich Rechtsanwalt in Oker und seit 13. Mai 58 zum Notar in Oker ernannt.

Ich habe aus meiner Ehe mit Aenne geb. Schmitt ~~†~~ eine am 4. Mai 1937 geb. und inzwischen verheiratete Tochter, sowie einen am 1.4.40 geborenen Sohn.

Rechtsanwalt

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

90

V.

1) Vermerk:

Der Beschuldigte R o t h m a n n erwähnte bei seiner gestrigen Vernehmung beiläufig, dass der früher im Referat III A 5 tätig gewesene ORR G r o t e noch vor einigen Jahren "hier" im Ministerium gewesen sei und dass er in einer Verwaltungsstreitsache des Zeugen J e d a m z i k eine Erklärung abgegeben habe. Da Rothmann im übrigen mit personellen Angaben sehr zurückhaltend war, bin ich auf diese Äusserung nicht eingegangen und habe nicht zu erkennen gegeben, dass der Aufenthalt des Beschuldigten G r o t e bisher nicht bekannt war.

Durch Vermittlung des LKA Hannover konnte ~~heute~~ die Anschrift des Beschuldigten G r o t e ermittelt werden.

Willy G r o t e, geb. am 31.8.1907 in Wülfrath, wohnt in Hannover, Gneisenaustr. 70. Er ist als Regierungsdirektor in der Polizeiabteilung des Niedersächsischen Innenministeriums tätig.

2) z.d.A.

Hannover, d. 24.11.1966

151.

Generalstaatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

z.Zt. Hannover, den 24.11.1966

1 Js 4/66 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

Gegenwärtig

Staatsanwältin Bilstein
Justizangestellte Herbst

Vernehmungsniederschrift

Nach Vereinbarung wurde in seiner Wohnung aufgesucht

der Regierungszamtmann a.D. Kurt B o r t h
geb. am 2.10.1906 in Stettin,
wohnhaft in Hannover, Wiesenstr. 27.

Ihm wurde eröffnet, daß er zu 2 Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheits- hauptamtes (RSHA) wegen Verdachts ~~der~~ Teilnahme am Mord - Sonderbehandlung ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener - und - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur " Vernichtung durch Arbeit" - als Zeuge vernommen werden soll.

Er erklärte nach Belehrung ~~noch~~ gem. §§ 52,55 StPO:

Etwa im Mai oder Anfang Juni 1936 wurde ich von der Staatspolizei Stettin nach Berlin versetzt, und zwar zum Reichs - und Preußischer Ministerium des Innern. Seiner Zeit wurden gerade im Zuge der Einsetzung Himmlers ~~als~~ Chef der deutschen Polizei die beiden Hauptämter Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei gegründet. ~~Mit der~~ ~~Naziherrschaft~~ Einrichtung dieser Hauptämter wurde ich dem Referat V 1 des Hauptamtes Sicherheitspolizei als Sachbe- arbeiter zugeteilt. Leiter dieses Referats war der spätere Ministerialrat Dr. Z i n d e l . Als Hilfsreferenten waren unter anderem Regierungs- u. Kriminalrat B o n a t z und Regierungsrat Dr. T a n z m a n n in dem Referat tätig. Zu den Aufgaben des Referats gehörten Organisations - und Rechtsfragen. Ich war in erster Linie nur für Organisationsangelegenheiten zuständig.

Der bereits erwähnte Hilfsreferent RuKR Bonatz war gleichzeitig in Personalunion Leiter des Referats I D des Geheimen Staatspolizeiamtes (Organisation und Geschäftsbetrieb der Staatspolizei-, Außen- und Grenzpolizei - Dienststellen). Diesem Referat war ich ebenfalls gleichzeitig zugeteilt.

Dem Organisationsreferat habe ich bis Kriegsende angehört. Mein Arbeitsgebiet blieb im wesentlichen unverändert. Die Bezeichnung des Referats hat allerdings wiederholt gewechselt. Im September 1939 wurde das Hauptamt Sicherheitspolizei mit dem Cstapa, dem RKPA und dem SD-Hauptamt im Reichssicherheitsamt organisatorisch zusammengefaßt. Meiner Erinnerung nach gehörte das Organisationsreferat in der ersten Zeit zum Amt I des RSHA. Die genaue Bezeichnung ist mir aber nicht erinnerlich. Nach Vorlage des Geschäftsverteilungsplanes des RSHA vom 1.2.1940 halte ich es für möglich, daß es die Bezeichnung I B 1 trug.

Im Kriege gehörte das Referat zeitweilig zum Amt II. Es trug damals die Bezeichnung II A 1. Später kam das Referat dann zum Amt I zurück unter der Bezeichnung I Org.

Ich habe keine Erinnerung daran, wann dieser Wechsel stattgefunden hat. Mir ist auch nicht erinnerlich, daß das Referat - wie mir heute vorgehalten worden ist - in der Zeit von April bis August 1943 die Bezeichnung I A 7 getragen hat.

Meiner Ansicht nach müssten sich die genauen Referatsbezeichnungen unter der jeweilige Wechsel der Bezeichnungen aus den Befehlsblättern der Sicherheitspolizei und des SD feststellen lassen.

Auch die Leiter des Referats haben gewechselt. Ich kann nicht mehr angeben wann der schon genannte Leiter Bonatz ~~XXXXX~~ ~~Referat~~ andere Aufgaben übernommen hat. Nach ihm waren der damalige Regierungsassessor Dr. Schweider und der damalige Regierungsrat Wanninger Leiter des Organisationsreferats. Ich kann aber insoweit keine Angaben machen. Ich weiß nur, daß Dr. Schweider während des Krieges nach Elsaß-Lothringen abgeordnet worden ist. ~~ReferatXXXXX~~

Das Organisationsreferat unterstand meiner Erinnerung nach bis Kriegsende dem Gruppenleiter Ministerialrat Dr. Zindel. Mir ist nicht erinnerlich, daß Dr. Zindel später zu einer anderen Dienststelle versetzt worden ist.

Stellvertretender Gruppenleiter war - mindestens zeitweilig-
Dr. B i l f i n g e r , der später nach Krakau ~~abgeordnet~~ wurde.

Ich war , wie schon erwähnt, als Sachbearbeiter im Organisationsreferat tätig. In der gesamten Zeit meiner Tätigkeit war weiterer Sachbearbeiter der damalige Regierungsoberinspektor Fritz K a n i t z . Er wohnte nach dem Kriege zuletzt ebenfalls in Hannover, und ist vor 2 oder 3 Jahren verstorben.

Ich erinnere mich ferner an den damaligen Kriminalrat Dr. S c h ä f e r . Er bearbeitete Kriminalpolizeiliche Organisationsangelegenheiten. Zeitweilig gehörte auch der damalige Regierungsassessor F r i e d r i c h s zum Referat. Er kam vom SD und bearbeitete SD-Organisationangelegenheiten.

allgemeine Organisatorische Fragen der Geheimen Staatspolizei und/Organisationsangelegenheiten ~~der Sicherheitspolizei~~ habe ich bearbeitet.

Ich erinnere mich ferner an den Tagebuchführer M o s e r und den Ministerialregisterator K e e s e sowie seinen Mitarbeiter H a a s e .

Wie ~~xxxx~~ schon aus dem Geschäftsverteilungsplan zu ersehen ist, und wie ich bereits erwähnt habe, wurden im Organisationsreferat überwiegend ~~Angelegenheiten~~ reine Organisationsangelegenheiten bearbeitet. Dazu gehörte unter anderem: die Zusammenstellung der Erlaßsammungen, die Redaktion des Befehlsblatts, die Herausgabe der Geschäftsverteilungspläne des RSHA, Fragen im Zusammenhang mit der Einrichtung oder Auflösung örtlicher Sipostellen im Reich, innerbehördliche Organisationsangelegenheiten und ähnliches.

Daneben wurden zu einem geringen Teil materiell-rechtliches Fragen ~~xxxxxx~~ polizeirechtlicher Art behandelt. Ich erinnere mich zum Beispiel an Vorgänge, die mit der Sicherheit ~~am~~ Schießständen, beim Filmvorführungen usw zutun hatten.

Andere Aufgaben hatte das Organisationsreferat nicht. Insbesondere hat es nicht beim Entwurf und der Durchführung von Erlassen der einzelnen Sachreferate des RSHA mitgewirkt. Die zur Behandlung ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener erlassenen Vorschriften ~~xxxxxx~~ waren mir seiner Zeit unbekannt. Ich habe erst nach dem Kriege davon erfahren. Das Organisationsreferat

war an diesen Dingen nicht beteiligt.

Auch von einer Sonderaktion, in deren Rahmen mehrere tausend Sicherungsverwahrte und Zuchthausgefangene aus den Vollzugsanstalten der Justiz an die Polizei abgegeben und in Konzentrationslager eingewiesen wurden, habe ich bis heute nichts gehört. Die Formulierung "Vernichtung durch Arbeit" ist mir völlig unbekannt.

Weitere Angaben zu den hier interessierenden Fragen kann ich nicht machen.

Ende der Vernehmung: 13.25 Uhr

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Kurt Böth

geschlossen:

bildlein

Heßl.

Der Polizeipräsident in Berlin

95

I - A - KI 3
523/66 - 524/66

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42 , den 18.11.1966
Tempelhofer Damm 1-7

Fernruf: 66 00 17

Im Innenbetrieb:

} App. 3015

Dem

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
z.Hd.v. StA' in Frl. BILSTEIN
o.V.i.A.

1 B e r l i n 21

Turmstr. 91

Betr.: Mitwirkung des RSHA an der Sonderbehandlung von Justizhäftlingen und Fremdarbeitern - Az.: 1 Js 13/65 und 1 Js 4/64 (RSHA)

Als Anlage übersende ich Ihnen 6 Vernehmungs-niederschriften in 4facher bzw. 5facher Aus-führung von ehemaligen Angehörigen der Kri-postelle Regensburg bzw. der Stapo Neu-stadt/Weinstr.

Desweiteren ein Vermerk mit den Personalien des Kurt Becker und der Anschrift der ehemaligen Stenotypistin im Ref. V A 2 Ilse König geb. Spanka.

Im Auftrage
Merle
(Paul) KK

1 Js 13/65Verhandelt

Auf Vorladung erscheint der PAtm i.R.

Josef Schödermeier,
11.4.1905 Malching am Inn geb.,
Landshut, Grasgasse 320 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn meiner zeugenschaftlichen Vernehmung, bin ich darauf hingewiesen worden, daß ich hinsichtlich eines Verfahrens gehört werden soll, in deren Verlauf ca. 16 000 Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, der Polizei überstellt und in die verschiedensten Konzentrationslager verschubt wurden, gehörten werden soll.

Die Bedeutung der §§ 55 u. 52 StPO ist mir bekannt.

Bevor ich meinen polizeilichen Lebenslauf schildere, möchte ich sagen, daß ich von einer derartigen Aktion, wie sie hier zur Rede steht, nie etwas gehört habe. Die Gründe hierfür ergeben sich aus meiner Verwendung bei der Polizei vor 1945

Ich bin am 1.4.1923 in die Bayerische Landespolizei Passau eingetreten, wo ich bis zum 1.9.1927 verblieb. Im Anschluß daran kam ich bis 1930 zur Bayerischen Gendarmerie in Oberbayern. Danach war ich bis zum 15.2.1941 Angehöriger der Polizei in Bad Reichenhall. Mit diesem Datum wurde ich von der Kriminalpolizei^{Landshut} als KOA übernommen. Hier war ich bis 1943 in allen kriminalpolizeilichen Sachgebielen tätig. Von 1943 bis, es war der 18. Oder 19. September, bis etwa 20. April 1945 beim BdS Italien und zwar in Venedig. Mein Sachgebiet dort war überwiegend Fahndung und Korruptionsfälle. Hierbei möchte ich gleich erwähnen, daß ich während meiner Tätigkeit beim BdS Italien meine Versetzung zur Kripo Regensburg erfahren habe, und zwar mit Wirkung vom 1.1.1945. Ich war jedoch bei der Kripo Regensburg niemals tätig.

Nachdem ich mich etwa um den 20.4.1945 von Venedig ~~xxxxxx~~ mit Genehmigung meines damaligen Dienststellenleiters KR B a c h nach Landshut in Marsch gesetzt hatte, traf ich hier am 25.4.1945 ein. Bereits am 12.5.1945 nahm ich meinen Dienst bei der Kripo Landshut wieder auf und wurde, nachdem ich erst Leiter der Kripo Landshut und 1960 Leiter der Stadtpolizei Landshut geworden war, 1965, am 1. Mai, wegen Erreichung der Altersgrenze pensioniert.

Wie ich schon eingangs erwähnte, kann ich sachdienlich Angaben beim besten Willen nicht machen.

Geschlossen:

W. p
Wein, KM

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

...Joh. W. Weinrich.....

Ki

1 Js 13/65 (RSHA)
1 Js 4/64 (RSHA)

98

Verhandelt

Auf Vorladung erscheint der Kriminalkommissar i.R. ^{rat}

Anton Lickleder,
18.11.1898 Kehlheim geb.,
Regensburg, Kreuzergasse 21 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn meiner zeugenschaftlichen Vernehmung bin ich darauf hingewiesen worden, daß ich hinsichtlich eines Verfahrens, das sich gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen der Tötung von Fremdarbeitern richtet, vernommen werden soll. Des Weiteren soll ich befragt werden, was ich über eine Aktion weiß, in deren Verlauf ca. 16 000 Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, der Polizei rücküberstellt und von dieser in die verschiedensten KL verschubt worden sind.

Die Bedeutung der §§ 52 u. 55 StPO wurde mir erläutert.

Eingangs möchte ich erwähnen, daß ich von Juli 1930 bis zum 1.1.1942 Angehöriger der Kripo Regensburg war. Im Anschluß daran kam ich zum BdS, ich berichtige, vom 11. Juli 1940 gehörte ich im Kriegseinsatz dem BdS Lothringen/Saarpfalz an. Schon aus diesem Grunde kann ich über die Aktion, die Abgabe der Justizhäftlinge betreffend, keine Angaben machen, da diese, wie mir hier gesagt wurde, vom November 1942 bis Mitte 1944 lief.

Zu dem Verfahren gegen ehemalige Angehörige des RSHA wegen der Tötung von Fremdarbeitern, verweise ich auf meine Aussage vom 18. Oktober 1966. An diesem Tage wurde ich zu einem gleichartigen Ermittlungsverfahren, das unter dem Az. 9 Js 7/65 bei der Staatsanwaltschaft Frankenthal anhängig ist, von dem Sta Dr. Wettstein und einem Kriminalbeamten aus Ludwigshafen vernommen. Ich bitte die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin, sich Abschriften bzw. Fotokopien dieser, meiner damaligen Aussage von der Sta Frankenthal zu beschaffen, da ich zu dem beim KG Berlin anhängigen Ermittlungsverfahren keine anderen Aussagen machen

könnte.

In der Vernehmung der StA Frankenthal ist auch mein polizeilicher Werdegang protokolliert, so daß ich auch hierüber keine Angaben zu machen brauche.

Geschlossen:

Wkp
Weiß, KM

..... gelesen, genehmigt u. unterschrieben:

..... *Alexander Wohlwend*

Ki

I - A - KI 3

100
z.Z. Regensburg, den 23. November 1966

1 Js 13/65 (RSHA)

V e r h a n d e l t

Auf Vorladung erscheint der Kriminalobermeister i.R.

Franz R o l l ,
21.3.1898 München geb.,
Regensburg, Admiral-Scheer-Str. 4 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn meiner zeugenschaftlichen Vernehmung bin ich darauf hingewiesen worden, daß ich hinsichtlich einer Aktion befragt werden soll, in deren Verlauf ca. 16 000 Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, der Polizei rücküberstellt und von dieser in die verschiedensten KL verschubt wurden.

Die Bedeutung der §§ 52 u. 55 StPO ist mir bekannt.

Ich bin im Jahre 1923 in die Schutzpolizei Regensburg eingetreten.

1937 wurde ich von der Kripo Regensburg als KA übernommen. Bis zum Kriegsende wurde ich bis zum KOS befördert, an die einzelnen Daten meiner Beförderung kann ich mich jedoch nicht mehr erinnern.

Meine Fachgebiete waren in der Hauptsache Fahndung, Einbruch und Diebstahl. Letzteres bearbeitete ich bis zum Kriegsende.

Nachdem ich nach Kriegsende etwa 1 1/2 Jahre als Ortsamtsleiter der NSV in ~~Niedenwörth~~ Natternberg interniert war, nahm ich etwa 1948 meinen Dienst bei der Kripo Regensburg wieder auf und wurde 1960 als KOM mit Erreichung der Altersgrenze pensioniert.

Über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung aus damaliger Zeit kann ich keine Angaben machen. Ich kann mich nur noch erinnern, daß ein Führerbefehl bestand, demzufolge abgeschossene Flieger nicht gefangen genommen werden sollten, sondern an Ort und Stelle liquidiert. Das hat zwar mit der hier zur Rede stehenden Aktion nichts zu tun, ich möchte es aber trotzdem nicht unerwähnt lassen.

Von einer Aktion, in deren Verlauf Justizhäftlinge der Polizei rücküberstellt und von dieser in KL verschubt werden sollten, weiß ich

nur insofern etwas, als daß ich selbst ein- oder zweimal einen Transport von Straubing nach Mauthausen begleiten mußte. An die genaue Zeit kann ich mich nicht mehr erinnern.

Der Ablauf war etwa folgender: Ich bekam den mündlichen Befehl, mich an einem der nächsten Tage mit zwei oder drei anderen Kollegen, glaublich Kliegel und Hammer, an einen weiteren Namen kann ich mich im Augenblick nicht erinnern, nach Straubing zu begeben, um dort kriminelle Justizhäftlinge zu übernehmen. Meines Wissens waren es jeweils 50 bis 60 Häftlinge, die auf dem Hof des Zuchthauses schon bereitstanden, und die vor der Übernahme durch uns anhand einer Liste noch einmal namentlich aufgerufen wurden. Wer der jeweilige Transportführer gewesen ist, kann ich nicht mehr sagen. Zu Fuß brachten wir die Häftlinge zum Bhf. Straubing, wo sie in einen bereitstehenden Personenzug verladen wurden. Eine besondere Sicherung der Zugtüren fand meines Wissens nicht statt. Wir saßen zwischen den Gefangenen. Als wir auf dem Bhf. Mauthausen ankamen, stand bereits SS da, um den Transport bzw. die Gefangenen zu übernehmen. Sie wurden dann zu Fuß bis zum KL Mauthausen geleitet, wobei ich bemerken möchte, daß sich die SS-Leute den Gefangenen gegenüber ausgesprochen brutal zeigten. Selbst einer meiner Kollegen wurde von einem SS-Mann derart geschlagen, daß ihm die Brille entzweiging, und er Verletzungen im Gesicht davontrug. Auch ich bekam bei einem solchen Transport von einem SS-Mann eine derartige Ohrfeige, daß ich noch 14 Tage danach starke Ohrenschmerzen hatte. Im Lager angekommen, wurden die Gefangenen noch einmal namentlich aufgerufen, und wir selbst begaben uns unmittelbar danach wieder zum Bhf. Mauthausen, um von dort nach Regensburg zurückzufahren. Mir fällt ein, daß zumindestens einer dieser Transporte im Winter stattgefunden haben muß, da ich selbst noch von draußen Schnee in den Zug holte, weil die Gefangenen unter großem Durst litten.

Wie ich schon eingangs erwähnte, habe ich etwa ein- bis zweimal einen solchen Transport begleiten müssen, wobei im großen und ganzen immer der gleiche Ablauf war. Ich kann mich genau erinnern, daß bei einem der von mir durchgeführten Transporte der damalige Leiter der Kripo-stelle, Dr. Teichmann, zugegen war, d.h. er ist mit und Kriminalbeamten bis nach Straubing gekommen, war bei der Übernahme der Gefangenen anwesend und begleitete den Transport im Anschluß daran bis nach Mauthausen. Ob er noch bis zum KL mitgekommen ist,

vermag ich nicht mehr zu sagen, glaube jedoch, daß das nicht der Fall gewesen ist. Wenn ich mich recht erinnere, ist er seinerzeit gleich nach Wien weitergefahren.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß ich seinerzeit nicht wußte, welchem Zweck die Verschubung der Justizhäftlinge nach Mauthausen diente. Ob auch aus Amberg gleichartige Transporte nach Mauthausen oder in anderes KL gingen, kann ich nicht sagen, habe auch seinerzeit darüber nichts erfahren. Ebenso wenig kann ich Angaben darüber machen, ob von der Gestapo ähnliche Transporte durchgeführt wurden. Auch habe ich nie etwas darüber gehört, daß Justizhäftlinge aus Zuchthäusern, die nicht im Bereich der Kripostelle Regensburg lagen, durch die Kripo Regensburg oder Angehörige anderer Kripostellen in KL verbracht worden sind.

Über das Verfahren der Übergabe in büromäßiger Hinsicht kann ich eben nur sagen, daß wir die Liste der zu übernehmenden Personen mit den Gefangenen in Straubing übergeben bekommen hatten. Ob diese ~~namentlich~~ vom RSHA, dem RJM oder gar von der Anstaltsleitung ^{III} zusammengestellt wurden, vermag ich nicht zu sagen.

Auf die Frage, ob bei den zu übernehmenden Häftlingsgruppen außer den Kriminellen auch Juden, Zigeuner, Polen oder sog. Fremdarbeiter waren, muß ich sagen, daß es ausschließlich kriminelle Häftlinge waren.

Mir ist auch nie etwas darüber bekannt geworden, ob Personen außerhalb der hier zur Rede stehenden Vereinbarung zwischen dem ehemaligen RJM Thierack und dem damaligen RFSS Himmller in KL verbracht worden sind.

Auch kann ich keine Angaben darüber machen, ob Insassen von Heil- und Pflegeanstalten auf ähnliche Art und Weise KL zugeführt worden sind.

Meines Wissens bestand bei der Kripostelle Regensburg keine Dienststelle, die sich ausschließlich mit der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung befassen mußte. Infolgedessen kann ich auch keine Angaben über eine evtl. personelle Zusammensetzung machen.

Mir sind soeben in Fotokopie Todesmeldungen aus KL vorgelegt worden; ich kann mich jedoch nicht erinnern während meiner Dienstzeit vor 1945, derartige Meldungen vor Gesicht bekommen zu haben.

Auch ist mir nicht bekannt, daß jemals von der Kripo Regensburg Angehörige von verstorbenen KL-Insassen benachrichtigt worden sind. Auch ich selbst ^{habe} eine derartige Benachrichtigung nie durchzuführen brauchen.

Weitere Angaben zu dem hier in Rede stehenden Komplex kann ich nicht machen.

Geschlossen:

W. Weiß,
Weiß, KM

W. Weiß

gelesen, genehmigt u. unterschrieben:

..... *W. Weiß*

1 Js 13/65 (RSHA)Verhantel

Auf Vorladung erscheint der Kriminalobermeister i.R.

Heinrich Götz,
25.12.1896 Rastbüchl geb.,
Regensburg, Graf-Spee-Str. 10 a whft.,

und erklärt:

Vor Beginn meiner zeugenschaftlichen Vernehmung bin ich darauf hingewiesen worden, daß ich hinsichtlich einer Aktion vernommen werden soll, in deren Verlauf mehrere tausend Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, der Polizei rücküberstellt und von dieser in die verschiedenen KL verschubt wurden.

Die Bedeutung der §§ 55 u. 52 StPO ist mir bekannt.

Ich bin 1921 in die Bayerische Landespolizei Regensburg eingetreten. Nach geraumer Zeit kam ich nach Straubing und wurde im Jahre 1927 nach Kaiserslautern versetzt, zur Schutzpolizei. Nach der Verstaatlichung im Jahre 1931 meldete ich mich nach Regensburg zur Schutzpolizei zurück und wurde 1936 als KHW von der Kripo Regensburg übernommen.

Nach der Umstellung der Dienstgrade wurde ich KA und etwa 1938 KOA, im gleichen Jahr kam ich zur Kriminalfachschule nach Berlin, und wurde nach erfolgreichem Abschluß des Lehrgangs 1939 KS. Diesen Dienstgrad behielt ich bis zum Kriegsende bei.

Im Juni 1945 wurde ich wegen meiner Zugehörigkeit zur NSDAP im Auftrag der Militärregierung entlassen. Glaublich im Jahre 1948, am 1. Mai 1948, nahm ich meinen Dienst bei der Kripo Regensburg wieder auf und wurde im Jahre 1959 wegen Erreichung der Altersgrenze pensioniert.

Der Begriff der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung ist mir nur noch insofern in Erinnerung, als daß ich weiß, daß Straftäter, deren Strafhaft beendet war, in Vorbeugungshaft genommen werden konnten. Da ich während meiner gesamten Tätigkeit bei der Kripo Regensburg ausschließlich Sachbearbeiter für Sittlichkeitsdelikte war, und infolgedessen im gesamten damaligen Regierungsbezirk Regensburg

auf Dienstreise war, kann ich nähere Angaben über die Arbeitsweise in Vorbeugungsangelegenheiten nicht machen.

Von einer Aktion, in deren Rahmen eine Vielzahl von Justizhäftlingen der Polizei überstellt und in KL verschubt wurden, weiß ich nur insofern etwas, als daß ich selbst ca. dreimal einen derartigen Transport vom Zuchthaus Straubing nach Mauthausen begleiten mußte, obwohl ich selbst, wie schon erwähnt, nie etwas mit Vorbeugungsangelegenheiten zu tun hatte.

Der Ablauf der Transporte war etwa folgender:

Einige Tage vor dem Abgang des Transportes von Straubing nach Mauthausen wurden vom Dienststellenleiter Dr. Teichmann - ich weiß nicht mehr genau, ob es Dr. Teichmann war - anlässlich einer Dienstbesprechung jeweils drei bis vier Kriminalbeamte bestimmt, die den Transport von Straubing nach Mauthausen begleiten sollten. Die Zeit, zu der die Transporte zu begleiten waren, kann ich beim besten Willen nicht mehr bestimmen. Von den Kollegen, die mit mir diese Transporte zu begleiten hatten, sind mir nur noch Kliegel und Roll in Erinnerung. Es handelte sich bei den Transporten, die ich zu begleiten hatte, jeweils um etwa einen Personenwaggon voll.

Meiner Erinnerung nach sind die Häftlinge von Justizbeamten bis zum Bhf. Straubing in einem gemieteten, geschlossenen Wagen gebracht worden und dort in den bereitstehenden Waggon verladen worden.

Die Verladung der Häftlinge ging ganz reibungslos von statthaften. Eine Verlesung der Namen fand nicht mehr statt. Ich weiß noch, daß der Älteste von uns, gläublich Kliegel, ein verschlossenes Couvert mit den Namen der zu begleitenden Häftlinge von einem Justizbeamten übergeben bekam, das er an der Wache des KL Mauthausen dem verantwortlichen Offizier übergeben hatte. Wenn ich mich recht erinnere, sind wir einmal bereits am Bhf. Mauthausen von Wachmannschaften der SS empfangen worden, mit denen wir ~~xx~~ dann gemeinsam die Justizhäftlinge zum Tor des Lagers gebracht haben. Mir fällt soeben ein, daß bei einem der Transporte am Bhf. Mauthausen ein Sanitätskraftwagen bereit stand, der einige gehbehinderte Häftlinge zum Lager transportierte, ansonsten fanden die Transporte zwischen dem Bahnhof und dem Lager immer zu Fuß statt.

Wie ich schon erwähnte, kann ich mich an das Datum der Transporte nicht mehr erinnern, ich weiß aber, daß zumindestens bei einem der Transporte Winter war, da wir den Gefangenen auf deren Bitten hin

Schnee in den Wagen holten, damit sie ihren Durst löschen konnten. In der Regel fanden diese Transporte, die ich zu begleiten hatte, am Tage statt. In einem Fall kann ich mich erinnern, daß wir in der Dunkelheit in Mauthausen ankamen.

Nach Übergabe der Häftlinge gingen wir zum Bhf. Mauthausen zurück, um mit dem nächsten fahrplanmäßigen Zug nach Regensburg zurückzufahren. Ich erinnere mich nicht, daß wir jemals in Mauthausen übernachtet hätten. Mir fällt aber soeben noch ein, daß bei einem Transport ein Kollege namens Hammer anwesend war, der jedoch bereits verstorben ist.

Meiner Erinnerung nach setzten sich die Transporte ausschließlich aus Deutschen Kriminellen zusammen. Ich kann jedoch nicht mehr mit hundertprozentiger Sicherheit sagen, ob evtl. auch Personen anderer Volksgruppen unter den Häftlingen waren. Ich glaube aber, daß mir das seinerzeit aufgefallen wäre, und ich mich auch jetzt noch daran erinnern würde.

Über die büromäßige Bearbeitung der zu verschubenden Häftlinge kann ich keine Angaben machen. Ich weiß lediglich, wie ich schon oben erwähnte, daß die Namenslisten in einem verschlossenen Umschlag übernommen und in Mauthausen übergeben wurden. Von wem die Häftlinge zusammengestellt wurden, vermag ich nicht zu sagen.

Ich kann auch keine Angaben darüber machen, ob Insassen von Heil- und Pflegeanstalten in ähnlicher Weise in irgendwelche Lager abtransportiert worden sind.

Ob es bei der Kripo Regensburg eine Dienststelle gab, die sich ausschließlich mit Vorbeugungsangelegenheiten befaßte, kann ich nicht sagen. Mir ist nur in Erinnerung, daß der KK Licklederer seinerzeit mit derartigen Sachen beschäftigt war.

Mir sind in Fotokopie Todesmeldungen über KL-Häftlinge vorgelegt worden. Ich kann mich jedoch nicht erinnern, diese schon während des Krieges bzw. nach Anlauf der hier zur Rede stehenden Aktion, zu Gesicht bekommen zu haben. Ebenso-wenig ist mir bekannt, daß die Todesmeldungen nach dem Anlaufen der Übergabeaktion sprunghaft angestiegen sein sollen.

Ich möchte noch einmal hervorheben, daß ~~xxxxxx~~ sich die drei von mir begleiteten Transporte in der von mir geschilderten Weise abgespielt haben, und daß ich alle Angaben nach bestem Wissen gemacht habe.

Ich kann jedoch nicht in Abrede stellen, daß mich meine Erinnerung unter Umständen nach derart langer Zeit verzerrt haben mag.

Weitere sachdienliche Angaben kann ich nicht machen.

Geschlossen:

Wap
Weis, KM

laut diktiert, genehmigt u. unterschrieben:

Heinz Peter

Ki

1 Js 13/65 (RSHA)

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Kriminalobermeister i.R.

Emil Ziebel, 14.9.1902 Körlin geb., Regensburg, Ostpreußenstr. 14 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn meiner zeugenschaftlichen Vernehmung ist mir eröffnet worden, daß ich hinsichtlich einer Aktion befragt werden soll, in deren Rahmen mehrere tausend Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, der Polizei rücküberstellt und in die verschiedensten KL verschubt wurden.

Die Bedeutung der §§ 52 u. 55 StPO ist mir bekannt.

Ich trat am 8.1.1924 in die Polizeischule Brandenburg-Havel ein und kam Anfang 1925 nach Berlin-Charlottenburg zur Polizei-inspektion z.B.V. Im Sommer 1926 kam ich zur Polizeiinspektion Schöneberg und im Herbst 1930 zum Reviereinzeldienst zum Polizei-revier 202 in Berlin-Mariendorf. Dort verblieb ich bis 1936. Im gleichen Jahre meldete ich mich zur Kriminalpolizei und kam nach Absolvierung des Kriminalfachlehrganges in Berlin-Charlottenburg zur Kripo Stelle Schneidemühl.

Mit Wirkung vom 15.5.1938 wurde ich zur Kripo Stelle Regensburg ver-setzt und bearbeitete als Sachgebiete bis 1941 Diebstahl und Fahndung. 1941 kam ich zur sog. Kriegsfahndung und mußte in diesem Sachgebiet mit der Wehrmacht zusammen Zugfahndungen durchführen. Aus diesem Grunde war ich selten auf meiner Dienststelle, die außerdem nicht in der Direktion, sondern am Arnulfplatz unterge-bracht war. 1944, im Sommer, meldete ich mich von der Kriegsfahndung weg und bearbeitete bis zum Zusammenbruch Betrugsdelikte.

Vom 1. Juli 1945 bis zum 1. Oktober 1949 wa-r ich meines Dienstes enthoben und wurde am 1.2.1958 als KOM krankheitshalber pensioniert.

Ich kann weder über die Arbeitsweise in Vorbeugungsangelegenheiten noch über die hier zur Rede stehdne Übergabeaktion ~~noch~~ irgendwelche

sachdienlichen Angaben machen. Die Gründe hierfür sind in meiner Verwendung bei der Kripo Regensburg vor 1945 zu suchen.

Ich weiß zwar, daß es so etwas wie Vorbeugungshaft gegeben hat, kann aber beim besten Willen nicht sagen, was für Voraussetzungen notwendig waren, um diese zu verhängen.

Von der hier insbesondere zur Rede stehenden Aktion habe ich erst vor einigen Tagen von einem Kollegen erfahren. Vor 1945 habe ich nie gehört, daß Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, in KL verschont wurden.

Auch die mir hier in Fotokopie vorgelegten Todesmeldungen über KL-Häftlinge sind mir während meines Dienstes vor 1945 nicht zu Gesicht gekommen.

Es tut mir leid, daß ich keine sachdienlichen Angaben zu dem Ermittlungsverfahren machen konnte.

Geschlossen:

Wap
Weiß, KM

selbst gelesen, genehmigt u. unterschrieben:

Paul Richter

Ki

1 Js 13/65 (RSHA)

V e r h a n d e l t

Auf Vorladung erscheint der Kommissär i.R.

Fritz Prell,
3.7.1893 Wunsiedel geb.,
Regenstauf, Hauptstr. 16 whft.,

und erklärt:

Vor Beginn meiner zeugenschaftlichen Vernehmung ist mir eröffnet worden, daß ich hinsichtlich einer Aktion befragt werden soll, in deren Verlauf mehrere tausend Justizhäftlinge, deren Strafhaft noch nicht beendet war, der Polizei rücküberstellt und in KL verschubt wurden.
Die Bedeutung der SS 52 u. 55 StPO ist mir bekannt.

Ich bin im Juni 1919 in die Schutzpolizei Selb/Oberfranken eingestellt worden und versah dort bis 1927 meinen Dienst. Im März 1927 kam ich im Austauschwege zur Schutzpolizei Regensburg und wurde 1937 als KOA von der Kripo Regensburg übernommen. Mein Fachgebiet war in der ersten Zeit Sittlichkeitsdelikte, später dann übernahm ich die Fahndungskartei. Etwa 1938 wurde ich zum KS befördert. Diesen Dienstgrad behielt ich bis zum Kriegsende bei.

Etwa mit Beginn des Krieges übernahm ich mit Ziebel und Birkner den Zugstreifendienst. Unsere Dienststelle war nicht die Polizeidirektion, sondern sie war am Arnulfplatz. Aufgrund dieses Zugstreifendienstes, den ich bis Ende 1943 versah, war ich notwendigerweise viel unterwegs.

Ende 1943 Anfang 1944 übernahm ich wieder die Fahndungskartei, deren Leitung ich bis zum November 1945 inne hatte. Zu diesem Zeitpunkt wurde ich wegen meiner Parteizugehörigkeit entlassen und 1946, das genaue Datum kann ich nicht angeben, glaublich im Juni, wurde ich wieder bei der Kripo Regensburg eingestellt.

Am 1.8.1951 wurde ich wegen Krankheit als Kommissär pensioniert.

Aus meiner Tätigkeit bei der Kripo Regensburg vor 1945 ist mir zwar der Begriff der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung noch dunkel in Erinnerung, jedoch verbinden sich mit diesem Begriff bei mir keine genauen Vorstellungen mehr.

Von einer Aktion, in deren Verlauf Justizhäftlinge der Polizei überstellt wurden, und in KL verbracht, habe ich während meiner gesamten Dienstzeit nichts gehört. Ich weiß lediglich, daß der Kollege R o l l einmal einen Transport von Straubing nach Mauthausen zu begleiten hatte, in dessen Verlauf er von einem SS-Mann derart geschlagen wurde, daß er lange Zeit hindurch Ohrenschmerzen hatte. Ich habe seinerzeit jedoch nicht erfahren um was für einen Transport es sich gehandelt hatte, und ich wußte auch nicht, welchem Kreis die zu begleitenden Personen angehört hatten.

Mir fällt noch ein, daß als Vorbeugungssachbearbeiter ein gewisser Rupert S c h m i d bei der Kripo Regensburg tätig war. Dieser S c h m i d ^{ist} bereits 1953 verstorben. Ich bin der Meinung, daß er mehr über die hier zur Rede stehenden Aktion hätte aussagen können.

Die mir hier in Fotokopie vorgelegten Meldungen über den Tod von KL-Häftlingen habe ich auch in meiner Eigenschaft als Fahndungskarteiführer nie gesehen. Auch ist mir und meinen Kollegen in dem betreffenden Zeitraum von November 1942 bis Mitte 1944 nie aufgefallen, daß sich die einlaufenden Meldungen über KL- oder SV-Häftlinge gesteigert hätten.

Weitere Angaben kann ich nicht machen.

Geschlossen: ~~W. Weiß~~ ^{gelesen, genehmigt u. unterschrieben:}
W. Weiß, KM

W. Weiß *W. Weiß*

Ki

112

V e r m e r k

Wie beim Einwohnermeldeamt Berlin ermittelt werden konnte,
ist der ehemalige Kriminalsekretär

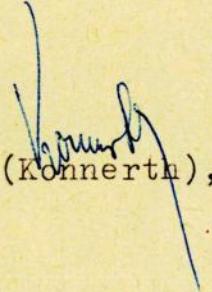
Kurt Becke r ,
20.3.1892 Potsdam geb.,

in Berlin 27, Stillachzeile 1, polizeilich gemeldet. B. wird
im Verfahren 1 Js 13/65 als Beschuldigter geführt.

Bei Hausermittlungen in Berlin 36, Zeughofstr. 16, konnte
festgestellt werden, daß die ehemalige Stenotypistin im
RKPA, Referat V A 2, Ilse Spanka nunmehr infolge
Eheschließung als

Ilse König geb. Spanka ,
4.8.1923 Torgelow geb.,

dort-selbst wohnhaft ist. Sie ist unter der Telefonnummer
61 44 96 zu erreichen. Frau K. wurde in ihrer Wohnung
angetroffen und erklärte, etwa bis Aug. 1943 dem Referat
V A 2 angehört zu haben.


(Konnerth), KOM

V.

1) Verner:

Die am 24. 11. 66. am Flughafen Hannover per Luftpost aufgebrachten Arten und Farben sind bisher hier nicht eingangen. Ohne diese Unterlagen kann die für morgen vorgesehene Veränderung des Tagesetters nicht durchgeführt werden. Der Zeuge wurde über das für seine Wahlung zuständige Polizeidepartement abgesetzt. Neue Ladung soll später eingehen.

2) 7.01. A.

Berlin, d. 28.11.66

Ug:

V.

- ✓ 1) zu schreiben (1 Leseschr.):

An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
-Abteilung III -

714 Ludwigsburg
Sdhorndorfer Str.58

Betr.: Dokumente aus dem Verzeichnis "Polen III"

Zu meinem Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h
u.A. bitte ich mir je eine Ablichtung der folgenden im
Verzeichnis "Polen III" aufgeführten Dokumente zu übersenden:

Film 41 Bild 517, 603 - 608, 659, 689,
Film 44 Bild 2 - 88, 95 - 159,
Film 45 Bild 191 - 541,
Film 46 Bild 81 - 143.

✓ 2) mir zur Unterschrift

3) z.d.A.

Berlin, d. 29.11.1966

✓

z. 1) Sicht + Archiv
8f 30.11.66
ab 11.12.66

115

1 Js 13/65 (RSHA)

An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
- Abteilung III -
714 Ludwigsburg
Schorndorfer Str. 58

Betrifft: Dokumente aus dem Verzeichnis "Polen III"

Zu meinem Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h
u.A. bitte ich mir je eine Ablichtung der folgenden im Ver-
zeichnis "Polen III" aufgeführten Dokumente zu übersenden:

Film 41 Bild 517, 603 - 608, 659, 689
Film 44 Bild 2 - 88, 95 - 159
Film 45 Bild 191 - 541
Film 46 Bild 81 - 103.

Im Auftrage

Bilstein
(Bilstein)
Staatsanwältin

V.

1) Vermerk:

Die am 24.11.1966 in Hannover per Luftpost aufgegebene Reisetasche mit den Akten und der Kartei konnte nach umfangreichen und zeitraubenden Nachforschungen erst heute Mittag auf dem Flugplatz Tegel aufgefunden werden. Sie war dort als nicht abgeholt Passagiergepäck behandelt worden, obwohl sie mit 2 Adressen-Anhängern versehen und durch die Paketnummer eindeutig als Luftpostsendung erkennbar war.

Da erst nach Eingang der Tasche mit der Vorbereitung der ab 7.12.1966 vorgesehenen Dienstreise begonnen werden konnte und morgen eine Besprechung mit KOM Konnerth, der die Reise schon am 4.12.66 antritt, erforderlich ist, habe ich heute den für den 1.12.1966 zur Vernehmung geladenen Beschuldigten

Dr. Menke

abbestellt. Neuer Vernehmungstermin wurde mit ihm für

Mittwoch, d. 4. Januar 1967, 9,30 Uhr

vereinbart. Dr. Menke verzichtete auf nochmalige schriftliche Ladung.

2) z.d.A.

Berlin, d. 30.11.1966

ls.

Vfg.

- ✓ 1) Zu schreiben (Formular benutzen): - unter Beifügung folgender Vernehmungsdurchschriften:

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen
714 Ludwigsburg
Schorndorfer Str. 28

- a) Neumayr 61. Biebell
- b) Rothmann 1.) frell
- c) Borfl
- d) Eickleber
- e) Schrödermeier
- f) Röll
- g) Jöhr

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes

hier: Übersendung von Vernehmungsniederschriften pp. gemäß Nr. 8 Satz 4 der von den Justizministern und -senatoren am 28. April 1965 beschlossenen Richtlinien

Bezug: Dortiges Az. 415 AR 1310/63

Anlage(n): Vernehmungsniederschrift (en) 9

Als Anlage (n) übersende ich 9 Vernehmungsniederschrift(en) mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum dortigen Verbleib.

- 2) Z.d.A.

Berlin, den 30. 11. 66

lsg.

zu Vab + 9. Aufl.
1. 12. 66

Der Polizeipräsident in Berlin

118

I-A - KI 3 - 523/66

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42 , den 1.12. 1966
Tempelhofer Damm 1-7

Fernruf: 66 00 17

Im Innenbetrieb:

} App. 3015

An den

Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht Berlin
z.H.v. StA' in Frl. BILSTEIN

1 B e r l i n 21
Turmstr. 91

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige An-
gehörige des RSHA wegen Mordes - Az. :
13/65 (RSHA)

Bezug: Bisherige Rücksprachen

Anlagen: 57 Blatt

Als Anlage übersende ich Ihnen einen Bericht des
LKA Baden-Württemberg mit dem Ergebnis der bei
den Haftanstalten Heidelberg und Stammheim durch-
geführten Ermittlungen in Hinblick auf o.a. Ver-
fahren.

Im Auftrage


(Paul), KK

Landeskriminalamt
Baden-Württemberg

I 7 (NSG)
Tgb. Nr.: III/12-194/65

Betr.: Beteiligung des RSHA an der Sonderbehandlung von Justizhäftlingen insbesondere von asozialen Personen -Verfahren GStA b.d.KG Berlin 1 Js 13/65-

Ludwigsburg, den 25.11.1966

Bezug: Ihr Ersuchen hierzu - I -KI 2-
2419/65- zuletzt v. 23.11.65

I.

In Ergänzung unseres Berichtes vom 24.8.1966 übersenden wir nunmehr die Ermittlungsergebnisse des Polizeipräsidiums Stuttgart und Kriminalkommissariats Heidelberg.

Sollten aufgrund des Berichtes des PP Stuttgart -der in der Anlage mit über- sandt wird- Ermittlungen aufgenommen werden, so wird um besondere Weisung gebeten.

Das KK Heidelberg teilte unter dem 22.11.1966 mit, daß die Gefangenbücher keine Abgangseintragungen mit dem besonderen Vermerk "überstellt an KL" oder "Vernichtung durch Arbeit" enthielten.

Bei den jeweils eingeschriebenen Personen -vorwiegend Russen und Polen- die einzelnen Konzentrationslagern, wie Dachau, Flössenbürg usw., oder einer Heil- und Pflegeanstalt überstellt wurden, oder aber Selbstmord begingen, handelt es sich möglicherweise um solche, die in anderen Gefängnisanstalten den Vermerk "zur Vernichtung durch Arbeit" erhielten.



Dem
Polizeipräsidium
Kriminalinspektion 3
z.Hd.v. Herrn KHK Starke o.V.i.A.

1 Berlin 42
Tempelhofer Damm 1-7

übersandt.

Ludwigsburg, den 25.11.1966

Landeskriminalamt
Baden-Württemberg

I 7 (NSG)
I. A.

Opferkuch
(Opferkuch)
Kriminalhauptkommissar

Anlagen:

s. Rückseite

Beilagen:

- 2 Berichtsmehrfertigungen,
- 1 Bericht des PP Stuttgart,
- 1 Liste (55 Blatt) und
- 2 Mehrfertigungen.

Alle diese Personen wurden listenmäßig erfaßt; das Ermittlungs-
ergebnis wird in dreifacher Ausfertigung übersandt.



(Gehrmann)

Kriminalmeister

STADT STUTTGART
Polizeipräsidium
Kriminalpolizei

GZ: 10-K -L-14/2809/66-5

Bezug: Ersuchen / Zuschrift vom 13.6.1966

Betreff: Beteiligung des RSHA an der Sonderbehandlung von Justizhäftlingen, insbesondere von asozialen Personen - Verfahren GStA beim Kammergericht Berlin, Az.: 1 Js 13/65 (RSHA) -

Anl.: 3 Mehrfertigungen

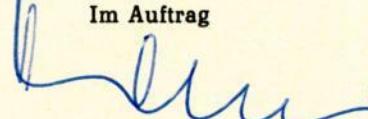
An das
Landeskriminalamt Baden-Württ.
- I 7 (NSG)

714 Ludwigsburg
Wilhelmstr. 1

Zu Az: Tgb. Nr. III/8 194/65

Stuttgart, den 22. August 1966
STADT STUTTGART
Polizeipräsidium
Kriminalpolizei

Im Auftrag


Schelling
Kriminalhauptkomm.

121
7 Stuttgart, den 17. August 1966
Mörikestr. 20
Fernsprecher 299141, Nbst. 772

Bei der Verwaltung der Untersuchungs- und Strafanstalt, Stgt.-Stammheim, sind nur noch zwei Gefangenenebücher aus der Zeit vom 24.4.1943 bis 16.4.1945 vorhanden. Aus ihnen ist nicht zu ersehen, von welcher Stelle die damaligen Gefangenene eingewiesen wurden oder wohin sie verlegt bzw. entlassen worden sind. Es ist lediglich das Strafmaß der einzelnen Gefangenene oder ausgesprochene Todesurteile und deren Vollstreckung in den Büchern vermerkt. Auch ist daraus nicht zu ersehen, daß zur damaligen Zeit sogenannte Asoziale eingeliefert und später als Vorbeugungshäftlinge in ein KL eingewiesen worden sind.

Zugangs-, Abgangs- oder weitere Gefangenenebücher sind nicht mehr vorhanden. Diese sollen bei Kriegsende vom früheren Vorstand des Untersuchungsgefängnisses Stuttgart Verwaltungsmann August Gundel, vernichtet worden sein. Gundel war in Stuttgart-Gablenberg, Bussenstr. 55, wohnhaft und ist am 24.6.1965 verstorben.

Eine Befragung älterer und früherer in der Haftanstalt Stuttgart tätigen Beamten war ohne Erfolg. Es wurde aber auf den in Ehningen Krs. Böblingen wohnenden, pensionierten PM Karl Elsässer hingewiesen. Dieser sei bereits in den 20iger Jahren in der Haftanstalt Stuttgart tätig gewesen und wurde im Jahre 1949 oder 1950 pensioniert. Es könne der Fall sein, daß Elsässer eine genauere Auskunft geben könne.

Die frühere Haftanstalt Stuttgart war keine Strafanstalt, sondern Untersuchungsgefängnis. Dieses ging im Jahre 1963 in der Untersuchungs- und Strafanstalt Stuttgart-Stammheim auf. Nach Rücksprache mit dem dortigen stellvertretenden Vorstand, Herrn Huber, wurde bekannt, daß die damaligen Asozialen vermutlich nicht in das Untersuchungsgefängnis Stuttgart, sondern direkt in das Arbeitslager Buttenhausen, oder in das Landesstrafgefängnis Ludwigsburg eingewiesen wurden. Von Letzterem seien sie evtl. in das KL Vaihingen/Enz, überstellt worden.

Beim Landesstrafgefängnis Ludwigsburg sollen angeblich noch Zugangs-, Gefangen- und Abgangsbücher aus der damaligen Zeit vorhanden sein.

butten
Harthan
Kriminalobermeister

Betr.: Beteiligung des RSHA an der Sonderbehandlung von Justizhäftlingen, insbesondere von asozialen Personen, die vom Reichsjustizministerium ab November 1942 aus der Strafhaft als Vorbeug.-Häftlinge an KL überstellt wurden

- Auszug aus den Gefängnisbüchern der Haftanstalt Heidelberg, November 1942 bis Kriegsende -

Lfd.Nr.	Annahmetag u.Tageszeit	Angaben zur Person	Straftat	Austrittstag u.Tageszeit	Grund des Austritts
13/602	4.11.42 17.00	Mangold, Hanns Hilfsarbeiter, 22.12.1918 in Heidelberg	Diebst.	24. 3.43 13.07	Heil- u. Pflegeanstalt Wiesloch
15/613	7.11.42 17.15	Warych, Stefan poln. Landarbeiter, 16.3.1918 in Treschklingen	Schutzhaft	1. 4.43 13.07	Dachau
38/810	3. 2.42 12.15	Burdelik, Josef poln. Landarbeiter, 7.3.1907 in Mislovice	"	7. 4.42 12.15	Flossenbürg
58/890	5. 3.42 20.00	Motyka, Franz poln. Landarbeiter, 12.8.1916 in Kameszniva	"	10. 6.42 13.15	Dachau
59/891	6. 3.42 16.00	Wilgurzenski, Richard Landarbeiter, 4.5.1922 in Demko	unerl. Verk. mit Kriegs- gefäng.	8. 4.42 13.07	Kislau
61/901	10. 3.42 13.00	Lucyk, Nikolay led. Arbeiter, 14.12.1907 in Berczhycia	Schutzhaft	6. 5.42 13.15	Mauthausen

123

87/951	26. 3.42 19.00	Szuseklik, Wladislaw Landarbeiter, 29.5.1923 Czarny-Dunagocz	Schutz- haft	9. 4.42 17.30	abgeholt von der Gestapo
109	7. 4.42 13.00	Schuhmann, Christine Näherin, 1.9.1912 in Linsbach	Durchgangs- haft	8. 4.42 13.07	Heil- u. Pflegean- stalt Wiesloch
110	7. 4.42 13.00	Franzel, Herbert Kurt Arbeiter, 20.7.1923 Döberlug	"	"	"
111	7. 4.42 13.00	Cieslachowski, Josef poln. Landarbeiter, 10.1.1911 in Wysokic	"	8. 4.42 13.15	Flossenbürg
122	9. 4.42 18.50	Piechora, Broneslaw Landarbeiter, 5.11.1923 in Prcebjedymarsky	"	15. 4.42 13.07	Kislau
123	10. 4.42	Öhlschläger, Josef 4.1.1898 in Rauenberg	Schutz- haft	22. 4.42 13.07	Oberndorf
135	14. 4.42 13.00	Geibel, Erwin Elektro-Monteur, 5.4.1916 in Mannheim	Durchgangs- haft	15. 4.42 13.15	Flossenbürg
136	14. 4.42 13.00	Peterk, Erich Arbeiter, 19.1.1903 in Heidelberg	"	"	"
140	14. 4.42 13.00	Becker, Otto Landarbeiter, 11.4.1895 Eyendorf	"	"	"

h24

142	16. 4.42 14.00	Szacki, Ludwig poln. Landarbeiter, 23 J., Heidelberg	Schutz- haft	6. 5.42 13.00	Oberndorf
160	21. 4.42 12.15	Moll, Heinrich Hilfsarbeiter, 30.12.1899 in Diedendorf	Durchgangs- haft	22. 4.42 13.15	Dachau
161	21. 4.42 12.15	Czerwinski, Johann Arbeiter, 11.6.1915 in Luczingen	"	"	"
165	23. 4.42 11.00	Seegmüller, Walter Kraftfahrer, 6.10.1906 in Mundenheim	Schutz- haft	29. 4.42 13.07	Oberndorf
167	23. 4.42 12.30	Schwab, Rebeka o.B., 1.1.1878 in Ehreshofen	"	24. 4.42 06.30	abgeholt von der Gestapo
168	23. 4.42 16.30	Sattier, Anny Hausangest., 29.7.1922 in Mannheim	"	"	"
169	23. 4.42 08.20	Eckstein, Eugen Hilfsarbeiter, 14.6.1923 in Richen	Betteln - Landstreiche- rei	24. 6.42 13.15	Dachau
170	23. 4.42 18.00	Meyer, Harry Kaufmann, 25.12.1879	Schutz- haft	24. 4.42 06.30	abgeholt von der Gestapo
172	23. 4.42 19.30	Tryfuss, Saly Kaufmann, 21.9.1887 in Heppenheim	"	"	"

525

180	26. 4.42 21.15	Henn, Eugenie o.B., 4.6.1914 in Mhm.-Waldhof	unerl.Umgang mit Kriegsge- fang.	16. 7.42	Hagenau
181	27. 4.42 20.00	Joxefara, Josef poln.Landarbeiter, 1897 in Caracina	Schutz- haft	8. 7.42 13.15	Flossenbürg
185	28. 4.42 13.00	Schumacher, Lorenz Schlosser, 28.3.1908 in Mannheim	Durchgangs- haft	29. 4.42 13.15	Flossenbürg
186	28. 4.42 13.00	Hornung, Friedrich Gipser, 4.6.1884 in Heidelberg	"	"	"
187	"	Bucher, Karl Hilfsarbeiter, 11.3.1898	"	"	"
188	"	Justheim, Karl Musiker, 15.9.1916 in Freiburg/Br.	"	"	"
212	5. 5.42 13.00	Steucl, Wilhelm Eisenbahnarbeiter, 17.7.1906 in Marianow	"	6. 5.42 15.00	"
214	6. 5.42 09.00	Medwesek, Josef Maurer, 8.3.1883 in Kliciewiece	Schutz- haft	12. 8.42 13.15	Dachau
226	12. 5.42 12.15	Kanorowski, Viencens, Arbeiter, 12.3.1900 in Tschechanow	Durchgangs- haft	13. 5.42 13.15	Mauthausen

245	19. 5.42 13.00	Wiese, Alois Maschinist, 10.1.1907 in Halbendorf	Durchgangs- haft	20. 5.42 13.15	Flossenbürg
246	"	Marschal, Robert Fräser, 31.7.1922 in Leberau	"	"	"
247	"	Glaser, Alois 21.7.1909 in Haidesheim	"	"	"
248	"	Holzscheiter, Traugott Maler, 16.10.1896 in Zürich	"	"	"
276	1. 6.42 16.00	Gebhard, Karl Schneider, 3.8.1917 in Riechen	Urkunden- fälschung	16. 2.43 13.10	Dachau
281	2. 6.42 17.15	Soswin, Nikolai russ.Zivilarbeiter, 24.4.1925 in Koschlowa	Schutz- haft	24. 6.42 13.15	Dachau
322	16. 6.42 13.00	Godel, Josef Transportarbeiter, 21.1.1921 Rybua/polen	Durchg.H.	24. 6.42 13.15	Flossenbürg
323	"	Moskalenko, Pierre Hilfsarbeiter, 12.5.1901 in Kiew	Durchgangs- haft	"	"
324	"	Trzeciatowski, Paul Schmied, 10.11.1911 in Peerseburg	"	"	"

721

340	22. 6.42 11.15	Sitschkar, Alexey russ.Zivilarbeiter, 17.3.1923 in Tounkie	Schutz- haft	15. 7.42 13.15	Dachau
341	22. 6.42 11.15	Beskorowaij, Andrey russ.Zivilarbeiter, 23.8.1924 in Tounkie	"	23. 7.42 13.00	KL Karlsruhe
344	23. 6.42 13.00	Renz, Christian Blechner, 297.1906 in Pforzheim	Durchgangs- haft	29. 6.42 13.15	Flössenbürg
345	23. 6.42 13.00	Kurz, Johann Arbeiter, 11.11.1909	"	"	"
346	"	Wolf, Wilhelm Arbeiter, 10.4.1902	"	"	"
347	"	Falk, Adolf Schreiner, 16.1.1894 in Freiburg	"	"	"
355	25. 6.42 09.30	Gardun, Wolichia geb.in Czwasenizl	Schutz- haft	15. 7.42 13.15	Dachau
357	25. 6.42 16.45	Partuschenko, Wasyl 8.4.1919	"	15.7. 42 13.15	"
358	"	Rabenko, Semon 25.5.1926	"	"	"
359	"	Politschuk, Iwan 25.2.1925	"	"	"

821

363	29. 6.42 18.45	Kostin, Iwan russ.Zivilarbeiter 28.9.1916 in Barowowitschi	Schutz- haft	15. 7.42 13.15	Dachau
365	30. 6.42 09.45	Urbanowitsch, Alexander russ.Landarbeiter, 1923 in Lyski	"	"	"
366	30. 6.42 10.00	Kurhan, Wassily russ.Landarbeiter, 1923 in Panawanka	"	23. "7.42 13.00	KL Karlsruhe
378	1. 7.42	Horkawy, Nikolaus	"	15. 7.42 13.15	Dachau
383	2. 7.42	Hatzel, Karl Invalide, 20.2.1871 in Bietigheim	Vorb.Haft	16.12.42 13.10	Dachau
385	3. 7.42 12.00	Karin, Johann Anzeichner, 4.2.1911 in Sinolin	Betrug	3. 2.43 13.07	Natzweier
396	5. 7.42 10.30	Cyganic, Bromilaw poln.Arbeiter,	Schutz- haft	23. 7.42 13.00	KL Karlsruhe
397	"	Syolo, Wiktor poln.Landarbeiter,	"	"	"
399	6. 7.42 15.45	Pismani, Johann 1.2.1923	"	"	"
400	6. 7.42 15.45	Tschedowski, Nikolai russ.Zivilarbeiter, 15.12.1925	"	"	"

129

401	6. 7.42 15.45	Andrun, Konstantin russ.Zivilarbeiter, 18.3.1926	Schutz- haft	23. 7.42 13.00	KL Karlsruhe
402	"	Rogopa, Tiona russ.Zivilarbeiter, 10.7.1924	"	"	"
403	"	Konontschuk, Wladimir 25.2.1924	"	"	"
404	"	Morozow, Alexander 30.8.1923	"	"	"
426	11. 7.42 11.30	Omilanko, Nikolai	"	"	"
427	"	Eluck, Doris	"	"	"
436	14. 7.42 12.00	Fuhr, Jakob Arbeiter, 2.6.1903 in Mannheim	Durchgangs- haft	15. 7.42	Flossenbürg
437	"	Fischer, Anton Schuhmacher, 18.11.1925 in Mühlingen	"	"	"
443	16.7. 42 11.10	Bazalk, Felix poln.Landarbeiter, 24.9.1911	Milchfäl- schung	23. 9.42 13.07	Kislau
447	17. 7.42	Schwedtschuk, Nikolaus russ.Arbeiter, 1923 Alowa	Schutz- haft	6. 8.42 13.00	Dachau

1051

448	17. 7.42 14.00	Masaikui, Stefan russ.Arbeiter, 1923 Alowo	Schutz- haft	6. 8.42 13.00	Dachau
449	18. 7.42 09.25	Timopew, Georg 7.4.23 in Waldai	"	"	"
450	"	Rudenko, Iwan 12.11.1921 in Mogilenzi	"	"	"
451	"	Fedorow, Viktor 5.4.1918 in Moskau	"	"	"
452	21. 7.42 12.00	Tereschko, Wasil	"	"	"
453	"	Stefanuk, Boris	"	"	"
460	23. 7.42 16.30	Karothow, Alexej Schuhmacher, 2.3.1921 in Leningrad	"	"	"
461	"	Krylow, Waldimir Arbeiter, 1919 in Ichuchaja	"	"	"
464	23.7. 42 19.00	Walas, Josef poln.Landarbeiter, 19.3.1924 in Bakau	Durchgangs- haft	29. 7.42 13.07	Kislau
465	24.7. 42 12.30	Gorbunow, Alexander russ.Zivilarbeiter, 28.1.1919 in Biczloch	Schutz- haft	6. 8.42 13.00	Dachau

VER

466	24. 7.42 12.30	Plechnewitsch, Iwan russ.Zivilarbeiter, 27.1.1921 in Kaniki-Bichloch	Schutz- haft	6. 8.42 13.00	Dachau
471	25. 7.42 11.00	Gontschar, Alexai russ.Zivilarbeiter, 30.3.1921 in Liutowka	"	"	"
473	25. 7.42 12.15	Komisar, Iwan russ.Zivilarbeiter, 11.2.1922 in Liwinsk ⁴	"	"	"
475	25. 7.42 11.00	Ponedelkow, Anatoli Tischler, 18.2.1925	"	"	"
476	"	Gluschkow, Nikolai Tischler, 2.7.1924	"	"	"
477	28. 7.42 12.00	Schwetschuk, Wladimir 16.5.1923 in Korowitsch	"	"	"
488	28. 7.42 13.00	Wagner, Hermann Bäcker, 23.3.1905 in Freiburg/Br.	Durchgangs- haft	29. 7.42 13.15	Flossenbürg
495	28. 7.42 09.00	Staryk, Wassely russ.Zivilarbeiter,	Schutz- haft	6. 8.42 13.00	Dachau
498	29. 7.42	Usik, Sergei russ.Zivilarbeiter, 8.10.1903 in Poltawa	"	"	"

132

499	29. 7.42	Metra, Pumiko russ.Zivilarbeiter, 1925 in Poltawa	Schutz- haft	6. 8.42 13.00	Dachau
500	27. 7.42	Teleschow, Viktor russ.Zivilarbeiter, 29.1.1923 in Nezin	"	"	"
501	"	Kafka, Pawel russ.Zivilarbeiter, 15.10.1921 in Kurtschitsky	"	"	"
502	29. 7.42 20.00	Jertschinow, Wassly russ.Zivilarbeiter, 18.8.1925 in Schenowka	"	"	"
505	31. 7.42 10.00	Fiodnowitsch, Wassil ukrain.Arbeiter	"	13. 8.42 13.00	"
506	"	Solomka, Gregori ukrain.Arbeiter	"	"	"
509	31. 7.42 17.00	Lysum, Maxina 1920 in Daridow	"	"	"
510	"	Pedjassel, Alexai Arbeiter, 3.10.1918 in Bowidowka	"	"	"
511	"	Podjasch, Tischon Arbeiter, 15.8.? in Bowidowka	"	"	"
515	1. 8.42 11.50	Subak, Gregory russ.Zivilarbeiter, 17.5.1923	"	"	"

516	1. 8.42 11.30	Hawrilenko, Gregory Arbeiter, 17.5.1923	Schutz- haft	13. 8.42 13.00	Dachau
517	"	Watiprofisch, Sergei russ.Zivilarbeiter, 26.5.1924 in Powskan	"	"	"
518	"	Gopejw, Iwan russ.Zivilarbeiter, 17.2.1922	"	"	"
519	"	Schepa, Petro russ.Zivilarbeiter, 12.5.1926	"	"	"
520	1. 8.42 15.00	Harbatschow, Nikolai russ.Zivilarbeiter, 1.8.1924 in Tischaja	"	"	"
521	"	Samochwalow, Karp russ.Zivilarbeiter, 25.5.1920 in Ponvai	"	"	"
522	"	Lamakin, Viktor russ.Zivilarbeiter, 5.8.1917 Ponovai	"	"	"
525	3. 8.42 12.00	Schewcko, Michael russ.Zivilarbeiter	"	20. 8.42 13.00	"
526	"	Lenow, Nikolai russ.Zivilarbeiter	"	"	"
527	3. 8.42 12.25	Nikolaijef, Ilaga russ.Zivilarbeiter	"	13.8.42 13.00	"

134

529	3. 8.42 14.00	Saitkowski, Paul russ.Zivilarbeiter, 1926	Schutz- haft	13. 8.42 13.00	Dachau
530	"	Pjadok, Peter russ.Zivilarbeiter, 1926	"	"	"
531	"	Kusmischenko, Nikolay russ.Zivilarbeiter, 1922 in Kisotschin	"	"	"
532	"	Stabe, Michael russ.Zivilarbeiter, 1925 in Kisotschin	"	"	"
533	"	Spuwahl, Florian russ.Zivilarbeiter, 1922	"	"	"
534	"	Pawlow, Wasili Arbeiter, 15.1.1923 in Almino	"	"	"
536	"	Belakow, Alexander Landarbeiter, 18.3.1924 in Schixeler	"	"	"
537	3. 8.42 18.00	Isotow, Nikolai russ.Zivilarbeiter, 30.8.1901	"	"	"
538	"	Tschuban, Nikolai russ.Zivilarbeiter, 28.2.1921	"	"	"

135

539	3. 8.42 18.00	Sugejew, Wasili russ.Zivilarbeiter, 7.11.1915	Schutz- haft	13. 8.42 13.00	Dachau
540	"	Fruktow, Alexai russ.Zivilarbeiter, 30.3.1922	"	"	"
541	"	Mituschkin, Alexander russ.Zivilarbeiter, 2.10.1922	"	"	"
542	4. 8.42 08.00	Grizenko, Praskonja russ.Zivilarbeiter, 1920	"4	"	"
544	5. 8.42 12.15	Mirosenirtschenko, Anna 1925 in Hrigosow	"	25. 8.42 12.15	Ravensbrück
545	"	Grigenko, Pelagija 1920	"	"	"
546	"	Sluiko, Teljina 1916 in Wasilewna	"	"	"
547	"	Filomenko, Natolij 1926 in Andreiwna	"	"	"
549	5. 8.42 18.30	Müller, Lydia Hausangest., 5.4.1921 in Spechbach	"	"	"
550	5. 8.42 19.45	Popow, Egor russ.Landarbeiter, 11.9.1914 in Tomsk-Gurska	"	20. 8.42 13.00	Dachau

186

551	5. 8.42 19.45	Dimitriew, Lergei russ.Landarbeiter, 15.2.1923 in Gurska	Schutz- haft	20. 8.42 13.00	Dachau
555	7. 8.42 12.00	Smolijakott, Konstantin 1909 in Tschermikow	"	"	"
556	7. 8.42 12.00	Jakowlow, Wassili russ.Zivilarbeiter, 9.12.1911 in Decken-Witebsk	"	"	"
560	8. 8.42 18.15	Mawleiw, Avanasi russ.Arbeiter, 26.5.1923	"	"	"
561	"	Suckow, Nikolay russ.Arbeiter, 24.1.1922	"	"	"
562	9. 8.42 10.15	Petrow, Nikolai russ.Zivilarbeiter, 26.5.1926 in Apotschka	"	27. 8.42 13.00	Dachau
564	"	Senoljak, Iwan russ.Zivilarbeiter, 15.5.1924 in Tschernikow ⁴	"	"	"
565	9. 8.42 10.15	Michailow, Viktor russ.Zivilarbeiter, 3.6.1918 in Tschernikow	"	"	"
566	9. 8.42 11.45	Muschilow, Michael russ.Zivilarbeiter, 1.3.1921	"	"	"
567	10. 8.42 11.45	Hail, Michael russ.Landarbeiter, 1923 in Konischon	"	20. 8.42 13.00	"

137

568	10. 8.42 18.00	Naumowitsch, Iwan russ.Arbeiter, 23.8.1909 in Horonitzga	Schutz- haft	20. 8.42 13.00	Dachau
569	10. 8.42 18.00	Pawlo, Alexej russ.Arbeiter, 1926 in Rassgesinka	"	"	"
570	"	Mischko, Nikolai russ.Arbeiter, 1917 in Tula	"	"	"
571	"	Gorbotschuk, Peter russ.Eisenbahnarbeiter, 1.5.1920	"	"	"
572	"	Potopow, Wassja russ.Arbeiter, 22.2.1926 in Damerog	"	"	"
573	11. 8.42 16.00	Gerasimenko, Feodor russ.Zivilarbeiter, 1.10.1923 in Charkow	"	27. 8.42 13.00	"
574	11. 8.42 08.00	Bandorenko, Nikolaj russ.Zivilarbeiter, 7.5.1911 in Staprjaja	"	"	"
575	11. 8.42 13.30	Maier, Eugen Wäscher, 21.9.1913 in Stuttgart	Durchgangs- haft	13. 8.42 13.15	Flossenbürg
577	"	Hanart, Maria Arbeiterin, 22.10.1920 in Rubaiw	"	27. 8.42 13.00	Dachau

581	13. 8.42	Prinjak, Maxim Landarbeiter, 27.9.1917 in Solotoniska	Schutz- haft	27. 8.42 13.00	Dachau
585	14. 8.42 09.30	Klimanko, Iwan russ.Zivilarbeiter,	"	"	"
586	14. 8.42 09.30	Schuwalow, Iwan poln.Landarbeiter, 5.5.1922 in Rotschowitz	"	"	"
587	14. 8.42 10.00	Botkin, Michael russ.Zivilarbeiter, 7.4.1913 in Rotskawitsch	"	"	"
589	14. 8.42 13.30	Odrowaz, Albert Bergmann, 3.4.1905 in Stryszow	Durchgangs- haft	26. 8.42 13.15	Flossenbürg
590	"	Zanger, Otto Gipser, 15.1.1910 in Boll	"	"	"
591	"	Glaser, Heinrich Matrose, 17.2.1911 in Haßmersheim	"	"	"
592	"	Hagelstein, Philipp Gärtner, 27.9.1892 in Heidelberg	"	"	"
593	"	Gutheil, Erwin Schlosser, 1.5.1912 in Mannheim	"	"	"
596	17. 8.42 11.15	Korinsky, Denjan russ.Zivilarbeiter, 23.2.1918 in Domniak	Schutz- haft	27. 8.42 13.00	Dachau

b6V

597	17. 8.42 11.15	Schartalov, Wassli russ.Zivilarbeiter, 23.8.1925 in Lutschesan	Schutz- haft	27. 8.42 13.00	Dachau
598	"	Dimjantschak, Nikolej ukr.Zivilarbeiter, 30.12.1921 in Lutschisza	"	"	"
600	17. 8.42 21.00	Skakum, Michael ukr.Arbeiter, 29.12.1925 in Podosbur	"	29.8.42 13.00	"
604	18. 8.42 15.00	Soboljew, Michael russ.Zivilarbeiter, 15.12.1921 in Selitscha	"	27. 8.42 13.00	"
606	19. 8.42 17.00	Wereschjaka, Andre russ.Zivilarbeiter, 25.2.1924 in Ukraine	"	"	"
607	20. 8.42 10.30	Grigoriew, Andrey russ.Zivilarbeiter, 1919 in Mitzkowo	"	"	"
612	21. 8.42 11.45	Wirba, Iwan poln.Zivilarbeiter, 23.5.1915 in Nikoreitzi	"	10. 9.42 13.00	"
613	"	Cholodunik, Mark 8.5.1913	"	"	"
617	21. 8.42 19.45	Simowjiew, Leon 1909 in Smolensk	"	3. 9.42 13.00	"
623	23. 8.42 14.40	Pankow, Simon Fleischer, 2.2.1911	"	"	"

nhv

624	23. 8.42 14.40	Somssowz, Joseph russ.Zivilarbeiter, 15.3.1918	Schutz- haft	3. 9.42 13.00	Dachau
625	"	Ochotsky, Alexander russ.Zivilarbeiter, 7.3.1922 in Otnerjn	"	"	"
626	23. 8.42 16.05	Uchanow, Alexei russ.Zivilarbeiter, 25.3.1925 in Moskau ⁴	"	"	"
627	23. 8.42 11.00	Kolesnikow, Uikita russ.Zivilarbeiter, 31.3.1906 in Witebsk	"	"	"
628	23. 8.42 14.40	Borisow, Piotes russ.Zivilarbeiter, 8.7.1924	"	"	"
634	24. 8.42 11.30	Dibowa, Iwan landw.Arbeiter, 25.9.1923 in Karkiwai	"	"	"
635	"	Tschaiker, Michael landw.Arbeiter, 17.2.1923 in Jackniki	"	"	"
638	24. 8.42 17.15	Inarkerwitzel, Walentina russ.Zivilarbeiterin, 25.12.1923 in Imolark	"	29. 9.42 12.15	Ravensbrück
639	"	Pastuschenko, Nadeschda russ.Arbeiterin, 24.7.1923 in Minsk	"	"	"

WkW

640	24. 8.42 17.15	Maimur, Maria russ.Arbeiterin, 15.2.1924	Schutz- haft	29. 9.42 12.15	Ravensbrück
648	20. 8.42 09.30	Fedoron, Wasily Bauer, 9.5.1924 in Nemeyewo	"	3. 9.42 13.00	Dachau
655	27.8. 42 12.30	Nudritzky, Wassilly poln.Arbeiter, 3.1.1921	"	10. 9.42 13.00	Dachau
656	27. 8.42 12.30	Sereda, Stepan poln.Arbeiter, 1903 in Lemberg	"	17. 9.42 13.00	"
657	"	Antipow, Iwan russ.Zivilarbeiter,	"	10. 9.42 13.00	"
658	"	Molokow, Wassilie	"	"	"
659	"	Jogorow, Wassilie	"	"	"
661	28. 8.42 9.00	Organitschuk, Wassily landw.Arbeiter, 1.3.1909 in Kurobowski	"	"	"
666	29. 8.42 12.00	Bontschenko, Iwan russ.Zivilarbeiter, 20.10.1919 in Kaluschka	"	17. 9.42 13.00	"
668	"	Odnopatowa, Walli russ.Landarbeiterin, 24.9.1925 in Plschinkeidschi	"	22. 9.42 12.15	Ravensbrück
670	29. 8.42 13.00	Umlauf, Hans Autoschlosser, 22.1.1914 in Erfurt	Durchgangs- haft	2. 9.42 13.15	Flossenbürg

2hv

671	29. 8.42 13.00	Zoladkowski, Josef Arbeiter, 19.6.1918 in Tula	Durchgangs- haft	2. 9.42 13.15	Flossenbürg
672	"	Nowakowski, Josef	"	"	"
673	"	Schüler, Heinrich Hilfsarbeiter, 27.9.1901 in St. Georgen	"	"	Kisläu
674	"	Reinmuth, Arthur Hilfsarbeiter, 15.10.1905 in Rastatt	"	"	Kislau
676	30. 8.42 20.00	Titschino, Nikolaus russ.Zivilarbeiter, 1917	Schutz- haft	17. 9.42 13.00	Dachau
678	31. 8.42 05.40	Prokobenkow, Wassili russ.Zivilarbeiter, 1928	"	"	"
679	"	Ovsjomnikow, Alexei russ.Zivilarbeiter, 1925	"	"	"
684	1. 9.42 11.00	Nerentin, Iwan russ.Zivilarbeiter, 10.10.1908 in Kuska	"	"	"
685	"	Ciszek, Julius Arbeiter, 2.4.1925 in Zeyuva	"	13.10.42 13.00	"
690	"	Efimenko, Georgi russ.Zivilarbeiter, 23.4.1921 in Kiew	"	17. 9.42 13.00	"

ehv

691	2. 9.42 08.45	Baglaj, Leonid russ.Zivlarbeiter, 5.12.1919 in Radisnowska	Schutz- haft	17. 9.42 13.00	Dachau
692	"	Sockjov, Nikolai 15.12.1925 in Kamenskipoh	"	"	"
695	3. 9.42 12.30	Wroziewiez, Wejeiech Arbeiter, 17.11.1906 in Wronin	Durchgangs- haft	9. 9.42 13.15	Flossenbürg
696	3. 9.42 08.45	Gerainow, Alexej russ.Zivlarbeiter, 27.6.1923 in Wjasowoje	Schutz- haft5	17. 9.42 13.00	Dachau
703	5. 9.42 11.15	Schewenjewitsch, Alexander russ.Zivlarbeiter, 10.5.1925 in Brest-Litowsk	"	"	"
704	7. 9.42 11.00	Scharij, Wassily russ.Zivlarbeiter, 1908 in Kaliminow	"	"	"
715	9. 9.42 14.00	Basko, Anchey poln.Arbeiter, 28.11.1929 in Kosno-Kolodin	"	1.10.42 13.00	Dachau
716	9. 9.42 20.30	Kiritschick, Anton ukr.Arbeiter, 1922 in Blatschinik	"	17. 9.42 13.00	"
727	13. 9.42 08.30	Schleglow, Leonid russ.Arbeiter, 18.8.1910 in Kiew	"	1.10.42 13.00	"

hhV

728	13. 9.42 08.30	Kalischnikow, Wladimir russ.Arbeiter, 25.11.1923	Schutz- haft	1.10.42 13.00	Dachau
730	14. 9.42 08.45	Bewedewa, Valentina landw.Arbeiterin, 8.6.1918 in Ubłogda	"	6.10.42 12.15	Ravensbrück
736	15. 9.42 09.30	Bublick, Iwan russ.Zivilarbeiter	"	1.10.42 13.00	Dachau
737	"	Moisejew, Wassil russ.Zivilarbeiter, 26.5.1922 in Kursk	"	"	"
738	"	Kramskoi, Pawel russ.Zivilarbeiter, 21.7.1922 in Kursk ⁴	"	"	"
742	16. 9.42 10.00	Immenoi, Wladimir russ.Zivilarbeiter, 21.6.1922 in Schiknин	"	"	"
743	16. 9.42 11.00	Teretschenko, Termich russ.Zivilarbeiter,	"	"	"
744	"	Turnanewitsch, Feodor russ.Zivilarbeiter, 28.12.1911	"	"	"
745	16. 9.42 12.15	Wagner, Blanka Hausangestellte, 11.9.1918 in Heidelberg	"	"	"
754	18. 9.42 15.40	Kynpreamenka, Iwan russ.Arbeiter,	"	"	"

Skv

755	18. 9.42 15.40	Petrenko, Michael russ.Arbeiter,	Schutz- haft	4.10.42 13.00	Dachau
756	"	Iweschenko, Andreas russ.Arbeiter	"	"	"
759	20. 9.42 10.35	Zekow, Alexander landw.Arbeiter, 23.6.1923 in Tschernotrowkin	"	"	"
762	22. 9.42 08.45	Jochim, Emil Hilfsarbeiter, 19.2.1919 in Mannheim	Vorbeug.Haft Diebstahl	13. 1.43 13.00	Natzweiler
763	"	Schurandar, Josef landw.Arbeiter, 10.2.1916 in Basel	"	4.11.42 13.00	Dachau
775	26. ⁹ 42.42 09.00	Dajarbin, Alexander Arbeiter, 26.5.1919 in Jaraschach	Schutz- haft	7.10.42 13.00	Dachau
777	26. 9.42 17.30	Titow, Wassily russ.Zivilarbeiter, 28.3.1921 in Barnane	"	"	"
778	28. 9.42 11.15	Gobenzick, Iwan russ.Zivilarbeiter, 25.12.1925	"	"	"
781	29. 9.42 13.00	Lamek, Silvesta poln.Zivilarbeiter, 15.5.1908 in Zbiersk	Durchgangs- haft	30. 9.42 13.15	Flossenbürg
794	2.10.42 11.30	Salina, Ewdokia russ.Landarbeiter, 10.5.1923 in Roslowski	Schutz- haft	27. 10.42 12.55	Ravensbrück

24/1

795	2.10.42 11.30	Sondermann, Konstantin Schiffsführer, 29.11.1894 in Gertrutenberg	Schutz- haft	7.10.42 13.07	Dachau
796	3.10.42 12.00	Melnik, Wasili russ.Arbeiter, 25.11.1922	"	"	"
797	"	Romantschuck, Arkasy russ.Arbeiter, 22.5.1923	"	"	"
798	"	Barbenschuck, Michael russ.Arbeiter, 25.12.1924	"	"	"
799	3.10.42 17.45	Perchigin, Iwan russ.Arbeiter, 25.5.1912	"	"	"
802	5.10.42 18.00	Orosaniko, Grigori russ.Arbeiter, 17.11.1911 in Arivl	"	"	"
804	7.10.42 11.30	Plaschkowa, Markwa russ.Arbeiterin, 1907 in Bojary	"	15.10.42 07.00	Selbstmord
809	8.10.42 14.15	Tokvarew, Nikolai russ.Arbeiter, 14.3.1911 in Osnowa	"	21.10.42 13.00	Dachau
817	12.10.42 15.00	Bosenko, Iwan 25.7.1921 in Tschernjanoka	"	"	"
818	12.10.42 15.00	Martschuk, Iwan russ.Zivilarbeiter, 21.2.1921 in Tschernjanoka	"	"	"

thV

819	13.10.42 12.30	Wenz, Ludwig Ingenieur, 3.10.1909 in Dillenburg	Durchgangs- haft	14.10.42 13.15	Mauthausen
822	14.10.42 10.30	Raduk, Leonti russ.Zivilarbeiter, 22.3.1897	Schutz- haft	21.10.42 13.00	Dachau
823	"	Tuschinsky, Iwan russ.Zivilarbeiter, 2.4.1924 in Ridlisho	"	"	"
824	"	Tuschinsky, Iwan russ.Zivilarbeiter, 10.12.1905 in Pidlisno	"	"	"
835	18.10.42 09.15	Golowkow, Feodor russ.Arbeiter, 2.4.1924	"	"	"
836	"	Budenko, Feodor russ.Arbeiter, 29.4.1923 in Slywrod	"	"	"
837	"	Krewanko, Hans russ.Arbeiter, 22.8.1925	"	"	"
838	"	Waloschjn, Dinitor russ.Arbeiter, 22.2.1925	"	"	"
869	28.10.42 11.50	Krjutschkow, Alexander russ.Arbeiter, 5.7.1903 in Adamowo	"	11.11.42 13.07	"
870	28.10.42 13.00	Canesse, Lonis Arbeiter, 18.4.1923 in Bruaz	Entfällt	--	--

8/11

897	5.11.42 18.30	Gardon, Sigmund polm.Arbeiter, 27.1.1922 in Pewniezna	Durchgangs- haft	11.11.42 13.00	KL Karlsruhe
908	11.11.42 11.30	Brimkes, Nikolai russ.Zivilarbeiter, ? in Kiew	Schutz- haft	18.11.42 13.07	Dachau
909	12.11.42 08.05	Kowalik, Johann lamdw.Arbeiter, 14.7.1917 in Scharkowice	"	20.1.43 13.10	Buchenwald
911	12.11.42 11.45	Lizizkin, Serej russ.Zivilarbeiter, 16.5.1924 in Witebsk	"	18.11.42 13.15	Dachau
914	12.11.42 19.00	Mrozek, Stanislaw Landarbeiter, 24.3.1922 in Paris	"	"	KL Karlsruhe
915	"	Prkacin, Duro Landarbeiter, 11.6.1922	Durchgangs- haft	"	"
916	"	Raguz, Boso Landarbeiter, 20.1.1924	"	"	"
917	"	Prkaconi, Cetko Landarbeiter, 30.1.1922	"	"	"
918	"	Balaeno, Boris russ.Arbeiter, 4.2.1924 in Moskau	"	"	"

bhv

957	26.11.42 18.30	Bohgacz, Adam, Landarbeiter, 25.7.1922 in Czerkufeca	Durchgangs- haft	2.12.42 13.07	Kislau
975	3.12.42 18.30	Rutyna, Jahn landw.Arbeiter, 18.7.1907 in Mintera	"	9.12.42 13.07	"
976	3.12.42 18.30	Weiβ, Josef landw.Arbeiter, 31.3.1899 in Tauberbischofsheim	"	"	"
977	"	Cisak, Stanislaus poln.Landarbeiter, 24.6.1924 in Meynyska	"	"	"
981	7.11.42 11.30	Malontschew, Alexander russ.Arbeiter	Schutz- haft	16.12.42 13.10	Dachau
994	8.12.42 10.00	Dowjanuk, Anna Arbeiter, 10.5.1923 in Schostridianka	"	"	"
1003	12.12.42 12.00	Getmanski, Alexki ukr.Arbeiter, 21.5.1925	"	30.12.42 13.10	"
1004	"	Pischepa, Gregori	"	"	"
1038	17.12.42 19.30	Rzeznie, Stanislaw ukr.Arbeiter, 1.1.1903 in Baronow	Betrug	23.12.42 13.00	Kislau
1039	"	Petuck-Wadelzki, Michael poln.Landarbeiter, 28.11.1919 in Piatrowa	"	"	"

112

1044	20.12.42 12.10	Tschionow, Andreas russ. Arbeiter, 11.6.1919 in Stari-Kruppietz	Schutz- haft	30.12.1942 13.10	Dachau
1064	24.12.42 20.00	Chmielowski, Miachel Landarbeiter, 28.8.1916 in Prun	Durchgangs- haft	"	KL Karlsruhe
1068	29.12.42 12.00	Seligejewa, Agripina Arbeiterin, 15.6.1915 in Rubotschein	"	"	Ravensbrück
1069	29.12.42 12.00	Oswald, Emma Hausfrau, 5.12.1887 in Müllen	"	"	"
1097	5. 1.43 13.00	Bopp, Jakob Friseur, 4.5.1880 in Mannheim	"	6. 1.43 13.10	Buchenwald
1108	7. 1.43 19.00	Späth, Albin Schneider, 6.2.1906 in Passau	"	13. 1.43 13.07	Natzweiler
1171	26. 1.43 13.00	Jargebowski, Wladislaus Arbeiter, 25.6.1916 in Orsoko	"	3. 2.43 13.10	Flossenbürg
1184	28. 1.43 18.30	Horn, Fritz Buchhalter, 14.8.1890 in Eschenstrath	"	3. 2.43 13.00	Natzweiler
1185	"	Meyer, Johann Schlosser, 31.1.1900 in Nürnberg	"	"	"

LSV

1186	28. 1.43 18.30	Donnerbauer, Franz Hilfsarbeiter, 9.6.1898 in Brugham	Durchgangs- haft	3. 2.43 13.00	Natzweiler
1229	11. 2.43 19.00	Streicher, Friedrich Konditor, 19.6.1908 in Murnau	"	16. 2.43 13.00	"
● 12.30	"	Schmeißer, Georg Schreiner, 29.2.1896 in Steinbach	"	"	"
1231	12.2.43 10.15	Bürgin, Wilhelm 2.4.1918 in Freiburg	Vorbeug.Haft	24. 3.43 13.10	Dachau
1232	"	Stolz, Reinhard Hilfsarbeiter, 10.4.1909 in Waldkirch	"	17. 3.43 13.07	Natzweiler
1291	2. 3.43 16.30	Melnik, Maria russ.Landarbeiterin, 1916 in Karanena	Schutz- haft	31. 3.43 13.07	Ravensbrück
1335	16. 3.43 12.15	Wolf, Luise, Lieselotte Hausgehilfin, 7.11.1921 in Karlsruhe	"	17. 3.43 13.10	Auschwitz
1337	16. 3.43 12.15	Hamburger, Egon, Jakob Isoliermonteur, 27.2.1923 in Wien	Durchgangs- haft	17. 3.43 13.10	"

251

382/4	2. 7.43 12.00	Kunert, Karl Hilfsarbeiter, 31.8.1880 in Hausen	Betrugs	5. 5.43 13.07	Heil- u. Pflege- anstalt Wiesloch
1309/71	6. 3.43 13.30	Klose, Richard, Kraftfahrer, 15.11.1912 in Heidelberg	schw. Dieb- stahl	12. 5.43 13.07	Kislau
1331/78	15. 3.43 17.00	Romhangi, Rudolf Kaufmann, 5.6.1911 in Heidelberg	Schutz- haft	28. 4.43 13.10	Dachau
1346/80	19. 3.43 15.00	Schatz, Ludwig Installteur, 20.3.1899 in Neckargemünd	Arbeits- verweigerung ⁴	14. 4.43 13.07	Kislau
1353/81	23. 3.43 11.30	Sobzeyk, Wassyl Arbeiter, 31.3.1924 in Nowawic	Diebstahl	5. 5.43 13.07	"
1371/89	30. 3.43 11.20	Hönig, Julius Arbeiter, 16.6.1920 in Speilberg ⁵	Sachbeschä- digung	26. 5.43 13.07	Heil- u. Pflege- anstalt Wiesloch
1380/93	31. 3.43 13.00	Dr. Schumann, Hans Arzt und Schriftsteller, 31.12.1888 in Berlin	Betrug	20. 4.43 13.00	"
94	1. 4.43 09.00	Quaty, Friedrich Metzger, 29.10.1919 in Heidelberg	Vorbeug.- Haft	12. 5.43 13.00	Dachau
103	5. 4.43 10.15	Schipowalow, Isot russ. Arbeiter, 14.1.1906 in Malaja	Diebstahl u. Hehlerei	19. 5.43 13.07	Kislau

157	14. 4.43 11.00	Mattner, Erich Hilfsarbeiter, 17.7.1912 in Witten	Sachbeschä- digung und Brandstiftung	7. 7.43 13.07	Kislau
160	15. 4.43 16.00	Roth, Anton Hilfsarbeiter, 19.4.1917 in Heidelberg	Diebstahl	14. 7.43 13.00	Kislau
225	4. 5.43 13.00	Reinhard, Gottlieb Hilfsarbeiter, 30.11.1920 in Schapfloch	Durchgangs- haft	12. 5.43 13.10	Auschwitz
229	4. 5.43 13.00	Pryager, Kurt Kaufmann, 31.1.1905 in Hannover	"	"	"
245	10. 5.43 11.00	Reber, Lisa Hausgehilfin, 18.9.1921 in Lahr	Schutz- haft	20. 7.43 12.18	Ravensbrück
246	10. 5.43 11.00	Gurecki, Kasinger landw.Arbeiter, 22.11.1922 in Felicz	"	11.11.43 18.52	Natzweiler
285	20. 5.43 19.00	Weiden, Ludwig Melker, 24.2.1924 in Regensburg	Durchgangs- haft	26. 5.43 13.00	"
286	"	Triendl, Josef, Schmied, 17.3.1909 Höllmannried	"	"	"
287	"	Helbig, Willi Schlosser, 30.8.1909 in Weitramsdorf	"	"	"
320	3.6.43 19.50	Withopf, Alfons Rangierarbeiter, 31.3.1897 in Tauberbischofsheim	"	9. 6.43 13.07	Kislau

hsv

322	3. 6.43 19.50	Barth, August Wachmann, 4.8.1888 in Heidelberg	Sittlichkeits- verbrecher	7. 7.43 13.07	Kislau
360	17. 6.43 19.00	Stachapanska, Lucien Arbeiter, 21.10.1918 in Arant	Durchgangs- haft	23. 6.43 13.07	KL Karlsruhe
361	17. 6.43 19.00	Ihor, Alexander Arbeiter, 25.10.1923 in Laminsko	"	23. 6.43 13.07	Kislau
362	"	Matter, Johanne Hilfsarbeiter, 12.4.1913 in Würzburg	"	23. 6.43 13.00	Natzweiler
369	22. 6.43 08.00	Werkowski, Jean Landarbeiter, 11.10.1902 in Litzmannstadt	Schutz- haft	21. 7.43 13.00	Kislau
427	10. 7.43 10.00	Kanarisis, Dimitrios Hilfsarbeiter, 27.8.1916 in Momos-Kozanis	Verg.gg.d. Heilprakti- kergesetz	1. 9.43 13.00	Kislau
449	14. 7.43 17.00	Dümmel, Friedrich Hilfsarbeiter, 18.7.1922 in Winterbach	Durchgangs- haft	4. 8.43 13.00	"
452	16. 7.43 10.00	Rimmler, Karl kfm. Angestellter, 2.10.1912 in Heidelberg	"	2. 7.43 13.07	"
464	22. 7.43 19.00	Weckesser, Artur landw.Arbeiter, 16.1.1904 in Königshofen	"	28. 7.43 13.07	"
481	29. 7.43 19.00	Sozewski, Alexander landw.Arbeiter, 30.3.1923 in Woysotzko	"	4. 8.43 13.00	"

251

485	31. 7.43 10.15	Przybrowski, Czeslar poln. Zivilarbeiter, 9.2.1925 in Mikloschowski	Schutz- haft	11.11.43 18.00	Natzweiler
510	7. 8.43 10.30	Drozd, Stanislaus landw. Arbeiter, 5.1.1924 in Bzowicia	"	8. 9.43 13.07	"
563	12. 8.43 15.15	Riegler, Heinrich Hilfsarbeiter, 22.9.1918 in Eppelheim	Diebstahl	15. 9.43 13.07	Kislau
573	23. 8.43 16.45	Tautowa, Warwara Ostarbeiter, 23.11.25 in Asow	Schutz- haft	21. 9.43 12.18	Ravensbrück
594	26. 8.43 19.00	Zdziarski, Josef Zivilarbeiter, 19.11.1911 in Siedliska	"	29. 9.43 13.00	Natzweiler
628	6. 9.43 11.00	Ewgeniewa, Valentine landw. Arbeiterin, 5.1.1924 in Charkow	"	5.10.43 12.18	Ravensbrück
629	"	Krupskaja, Litwonowa landw. Arbeiterin, 2.8.1925 in Warwariwka	"	"	"
643	8.9.43 13.00	Hey, August Bergmann, 10.5.1897 in Dudweiler	Durchgangs- haft	9. 9.43 10.00	Dachau
644	"	Peric, Jacgnes franz. Zivilarbeiter, 1.11.1912 in Paris	"	"	"

158

645	8. 9.43 13.00	Wichelet, Edmond franz. Zivilarbeiter, 8.10.1899 in Paris	Durchgangs- haft	9. 9.43 10.00	Dachau
646	"	Delpnech, Viktor Schlosser, 6.9.1908 in Paris	"	"	"
649	"	Gaston, Fernand 25.8.1924	"	"	Mauthausen
650	"	Gollado, Emilio 31.12.1919	"	"	"
651	"	Gommes, Julius 24.11.1901	"	"	"
652	"	Dubois, Franc 12.9.1922	"	"	"
653	"	Ducros, Josef 7.3.1902	"	"	"
654	"	Gallego, Manuel 6.4.1906	"	"	"
655	"	Chaudé, Paul 26.4.1892	"	"	"
656	"	Glinaur, Edmund 1.6.1890	"	"	"
657	"	Julien, Jean 11.9.1917	"	"	"
658	"	Lavwy, Jean 18.9.1894	"	"	"
659	"	Lusindi, Jeyn 12.2.1922	"	"	"

tsv

660	8. 9.43 13.00	Wagabrand, Edmond 1.1.1901	Durchgangs- haft	9. 9.43 10.00	Mauthausen
661	"	Pascal, 25.10.1901	"	"	"
662	"	Ronsoin, Jaques 8.10.1905	"	"	"
663	"	Schwartzenberg, Jaques 10.3.1926	"	"	"
664	"	Schwartzenberg, Raomond 25.2.1925	"	"	"
665	"	Soulia, Jean 25.10.1902	"	"	"
666	"	Souque, Henri 9.8.1925	"	"	"
667	"	Tasset, Yves 29.10.1908	"	"	"
668	"	Tomasek, Georg 11.9.1915	"	"	"
669	"	Ancros, Francois 12.9.22	"	"	"
670	"	Förch, Josef Schrankenwärter,	"	15. 9.43 13.07	Kislau
671	"	Jentzen, Heinz Kellner,	"	"	"

854

672	9. 9.43 10.30	Brück. Friedrich Bergmann, 16.11.1900 in Walpertshofen	Durchgangs- haft	15. 9.43 13.00	Kislau
673	"	Metzger, Josef Hüttenarbeiter, 17.12.1914 in Werden	"	"	"
674	"	Kiefer, Emil Kranenführer, 12.12.1888 in Bischweiler	"	"	"
675	"	Kessler, Helmut Schlosser, 7.3.1920 in Koblenz	"	"	"
685	10. 9.43 18.00	Leonhard, Jakob Rentner, 20.6.1906 in Waldhilsbach	"	16.12.43 13.00	Heil- u. Pflege- anstalt Wiesloch
703	14. 9.43 12.45	Nickolaus, Johann Arbeiter, 24.8.1919 in Dormersmarkt	"	6.10.43 14.00	Kislau
760	23. 9.43 19.00	Braun, Hermann Vulkaniseur, 8.4.1914 in Würzburg	"	29. 9.43 13.00	Natzweiler
821	6.10.43 13.00	Achard, Maurice Arbeiter, 14.4.1908 in Grenoble	"	8.10.43 13.00	Buchenwald
822	"	Baillon, Marcel 23.5.1909	"	"	"
823	"	Girard, Louis 30.1.1881	"	"	"

bSV

824	6.10.43 13.00	Stey, Vicktor 31.3.1899	Durchgangs- haft	8.10.43 13.00	Buchenwald
825	"	Ozere, Georges 21.7.1882	"	"	"
828	"	Hezemaus, Antonius 24.3.1923	"	"	"
829	"	Hallegraeff, 12.6.1923	"	"	"
838	8.10.43 18.15	Blasczak, Wasil russ. Arbeiter, 19.4.1916 in Kryzowk ⁴	Schutz- haft	4.11.43 13.10	Mauthausen
929	1.11.43 18.00	Sedelmeier, Josef 25.7.1869 in Neustift	Sittlich- keitsverbr.	11. 2.44 15.00	Heil-u.Pflege- anstalt Wiesloch
953	2.11.43 13.00	Rebstock, Jakob 25.10.1878	Durchgangs- haft	4.11.43 13.00	Auschwitz
954	"	Lemberger, Jean 7.6.1924	"	"	"
955	2.11.43 13.00	Lereroft, Josef 18.12.1919	"	"	"
956	"	Zeidler, Hildegarde Hausangestellte, 30.7.1913 in Dresden-Laubgart	"	"	"
1004	5.11.43 19.00	Härtl, Karoline 11.12.1903 in Aufhausen	"	8.11.43 14.00	Hagenau

160

1005	5.11.43 19.00	Brunner, Michael Dreher, 1.1.1915 in Schwansdorf	Durchgangs- haft	11.11.43 18.52	Natzweiler
1006	"	Müller, Ludwig Arbeiter, 4.4.1921 in Marktredwitz	"	"	"
1007	"	Meier, Johann 22.12.1904 in Diepersdorf	"	"	"
1008	"	Rehmann, Karl Werkmeister, 12.1.1904 in Schramberg	"	"	"
1009	"	Kasecker, Johann Stanzer, 27.6.1902 in Amberg	"	"	"
1010	"	Müller, Georg Hilfsarbeiter, 20.5.1891 in Zeitlau	"	"	"
1026	9.11.43 13.00	Jäger, Max Kaufmann, 18.1.1885 in Karlsruhe	"	17.11.43 16.19	Auschwitz
1030	"	Liebsohn, Karl Arbeiter, 6.8.1919 in Warschau	"	"	"
1062	16.11.43 13.00	Kaufmann, Ludwig Kaufmann, 7.3.1878 in Karlsruhe	"	"	"
1066	"	Magrisso, Jaguss Arbeiter, 24.12.1914 in Konstantinopel	"	"	"

VW

1087	19.11.43 10.15	Ottmann, Albert Landwirt, 6.11.1895	Verg.gg.d.Heim- tückegesetz	1.12.43 10.00	Kislau
1102	24.11.43 09.30	Fohner, Anton Arbeiter, 3.5.1884 in Spechbach	Vorbeugungs- haft	8. 3.44 13.00	Natzweiler
1116	1.12.43 12.00	Kirvzuk, Roman Landarbeiter, 1.5.1921 in Tarnopol	Schutz- haft	9. 2.44 13.00	"
1126	1.12.43 13.00	Fisch, Elisabeth 15.8.1921 in Walhap	Durchgangs- haft	2.12.43 13.00	Heil-u.Pflege- anstalt Wiesloch
1150	7.12.43 13.00	Brenner, Heinrich Bergmann, 18.6.1908 in Hühnerfeld	"	15.12.43 13.07	Kislau
1157	"	Wagner, Julius Arbeiter, 2.1.1887 in Meckesheim	"	8.12.43 13.00	Auschwitz
1158	"	Wintersein, Karl Hilfsarbeiter, 1.8.1904 in Welschneureut	"	"	"
1174	8.12.43 13.00	Nowak, Artur Melker, 19.12.1892 in Makranstädt	"	5. 1.44 13.00	Kislau
1226	16.12.43 22.00	Meklavic, Franz Mechaniker, 29.8.1912 in Duisburg	"	23.12.43 13.07	"

1228	16.12.43 22.00	Valet, Karl Ratsdiener, 3.5.1905 in Dallau	Durchgangs- haft	22.12.43 13.07	Kislau
1237	17.12.43 09.00	Kosorewa, Maria Ostarbeiterin, 8.10.1921 in Stufanugundar	Schutz- haft	5. 1.44 14.00	Ravensbrück
1259	23.12.43 22.00	Schneider, Louis Arbeiter, 27.9.1889 in Dortmund	Durchgangs- haft	29.12.43 13.07	Heil-u.Pflege- anstalt Wiesloch
1287	4.1.44 13.00	Gerson, Manfred Bügler, 15.9.1904 in Berlin	"	5.1. 44 13.00	Auschwitz
1288	"	Rüthling, Paula Solistin und Tänzerin, 14.12.1910 in Przedborze	"	"	"
1336/30	13. 1.44 11.30	Weigel, Maria Hausangestellte, 19.6.1922 in Heidelberg	Schutz- haft	12. 4.44 14.00	Ravensbrück
1358/36	18.1.44 14.30	Gabel, Franziska Hausangestellte, 18.11.1924 in Obergimpern	"	"	"
1380/40	26.1. 44 15.20	Klinger, Elisabeth Hausangestellte, 25.2.1923 in Steinsfurt	"	9. 5.44 12.00	"
1421/44	5. 2.44 14.20	Bazanetzka, Stefanie poln. Landarbeiterin, 13.10.1922 in OStzowiz	"	12. 4.44 14.00	"
1454/47	10. 2.44 17.40	Malina, Michel landw.Arbeiter, 18.9.1909 in Bienkowka	"	3. 5.44 14.00	Mauthausen

163

1648/98	26. 3.44 09.00	Kardaszynski, Josef Landarbeiter, 7.3.1913 in Zolynia	Schutz- haft	27. 9.44 13.00	Dachau
135	6. 4.44 16.00	Rothermel, Friedrich Wächter, 4.8.1895 in Heidelberg	"	27.12.44 16.00	Heil- u. Pflege- anstalt Wiesloch
148	8. 4.44 11.20	Huber, Christian Arbeiter, 26.2.1906 in Steinsfurt	Verd.d. Wilderei	5. 7.44 13.00	Kislau
149	8. 4.44 08.10	Przygoda, Franz poln. Landarbeiter, 5.2.1919 in Imdrzyevowice	Schutz- haft	12. 7.44 13.00	Mauthausen
157	11. 4.44 13.00	Wöhrstein, Emma Buffetdame, 17.8.1905 in Konstanz	Durchgangs- haft	12. 4.44 14.00	Auschwitz
158	11. 4.44 13.00	Kienzle, Emilie 23.2.1880 in Reidlingen	"	"	"
159	"	Knüppel, Emma Krankenpflegerin, 28.4.1903 in Köln	"	"	"
160	"	Schweitzer, Maria Arbeiterin, 21.4.1906 in Straßburg	"	"	"
161	"	Schmitt, Lisa Hausangestellte, 2.9.1912 in Mannheim	"	"	"
162	"	Ladewig, Senta Hausmädchen, 4.7.1920 in Konstanz	"	"	"

164

163	11. 4.44 13.00	Jegel, Anna Luise 31.7.1917 in Freiburg	Durchgangs- haft	12. 4.44 14.00	Auschwitz
164	"	Wurst, Amalie Pflegerin, 17.3.1896 in Welfingen	"	"	"
165	"	Wussenhorner, Anna 15.10.1900 in Winzen	"	"	"
166	"	Stieber, Rosa Hausangestellte, 13.7.1922 in Gerlachsheim	"	"	"
167	"	Moser, Maria Büglerin, 10.8.1915 in Sandhausen	"	"	"
168	"	Beck, Berta, Vertreterin, 6.3.1907 in Neu-Ulm	"	"	"
169	"	Schwab, Anna 1.7.1917 in Mannheim	"	"	"
172	"	Collas, Lucion Ingenieur, 9.4.1918 in Conillas	"	30. 8.44 13.00	Dachau
183	13. 4.44 08.45	Rucharzyk, Marie Ostarbeiterin, 21.12.1922 in Lerz	Schutz- haft	5. 7.44 13.00	Ravensbrück
258	26. 6.44 14.20	Filzwieser, Josef Fremdenlegionär, 4.9.1903 in Mirzuschlag	"	3. 5.44 13.00	KL Karlsruhe
319	4. 5.44 21.00	Hohloch, Walter Techniker, 14.7.1919 in Mannheim	Erreg.öff. Ärgernisses	15.12.44 14.00	Heil- u. Pflege- anstalt Wiesloch

165

323	6. 5.44 16.30	Hotz, Eugen Kaufmann, 23.2.1895 in Mühlhausen bei Wiesloch	Erreg.öff. Ärgernisses	21.12.44 14.00	Heil-u.Pflege- anstalt Wiesloch
341	10. 5.44 10.30	Salfinger, Rosa Hausgehilfin, 9.10.1921 in Schriesheim	Schutz- haft	16. 8.44 13.00	Ravensbrück
351	11. 5.44 20.00	Glogowscheck, Rudolf Hilfsarbeiter, 8.12.1912 in Marburg	Durchgangs- haft	17. 5.44 13.00	Natzweiler
380	17. 5.44 12.00	Pusinja, Lubowa Ostarbeiterin, 17.8.1921 in Wischnakowa	Schutz- haft	20. 6.44 12.00	Ravensbrück
384	17. 5.44 14.00	Burda, Iwan Ostarbeiter, 2.4.1922 in Olschani	Durchgangs- haft	24. 5.44 13.00	Natzweiler
385	"	Bartrnikow, Iwan Ostarbeiter, 15.4.1923 in Bamsch	"	"	"
386	"	Bulatow, Alex Ostarbeiter, 17.10.1922 in Krosna	"	"	"
387	"	Skomorschin, Georg Ostarbeiter, 22.4.1923 in Zalamau	"	"	"
388	"	Zelesnikow, Andreas Ostarbeiter, 24.10.1923 in Charkow	"	"	"

166

389	17. 5.44 14.00	Stasanko, Wassil Ostarbeiter, 10.7.1925 in Dotschapuza	Durchgangs- haft	24. 5.44 13.00	Natzweiler
390	"	Ussaty, Semen Ostarbeiter, 7.9.1927 in Gusakow	"	"	"
391	"	Woloschnikow, Nikolai Ostarbeiter, 22.4.1923 in Swinihodka	"	"	"
392	"	Wimzki, Iwan Ostarbeiter, 25.5.1915 in Koskotzi	"	"	"
393	"	Liwinow, Ilja Ostarbeiter, 1.8.1924 in Kursk	"	"	"
394	"	Ssuworow, Nikola Ostarbeiter, 7.7.1919 in Kamensk	"	"	"
395	"	Fornin, Peter 25.1.1921 in Lesonja	"	"	"
399	18. 5.44 20.00	Reuther, Georg Hilfsarbeiter, 27.4.1904 in Kleinrindfeld	"	"	Kislau
449	27.5.44	Bolschakow, Alex Ostarbeiter, August 1923 in Borajow	Schutz- haft	3. 8.44 16.00	"
514	6. 6.44 13.00	Schlauer, Auguste Wirtschafterin, 16.8.1908 in Mönchengladbach	"	14. 6.44 13.00	Auschwitz

101

533	8. 6.44 20.40	Kowahlo, Iwan Ostarbeiter, 10.10.1924 in Schulenka	Durchgangs- haft	18.10.144 12.30	Mauthausen
547	10. 6.44 20.30	Tochikanowski, Iwan Ostarbeiter, 5.5.1918 in Odessa	"	"	"
579	14. 6.44 15.00	Popoff, Feodor Ostarbeiter, 10.9.1922	Schutz- haft	3. 8.44 16.00	Kislau
586	15. 6.44 13.40	Kotowicz, Wladimir Landarbeiter, 1.9.1923 in Lubannia	"	22. 8.44 12.00	Mauthausen
597	16.6. 44 08.15	Skiba, Franz landw.Arbeiter, 22.3.1927 in Huta	"	27. 9.44 . 13.00	Dachau
598	16. 6.44 08.15	Wositschuck, Nikolay landw.Arbeiter, 31.4.1924 in Huta	"	"	"
600	17. 6.44 10.00	Sowazka, Jan Ostarbeiter, 9.1.1898 in Stetschek	"	9.11.44 06.30	"
602	19. 6.44 08.25	Wischnakowa, Tatania Hausgehilfin, 20.3.44 in Woronesch	"	4.10.44 12.00	Ravensbrück
612	20. 6.44 13.00	Waschilina, Maria Ostarbeiterin, 30.3.1922 in Olschekowitsch	Durchgangs- haft	21. 6.44 13.00	"
613	"	Gorowa, Natja Ostarbeiterin, 8.2.1922 in Tschuschalka	"	"	"

614	20. 6.44 13.00	Kaschennjekina, Taleosma Arbeiterin, 23.8.1923 in Jalta	Durchgangs- haft	21. 6.44 13.00	Ravensbrück
615	"	Schwschkina, Doria Ostarbeiterin, 7.4.1922 in Waliko	"	"	"
616	"	Kozubinskaja, Lubow Ostarbeiterin, 27.4.1920 in Nedria	"	"	"
648	22. 6.44 19.00	Dietz, Johanna Hilfsarbeiterin, 22.5.1892 in Würzburg	"	28. 6.44 13.00	Natzweiler
666	25. 6.44 13.00	Peschow, Sergey Ostarbeiter, 20.12.1908 in Smolensk	Schutz- haft	18.10.44 12.03	Mauthausen
670	26. 6.44 09.15	Bilowitsch, Helene Ostarbeiterin, 9.11.1918 in Rypedz	"	6. 9.44 12.00	Ravensbrück
697	29. 6.44 10.00	Petrenko, Balma Ostarbeiterin, 19 Jahre, Schitomir	"	4.10.44 12.00	"
698	"	Dimitrowa, Anna Ostarbeiterin, 22.6.1922 in Rshew	"	4.10.44 12.00	"
715	1. 7.44 09.45	Godek, Helena Verkäuferin, 14.8.1924 in Fresztak	"	18. 7.44 12.00	"
783	13. 7.44 19.00	Peterko, Maria poln.Arbeiterin, 5.8.1919 in Konstaninoka ⁴	Durchgangs- haft	"	"

784	13. 7.44 19.00	Kafezak, Anna poln.Arbeiterin, 3.1.1909 in Mdjanova	Durchgangs- haft	18. 7.44 12.00	Ravensbrück
802	20. 7.44 08.00	Burkhardt, Karl Hilfsarbeiter, 15.3.1899 in Walldorf	Unzucht	30. 8.44 13.00	Kislau
858	28. 7.44 17.40	Eujubina, Hua Ostarbeiterin, 27.5.1923 in Jugowko	Schutz- haft	27. 9.44 13.00	Ravensbrück
859	"	Saizora, Maria Ostarbeiterin, 19.10.1926 in Kuschowka	"	"	"
941	7. 8.44 08.00	Sydow, Stefan Ostarbeiter, 21.12.1902 in Mechimso	Hehlerei	19.10.44 06.30	Kislau
993	15. 8.44 16.30	Maslak, Stanislawa poln.Hausgehilfin, 4.5.1927 in Horobrowo	Schutz- haft	27. 9.44 13.00	Ravensbrück
1075	24. 8.44 14.00	Löhner, Paul Flaschner, 26.5.1892 in Nürnberg	Durchgangs- haft	22.11.44 12.30	Dachau
1076	24. 8.44 14.00	Goßfeld, Paul Bauschlosser, 25.5.1904 in Coburg	"	"	"
1077	"	Widmer, Daniel 26.6.1908 in Mühlhausen	"	"	Flossenbürg
1078	"	Habermeyer, Ludwig Dienstknecht, 9.7.1909 in Dergersheim	"	15.11.44 12.30	Natzweiler

otv
120

1096	29. 8.44 14.00	Schirinsky, Michael Ostarbeiter, 1.11.1926 in Ekaterinowka	Schutz- haft	23. 9.44 13.00	Dachau
1119	31. 8.33 16.00	Valencon, Desire frz.Arbeiter, 16.11.1910 in Paris	"	9.11.44 06.30	Dachau
1132	3. 9.44 12.45	Schmidt, Alfred Schriftsetzer, 6.7.1910 in Hamburg	Arbeits- vertrags- bruch	7. 3.45 05.30	Kislau
1200	15. 9.44 23.00	Pointüd, Antoni Mechaniker, 11.5.1920 in Saiset Martin	Schutz- haft	9.11.44 06.30	Dachau
1215	20. 9.44 15.00	Dischkann, Juliane Ostarbeiter, 11.5.1920 in Nerkowisch	Diebst.	25.10.44 13.30	Ravensbrück
1227	23. 9.44 13.30	Pentja, Juan Hilfsarbeiter, 5.1.1910 in Barcelona	Schutz- haft	12. 3.45 18.00	Dachau
1295	4. 1.44 11.15	Brynkiewicz, Josef poln.Landarbeiter,	"	20. 2.44 13.00	Natzweiler
1424	7. 2.44 09.30	Schönet, Karl Maschinenarbeiter, 26.12.1894	Vorb.Haft	29. 3.44 13.00	"
1428	7. 2.44 12.00	Nicalajewa, Kascha poln.Landarbeiterin, 1920 in Schmiky	Schutz- haft	21. 3.44 12.00	Ravensbrück

VLV

1480	17. 2.44 19.00	Komyenkowa, Sonia russ. Landarbeiterin, 1913 in Kutrimikow	Durchgangs- haft	29. 2.44 12.00	Ravensbrück
1487	22. 2.44 10.30	Mokra, Anna Hausangestellte, 17.3.1915 in Trudowacz	Schutz- haft	28. 3.44 12.00	"
1657	28. 3.44 13.00	Heddenhansen, Karl-Heinz Kaufmann, 19.3.1915 in Büchten	Durchgangs- haft	29. 3.44 13.00	Sachsenhausen
1658	"	Fuhrmann, Adolf Reichsbahnarbeiter, 14.12.1910 in Pirmasens	"	"	Buchenwald
1665	"	Wajda, Maria Landarbeiterin, 19.1.1911 in Gorlice	"	"	Auschwitz
1666	"	Bössl, Ursula Hausmädchen, 20.5.1899 in Waiblingen	"	"	"
1404	24.10.44 11.00	Heters, Alfons Koch, 17.10.1907 in Mastrich		22.11.44 12.30	Kislau
1417	26.10.44 14.45	Schipowalo, Isot Ostarbeiter, 14.1.1906 in Malajya	Schutz- haft	22.12.44 12.30	Dachau
1504	9.11.44 14.05	Nesterenko, Nikolaus russ. Kriegsgefangener, 21.12.1922 in Kiew	"	23. 1.45 03.00	"
1505	"	Glissinow, Fritz russ. Kriegsgef., 18.8.1924 in Stalingrad	"	"	"

1506	9.11.44 14.05	Petrow, Wasily russ. Kriegsgef., 11.3.1900 in Tambow	Schutz- haft	26. 1.45 03.00	Dachau
1533	13.11.44 15.00	Bisson, Arthur Hilfsarbeiter, 14.4.1920 in Bellheim	Arbeits- vertrags- bruch	7. 3.45 05.30	Kislau
1623	22.11.44 10.00	Eberle, Georg Arbeiter, 16.10.1902 in Karlsruhe	Durchgangs- haft	22.11.44 12.30	Flossenbürg
1674	29.11.44 18.00	Pompon, Andre Elektriker, 15.4.1905 in Vellenauf	"	30.11.44 06.30	Kislau
1691	1.12.44 11.00	Riverain, Jan Arbeiter, 18.11.1925 in Paris	"	7.12.44 10.00	Kislau
1717	8.12.44 14.10	Casgrande, Mario Arbeiter, 14.12.1905 in Feldeso	Wilderei	5. 2.45 05.00	"
1731	11.12.44 08.00	Figurin, Alexander Arbeiter, 23.2.1919 in Patgowsk	Durchgangs- haft	19.12.44 13.00	Mauthausen
1742	14.12.44 09.00	Dyrkacz, Eduard Arbeiter, 14.10.1925 in Wolica	Schutz- haft	26. 1.45 03.00	Dachau
1764	19.12.44 12.00	Hanewald, Otto Steinhauer, 4.1.1890 in Leistadt	Durchgangs- haft	5. 2.45 05.00	Kislau

173

1784	26.12.44 17.00	Tido, Alexander Arbeiter, 17.10.1919 in Schelkowska	Schutz- haft	26. 1.45 03.00	Buchenwald
1857	11. 1.45 16.50	Jegvrow, Michael Student, 15.10.1918 in Borowiezi	"	10. 2.45 04.00	Kislau
1867	13. 1.45 08.30	Mehnitzchenko, Petro landw.Arbeiter, 1.9.1926 in Kaschanka	Durchgangs- haft	12. 3.45 18.00	Dachau
1885	16. 1.45 14.30	Benkler, Adam Arbeiter, 23.2.1899 in Aue b.Durlach	"	18. 1.45 12.00	Mauthausen
1901	17. 1.45 18.30	Klarrodza, Bonda Hausangestellte, 12.6.1925 in Worochilograd	Schutz- haft	26. 1.45 03.00	Ravensbrück
1924	21. 1.45 20.00	Kornimschin, Sergej Bürogehilfe, 5.5.1924 in Arkino	"	10. 2.45 04.00	Kislau
1937	23. 1.45 18.00	Damilow, Iwan Autoschlosser, 22.3.1913 in Kischenow	"	10. 2.45 04.00	Kislau
2014	1. 2.45 18.30	Babinzeu, Nikolai Ostarbeiter, 19.12.1926 in Torka	"	"	"
2017	2. 2.45 08.30	Burijkin, Dimitrow Schlosser, 18.8.1924 in Arginev	"	21. 3.45 18.00	Dachau
2024	5. 2.45 08.10	Kolzow, Alex Ostarbeiter, 25.3.1923 in Sawetsche	"	"	"

htr

Auslasschein

für die nachstehenden Gefangenen, welche am 25.1.1945
in Richtung Würzburg verschubt werden:

Zelle 126: Fenoglic, Marius	nach	Dachau
" 128: Uteschow, Leonid	"	"
" 143: Grizun, Wassiliy	"	"
" 157: Fomin, Peter	"	"
" 199: Bulawin, Wasil	"	"
" 240: Broel-Plater, Richard	"	"
" 481: Semenow, Nikolai	"	"
" 517: Endytschenko, Alexander	"	"
" 520: Bessalow, Jakob	"	"
" 558: Polunic, Simon	"	"
" 556: Fedoriw, Stefan	"	Buchenwald
" 514: Sywak, Peter	"	"

Gefangenen - Sondertransport am 26.1.1945

1. Bondar, Klawide, geb. 12.6.1925	nach	Ravensbrück
2. Roratow, Irene, geb. 17.8.1925	"	"
3. Oprzadok, Sofia, geb. 21.4.1923	"	"
4. Worobjowa, Katja, geb. 26.12.1918	"	"
5. Kartytkina, Nina, geb. 25.2.1923	"	"
6. Tschaplina, Dusja, geb. 16.11.1924	"	"
7. Kalinia, Darja, geb. 20.5.1920	"	"
8. Trozkaja, Lydia, geb. 10.2.1924	"	"
9. Prudnikowa, Olga, geb. 14.5.1925	"	"
10. Maljorawa, Julja, geb. 17.6.1919	"	"
11. Sywak, Peter, geb. 11.7.1923	"	Buchenwald
12. Feariw, Stefan, geb. 1905	"	"
13. Schnipow, Dimitri, geb. 27.9.1920	"	"
14. Tido, Alexander, geb. 17.10.1919	"	"
15. Dzivon, Franczicek, geb. 20.11.1915	"	Dachau
16. Gliminow, Fedor, geb. 18.8.1924	"	"
17. Moltschanow, Michael, geb. 14.10.1921	"	"
18. Nesterenko, Nikolai, geb. 21.11.1921	"	"
19. Ostrouchow, Wassili, geb. 11.3.1900	"	"
20. Grizun, Wassili, geb. 15.1.1925	"	"
21. Semenow, Nikolai, geb. 25.9.1900	"	"
22. Bessalow, Jakob, geb. 2.11.1921	"	"
23. Endytschen, geb. 16.6.22	"4	"
24. Utenko, Leonid, geb. 88.1914	"	"
25. Fomir, Peter, geb. 28.2.1914	"	"
26. Broel-Plater, Richard, geb. 9.9.1924	"	"
27. Polunic, Simon, geb. 1.9.1922	"	"
28. Bulawin, Wasil, geb. 28.2.1923	"	"
29. Dyrkacz, Eduard, geb. 14.10.1925	5	"
30. Bukin, Dimitri, geb. 20.11.1921	"	"
31. Kohut, Wassili, geb. 18.8.1918	"	Mauthausen
32. Kozelko, Alex, geb. 7.3.1921	"	"

177

Abschrift einer Beilage des Gefangenenebuchs
1945 der Haftanstalt Heidelberg

Kommandeur der Sicherheitspolizei
für Baden und Elsaß
Karlsruhe

Heidelberg, den 23.1.1945

- IV 1 c 2 - 174/44 -

An den
Herrn Polizeipräsident
Abt. Transportbehörde

M a n n h e i m

Betr.: Transport von Schutzhäftlingen in das KL. Dachau
bzw. Ravensbrück

Vorgang: Rücksprache vom 23. Januar 1945

Anlg.: 13 Transportzettel

Anliegend übersende ich je einen Transportzettel für die folgenden Schutzhäftlingen, die sich z.Zt. im Schloß- bzw. Landesgefängnis Mannheim befinden:

1. Darja Kalinina,	geb.	20.	5.1920	in	Sloboda
2. Nina Kayytkina,	"	25.	2.1923	"	Schumetschki
3. Julja Maljorowa,	"	17.	6.1919	"	Altkostari
4. Olga Prudnikowa,	"	15.	5.1925	"	Timoschki
5. Lydia Trozjkaja,	"	10.	2.1924	"	Wasseja
6. Dusja Tschaplina,	"	16.	11.1924	"	Kapanje
7. Katja Worobjowa geb. Gapejew,	"	26.	12.1918	"	Bogdanow
8. Jakob Bessalow,	"	2.	11.1921	"	Sudscha
9. Alexander Endytschenko,	"	16.	6.1922	"	Smoleninowo
10. Peter Fomin,	"	28.	2.1914	"	Putilja
11. Wassili Grizun,	"	15.	1.1925	"	Worgol
12. Nikolai Semenow,	"	25.	9.1909	"	Murinka
13. Leonid Utenko,	"	8.	8.1914	"	Myschkin

Die Schutzhäftlingen werden mittels Sondertransport am 26.1.1945 von Heidelberg nach Würzburg mit dem fahrplanmäßigen Zug Heidelberg ab 3 Uhr überstellt. Ich bitte, dafür Sorge zu tragen, daß die Häftlinge im Laufe des 25.1.1945 in das Gerichtsgefängnis Heidelberg zugeliefert werden. Zu gleicher Zeit können nach Rücksprache mit der Transportbehörde Heidelberg noch weitere in den beiden Gefängnissen in Mannheim einsitzenden Häftlingen, deren Einweisung in das KL. Dachau bzw. Ravensbrück bereits verfügt ist, diesem Transport angeschlossen werden.

V.

1) Vermerk:

Auf tel. Anfrage bestätigte die Verwaltungsgeschäftsstelle der StA Köln, dass am 7. Dezember 1966 bei der StA Köln ein Vernehmungszimmer und eine Schreibkraft zur Verfügung steht. Nochmalige schriftliche Anmeldung ist nicht erforderlich. Ladung soll zum Zimmer 218 (Verwaltungsgeschäftsstelle) erfolgen.

✓ 2) zu schreiben (1 Teeschr.) - mit E-Rück.:

Herrn

Dr. Hans M a l y

5 K ö l n -Rodenhkirchen

Gneisenaustr. 25

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit").

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung als Beschuldigter erforderlich, die am

Mittwoch, dem 7. Dezember 1966, 9,30 Uhr

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Köln durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt ~~im~~ bei der ~~St~~ Staatsanwaltschaft, 5 Köln, Appellhofplatz, einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Verwaltungsgeschäftsstelle (Zimmer 218) zu erfragen.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im Reichskriminalpolizeiamt machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, dass Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wäh-

len, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

3) mir zur Unterschrift

4) z.d.A.

Berlin, den 2.12.66

lys.

lys - 2. DEZ. 1966
zu 2) Schb. m. E. + Rück.
ab 2/12.66

779

1 Js 13/65 (RSHA)

Herrn
Dr. Hans M a l y

5 K ö l n - Rodenkirchen
Gneisenaustraße 25

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord (Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslager zur "Vernichtung durch Arbeit").

In diesem Ermittlungsverfahren ist auch Ihre verantwortliche Vernehmung als Beschuldigter erforderlich, die am

Mittwoch, den 7. Dezember 1966, 9.30 Uhr,

im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Köln durchgeführt werden soll. Zu diesem Termin werden Sie hiermit geladen.

Ich bitte Sie, sich zu dem genannten Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft, 5 Köln, Appellhofplatz, einzufinden und das Vernehmungszimmer bei der Verwaltungsgeschäftsstelle (Zimmer 218) zu erfragen.

Im Interesse einer zeitlichen Abkürzung der Vernehmung wäre es wünschenswert, wenn Sie zum Vernehmungstermin einen ausführlich gehaltenen schriftlichen Lebenslauf mitbringen könnten, in dem Sie auch Angaben über Ihre Tätigkeit im Reichskriminalpolizeiamt machen wollen.

Vorsorglich weise ich schon jetzt darauf hin, daß Sie sich bei Ihrer verantwortlichen Vernehmung des Beistandes eines Verteidigers bedienen können. Sollten Sie einen solchen wählen, stehe ich diesem jederzeit, gegebenenfalls auch unmittelbar vor Vernehmungsbeginn, zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Le

Rückschein

Sendungsart		Einlieferungs-Nr.	Postleitzahl (Einlieferungsort)
Ebf.		849	1 Berlin 21
Nachnahme DM	Pf	Empfänger der Sendung	
		Herrn	
		Dr. Hans Maly	
Wert DM	5	Postleitzahl	
		Köln - Rodenkirchen	
		Gneisenaustraße 25	
(Straße und Hausnummer oder Postfach)			
Sendung erhalten			
Sophie Maly			
(Unterschrift)			
Auslieferungsvermerk			
F Wef 10.11.11			

Rückschein



Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21

Postleitzahl

Turmstraße 91

- 1. Js. 13/65 (RSHA) -
(Straße und Hausnummer oder Postfach)

Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen.

Einlieferungsschein

Bitte sorgfältig aufbewahren!

Sendungsart und besondere Versendungsform (Abkürzungen s. umseitig)	Ebf.							
Wertangabe oder Betrag	DM		Pf	(in Ziffern)	Nach-nahme	DM		Pf
Empfänger	Dr. Hans Maly							
-	1 Js 13/65 (RSHA)							
Bestimmungsort mit postamtl. Leitangaben	5 Köln-Rodenkirchen							

Postvermerk

Einlieferungs-Nr.	Gewicht	
	kg	- g
10	2	00

Tagessstempel

⊕ 527 280 40 000 8.65
DIN A 7, Kl. IV

C 62 zu 100
V, 2 Anl. 23

Beim Ausfüllen der Spalte „Sendungsart und besondere Versendungsform“ dürfen folgende Abkürzungen angewandt werden:

Bf = Brief, E = Einschreiben, eingeschrieben..., Eil = Eilzustellung, Gspr = Gespräch, PAnw = Postanweisung, Pkt = Paket, Pn = Päckchen, PProtAuftr = Postprotestauftrag, Tel = Telegramm, Zk = Zaharkarte.

Die Post bittet,

die Schalter möglichst nicht in den Hauptverkehrszeiten, sondern während der verkehrsschwächeren Stunden am späten Vormittag und frühen Nachmittag aufzusuchen;

auf alle freizumachenden Briefsendungen die Postwertzeichen bereits vor der Einlieferung aufzukleben;

die Einlieferungsscheine vorher selbst auszufüllen; bei nachzuweisenden Briefsendungen und bei Paketen, Postanweisungen und Zaharkarten muß Tinte, Kugelschreiber, Schreibmaschine oder Druck, bei allen anderen Sendungen kann auch Tintenstift benutzt werden;

das Geld abgezählt bereitzuhalten, größere Mengen Papiergegeld stets vorher zu ordnen und bei gleichzeitigem Einzahlen von drei und mehr Postanweisungs- und Zaharkartenbeträgen sowie bei Bezug von drei und mehr Sorten oder Werten von Wertzeichen im Betrag von mehr als 5 DM eine aufgerechnete Zusammenstellung der Beträge vorzulegen.

Die Post empfiehlt,

bei regelmäßiger stärkerer Einlieferung von nachzuweisenden Briefsendungen oder Paketsendungen am Selbstbuchverfahren teilzunehmen. Nähere Auskunft erteilt das Postamt.

Für Vermerke des Absenders:

Der Polizeipräsident in Berlin

AV-B-h/66

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42 (Tempelhof)
Tempelhofer Damm 1-7
Fernruf: 660017
Im Innenbetrieb:

, den 20. November 1966
App. 2070

180

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
1 Berlin 19

Amtsgerichtsplatz 1



Fr. H. in Berlin

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach u.a.
wegen Verdachts des Mordes;
hier: Dienstreise des Kriminalmeisters Weiß und des
Polizeioberwachtmeisters Killus nach Regensburg
Vorgang: Dertiges Ersuchen vom 9.12.1965 - Az.: 1 Js 13/65 (RSHA)-.

In der o.a. Angelegenheit haben Kriminalmeister Weiß und Polizei-
oberwachtmeister Killus in der Zeit vom 17.10. - 28.10.1966 eine
Dienstreise nach Regensburg durchgeführt.

Aus diesem Anlaß sind hier Reisekosten in Höhe von

917,60 DM

=====

in Worten: Neuhundertsiebzehn DM 60 Pf.-
entstanden.

Ich bitte zu veranlassen, daß die Kosten gemäß § 92 GKG in Verbin-
dung mit den Durchführungsbestimmungen zu den Kostengesetzen (Ko-
stenverfügung) vom 7.9.1957 als Gerichtskosten festgesetzt und von
den Kostenschuldern eingezogen werden.

Einer Überweisung des Betrages an mich bedarf es nicht (Entschei-
dung des Magistrats von Groß-Berlin - Finanzabteilung Käm II/7 -
vom 26.11.1949).

Im Auftrage

/di

181

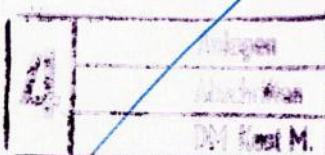
Landgericht Karlsruhe
Entschädigungskammer II
O (E II) 199/64
EK 27641



Karlsruhe, den 28.11.1966

In Sachen

Maria Wagner/Land Bad.-Württ.
wegen Entschädigung.



An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21
Turmstraße 91



Betr.: Ermittlungssache 1 Js 13/65

Das Bundesarchiv in Koblenz hat uns auf die Möglichkeit hingewiesen, daß in Verbindung mit obigem Ermittlungsverfahren der Erlaß des Reichsministers des Inneren vom 24.11.1941 - Pol. II A 5 Nr. 1145/41 - 212- zugänglich geworden ist. Wir hoffen, darin Näheres über die Behandlung des Eigentums der von Karlsruhe nach Osten deportierten Zigeuner zu finden.

Sollte der Erlaß dort vorliegen, bitten wir, uns eine Abschrift zu übersenden.

Der Einzelrichter

Berendes



Beglaubigt

✓, mitteilen an F. oben

zu < neu neu >, daß
der Erlaß des Reichsministers des Inneren v. 24.11.1941
- Pol. II A 5 Nr. 1145/41 - 212 - hier bisher leider
nicht vorliegt.

2/2017

27.11.2017 ab
7.12.66

5/12.66

Ho

1 Js 13/65 (RSHA)

An das

Landgericht Karlsruhe
Entschädigungskammer II

75 K a r l s r u h e

In Sachen Maria W a g n e r / Land Bad.-Württ. wegen Entschädigung - O (E II) 199/64 - EK 27641 - teile ich mit, daß der Erlaß des Reichsministers des Inneren vom 24. November 1941 - Pol. II A 5 Nr. 1145/41 - 212 - hier bisher leider nicht vorliegt.

Im Auftrage
Hölzner
Staatsanwalt

Telearamm

Deutsche Bundespost

Verzögerungs-
vermerke

31 SIEGBURG F 15 7 1137 =

183 284

aus

Datum

Uhrzeit

07 XII 66 11 45

STAATSANWAELTIN BILSTEIN TURMSTR 91

Datum

Uhrzeit

Empfangen

Namenszeichen

Platz

148

BERLIN/21 =

Platz

Gesendet

Namenszeichen

BLN RB

TSt FA 1 Berlin

Empfangen von

D 8923A SIEGB D

Leitvermerk

00610 1

BETTLAEGERIC ERKRANKT ERSCHEINEN MONTAG NICHT MOEGLICH = MEYER ECKHARDT +

1) Vermerk: Frau AP' in BilsteinWürde heute ferneute. bei der BfA Düsseldorf
über den Inhalt des Telegramms informiert.2) Frau AP' in Bilstein M.R.

COL 91 21 +

Dienstliche Rückfragen

184
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
Referat 321

Ludwigsburg, den 5.12. 1966

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
1000 - B e r l i n 21
Turmstrasse 91

(Sammelpaket)

Betr.: Strafverfahren gegen Streckenbach u.a.
wegen Mordes (NSG)
- Az.: 1 Js 13/65 (RSHA)

Bezug: Dokumentenbestellung vom 29.11.66

Anlage: 544 Blatt Fotokopien aus ~~der~~ - den - Sammlungen
Polnische Archive Teil III

Aufgrund obiger Bestellung werden die Anlagen
zum dortigen Verbleib übersandt. Die schlechte
Lesbarkeit einzelner Abzüge ist auf ungenügende
Belichtung der Filme oder mangelhafte Erhaltung
der Originale zurückzuführen.

Auf Anordnung:

Foltinek
(Foltinek)
Justizangestellter

Der Generalstaatsanwalt bei
dem Kammergericht Berlin

z.Zt. Duisburg, den 7. Dez. 1966

1 Js 13/65 (RSHA)

Gegenwärtig

Staatsanwältin Bilstein
als Vernehmende

Justizangestellte Ernst
als Protokollführerin

V e r n e h m u n g s n i e d e r s c h r i f t

Vorgeladen zum Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Duisburg
erscheint um 13.20 Uhr die Witwe

Maria Hirkens geb. Huth, verw. Neumann
geb. am 10.10.1907 in Hückingen,
wohhaft Duisburg-Großenbaum, Reiserweg 15.

Ihr wurde eröffnet, daß sie in dem Ermittlungsverfahren gegen
verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicher-
heitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord
- Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzen-
tationslager zur "Vernichtung durch Arbeit" - als Zeugin ver-
nommen werden soll. Nach Belehrung gem. §§ 52 und 55 StPO er-
klärte sie:

Nach dem Tode meines ersten Mannes trat ich am 13.1.1941 als
Geschäftszimmerangestellte beim Reichskriminalpolizeiamt ein.
Ich war in der Folgezeit in der allgemeinen Kanzlei des RKPA
tätig. In dieser Kanzlei habe ich im wesentlichen Reinschriften
nach Konzepten gefertigt. Zeitweilig habe ich auch die Vorste-
herin der Kanzlei, Fräulein Richter, vertreten und die
von anderen Kanzleiangestellten geschriebenen Schriftstücke be-
glaubigt. Zu Diktaten wurden die Kanzleiangestellten unserer
Kanzlei im allgemeinen nicht herangezogen. Es bestand aber eine
Nachmittagsdienstregelung, d.h. ab 14.00 Uhr waren Kanzleiange-

stellte als Bereitschaftsdienst eingesetzt. Dieser Bereitschaftsdienst dauerte an sich bis zum nächsten Morgen 6.00 Uhr. Wenn nichts außergewöhnliches vorlag, konnte aber die betreffende Kanzleiangestellte etwa gegen 22.00 Uhr nach Hause gehen. Im Rahmen dieses Nachmittagdienstes kam es vor, daß auch Diktate von einzelnen Herren aufzunehmen waren. Ich habe in der gesamten Zeit meiner Tätigkeit beim RKPA insgesamt nur 2 Stenogramme aufgenommen.

Die von uns in der Kanzlei zu fertigenden Reinschriften betrafen Vorgänge aus allen Gruppen des RKPA. Es befanden sich darunter auch Schriftstücke des Vorbeugungsreferates. Ich erinnere mich z.B. an Mitteilungen über die Genehmigung der von den örtlichen Kripostellen angeordneten Vorbeugungshaft und an die Ablehnung von Entlassungsgesuchen. Ferner erinnere ich mich, daß aus den einzelnen Konzentrationslagern Todesmitteilungen über Vorbeugungshäftlinge eingingen und daß dann entsprechende Benachrichtigungen geschrieben werden mußten. Ich kann aber nicht mehr sagen, ob diese Benachrichtigungen an die örtlichen Kripostellen oder u.U. an Angehörige des verstorbenen Häftlings gingen. An den Todesmitteilungen fiel uns auf, daß immer wieder die gleichen Todesursachen, wie z.B. Kreislaufstörungen angegeben waren. Ob die Zahl der Todesmitteilungen zu irgendeinem Zeitpunkt besonders angestiegen ist kann ich heute nicht mehr sagen. Ich habe aber in Erinnerung, daß eine große Anzahl von Todesmitteilungen bei uns durchgelaufen ist.

Von einer Sonderaktion gegen Justizgefangene, die - wie mir heute mitgeteilt worden ist - Gegenstand dieses Ermittlungsverfahren ist, ist mir nichts bekannt. Ich kann mich nicht erinnern daß ich Schriftstücke, die mit dieser Aktion in Zusammenhang stehen könnten, geschrieben habe. Auch an etwaige Gespräche mit anderen Angehörigen des RKPA über diese Vorgänge kann ich mich nicht erinnern. Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, daß bei uns im Amt über dienstliche Vorgänge sehr wenig gesprochen wurde.

Mir ist heute ein Schreiben des RKPA an das KL Mauthausen

vom 10. März 1943 (Dokumentenband VH II Bl. 102) vorgelegt worden, das die Übernahme von Justizgefangenen in polizeiliche Vorbeugungshaft betrifft. Dieses Schreiben trägt mein Kanzleizeichen " Neu " und ich muß daher annehmen, daß ich seinerzeit die Reinschrift gefertigt habe. Ich habe an den Inhalt dieses Schreibens keine Erinnerung. Ich möchte auch annehmen, daß ich seinerzeit den Zusammenhang, in dem dieses Schreiben steht, nicht erkannt habe. ^{Auch} Nachdem ich mir jetzt dieses Schreiben noch einmal durchgelesen habe ist mir dieser Zusammenhang nicht bewußt geworden.

Ich kann mich auch nicht erinnern, ob die oben erwähnten Todesmitteilungen möglicherweise Häftlinge betrafen, die im Rahmen der mir hier geschilderten Sonderaktion in Konzentrationslager eingewiesen worden waren. Ich weiß auch nicht, ob in den von uns auszuschreibenden Benachrichtigungen auf diese Sonderaktion Bezug genommen war. Die Formulierung "Vernichtung durch Arbeit" ist mir ganz fremd. Ich habe sie heute zum erstenmal gehört.

Die organisatorische Gliederung und die personelle Besetzung des Vorbeugungsreferats ist mir nicht mehr im Gedächtnis. Ich erinnere mich wohl an einzelne Namen wie z.B. an KD B ö h l - h o f f , KR O t t o , KR R i c h r a t h , und KS T i e - s e l e r . Dagegen kann ich mich an den mir hier genannten KR Dr. M a l y nicht erinnern. Auch nachdem mir ein von mir beglaubigtes Schreiben des Dr. Maly vom 28. Juni 1943 (Dokumentenband VH V Bl. 46) vorgelegt worden ist kann ich mir von ihm keine Vorstellung machen.

Über die Arbeitsaufteilung im Vorbeugungsreferat war ich, soweit ich mich entsinne seinerzeit nicht informiert. Ich kann deshalb nicht sagen, in welche Dienststellen dieses Referat aufgegliedert war und ob bestimmte Beamte nur mit der Genehmigung der Vorbeugungshaft und andere mit den Entlassungsgesuchen beschäftigt waren.

Auf besondere Frage:

Über Exekutionen in Konzentrationslagern weiß ich nichts. Während meiner Tätigkeit im RKPA habe ich keine Kenntnis davon er-

langt, daß Angehörige des RKPA Exekutionsanordnungen erteilt oder weitergeleitet haben.

Auch die Formulierung "Eine Rückkehr ist nicht erwünscht" habe ich bei meiner Tätigkeit nicht kennengelernt.

Am 1. August 1943 wurden verschiedene Dienststellen des RKPA, darunter auch die Kanzlei, nach Drögen/Mecklenburg verlagert. Ich bin vorher, am 31. Juli 1943, aus dem Amt ausgeschieden. Durch die Verlagerung habe ich den Kontakt zu den übrigen Kanzleiangehörigen verloren. Ich stehe auch heute mit meinen früheren Kolleginnen nicht mehr in Verbindung und kann deshalb keine Auskunft über ihren Verbleib geben. Nur mit der früheren Kanzleivorstehering, Fräulein R i c h t e r , habe ich ab und an Briefe gewechselt. Sie hat mich auch vor einiger Zeit ^{einmal} besucht.

Weitere Angaben kann ich zu den hier interessierenden Fragen nicht machen.

Die Vernehmungsniederschrift ist in meiner Gegenwart laut diktiert worden. Ich verzichte darauf, sie noch einmal durchzulesen.

Ende der Vernehmung 15.00 Uhr

Genehmigt und unterschrieben

*maria Hirkes geb. Lüth
verw. Reinmann*

Geschlossen:

Wibke

Rent

Der Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht Berlin

(Dienststelle)

1 Js 13/65

(Geschäftszeichen)

189
Merkblatt angelegt.

Fingerabdrücke genommen? Ja — Nein*)

Lichtbilder gefertigt? Ja — Nein*)

Person ist — nicht — festgestellt.*

Im Deutschen Fahndungsbuch — Festnahmen/Aufenthalts-
ermittlungen —, in der Fahndungskartei ausgeschrieben?
Ja — Nein*)

*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

z. Z. Essen
Berlin

, den 8.12. 1966

Verantwortliche Vernehmung

Es erscheint*) auf Vorladung im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Essen

der / die Nachgenannte

wohhaft in Gladbeck, Wiesenstr. 10

Straße Nr.
Platz

Fernruf 22 44 41 und erklärt:

1. a) Familienname

auch Beinamen, Künstlername, Spitzname, bei Namensänderung
früherer Familienname, bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name
des früheren Ehemannes

a) Langenau

b) Vornamen (Rufname ist zu unterstreichen)

b) Karl-Heinz Gustav Hermann

2. Geboren

am 21.12.1911 in Königsberg

Kreis (Verwaltungsbezirk) Königsberg

Landgerichtsbezirk Königsberg

Land Ostpreußen

3. a) Beruf

aa) erlernter

bb) z. Z. der Tat ausgeübter

cc) Stellung im Beruf (z. Z. der Tat)

a) Kriminalhauptkommissar

aa) Kriminalbeamter

bb) Kriminalkommissar

cc) Kriminalkommissar

Hier ist anzugeben:

ob Geschäftsinhaber, Gehilfe, selbständiger Handwerksmeister,
Geselle usw.

b) Ferner sind anzugeben:

- bei Ehefrauen Beruf des Ehemannes
- bei Beamten und Behördenangestellten genaue Anschrift der
Dienststelle
- bei Studierenden Anschrift der Hochschule und das belegte Lehrfach
- bei Trägern akademischer Würden (Dipl.-Ing., Dr., D. usw.),
wann und bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde

b)

c) bei Erwerbslosigkeit
seit wann?

c) entfällt

4. Einkommensverhältnisse

- a) z. Z. der Tat
b) gegenwärtig

a) .../...

b)

5. a) Familienstand ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — getrennt lebend	a) <u>verheiratet</u>
b) Vor- und Familienname des Ehegatten bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes	b) <u>Irene geb. Jendraszek</u>
c) Wohnung des Ehegatten bei verschiedener Wohnung	c) <u>W.u.</u>
d) Beruf des Ehegatten	d) <u>Hausfrau</u>
6. Kinder a) Anzahl b) Alter	a) <u>4</u> b) <u>23, 17, 15 u. 11</u>
7. a) Vater, Vor- und Zuname Beruf Wohnung b) Mutter, Vor- und Geburtsname Beruf Wohnung (auch wenn Eltern bereits verstorben) c) Vormund*), Pfleger*) oder Bewährungshelfer*), Vor- und Zuname Beruf Wohnung	a) <u>Adolf Langenau</u> <u>Kriminalbeamter</u> <u>verstorben</u> b) <u>Anna geb. Dangel</u> <u>Hausfrau</u> <u>verstorben</u> c)
8. Staatsangehörigkeit (auch evtl. frühere)	<u>Deutschland</u>
9. Ehrenämter in Staat, Gemeinde oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (Schöffe oder Geschworener — Handels-, Arbeits- oder Sozialrichter — Vormundschaften — oder Pflegesachen — Bewährungshelfer — sonstige Ehrenämter)	<u>keine</u>
10. Personalausweis Reisepaß, sonstige Ausweise und Berechtigungsscheine (Art, ausstellende Behörde, Nummer, Ausgabedatum) z. B. Führerschein, Wandergewerbeschein, Legitimationskarte, Jagd- oder Fischereischein, Waffenschein, Schiffer- oder Lotsenpatent, Unterbringungs- schein nach Gesetz zu Art. 131 GG, Rentenbescheid, Sprengmeisterschein	<u>Pol.-Dienstausweis Nr. 809 des</u> <u>Polizeipräsidenten in Reckling-</u> <u>hausen</u>
11. Vorstrafen und anhängige Strafverfahren Maßregeln der Sicherung und Besserung (Strafe zur Bewährung aus- gesetzt — bedingte Entlassung bewilligt) a) nach eigenen Angaben b) Ergänzung nach amtli. Unterlagen	a) <u>keine</u> b) <u>keine</u>

Mir wurde eröffnet, daß ich dem Ermittlungsverfahren gegen verschiedene frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheits-hauptamtes (RSHA) wegen ~~der~~ Verdachts der Teilnahme am Mord - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzen-trationslagern zur "Vernichtung durch Arbeit" - als Beschul-digter vernommen werden soll.

Die Rechte aus ^{dem} § 136 StPO sind mir bekannt. Ich bin bereit, mich hier zu den Beschuldigungen zu äußern.

Noch zur Person:

Zu meinem Lebenslauf nehme ich Bezug auf die schriftliche Äußerung vom 7.12.1966, die ich hiermit zu den Akten reiche.

Zur Sache:

Nachdem ich zuvor als Kriminalkommissar bei der Kriminalpolizei-leitstelle Berlin Dienst versehen hatte, kam ich im Frühjahr 1942 zum Reichskriminalpolizeiamt, und zwar zum Referat V A 2. Diese Dienststelle war mit der vorbeugenden Verbrechensbe-kämpfung betraut. Dazu gehörte vor allem die Bestätigung der Anordnung der polizeilichen Vorbeugungshaft sowie die Be-arbeitung von Fragen, die mit der planmäßigen polizeilichen Überwachung im Zusammenhang stand. Zur Verhängung von Vor-beugungshaft möchte ich ausführen, daß diese grundsätzlich von den örtlichen Kriminalpolizei - leit - stellen erfolgte. Die Vorbeugungshaft wurde dann beim RKPA lediglich bestätigt oder auch abgelehnt. Das Referat war in zwei Sachgebiete unterteilt. Es handelte sich um V A 2 a zuständig für Berufs- und Gewohnheitsverbrecher und V A 2 b für Asoziale, Prostituierte und Zigeuner zuständig. Ich gehörte zum Sachgebiet, das für die Berufs- und Gewohnheitsverbrecher zuständig war. Leiter war der damalige KR R i c h r a t h , der meines Wissens auch für die Bestätigung der Vorbeugungshaft verantwortlich war. Das Sachgebiet V A 2 b stand unter der Leitung des KR O t t .



191

Mein persönliches Aufgabengebiet bestand darin, Eingaben, Beschwerden und alle Fragen, die mit der Entlassung aus der Vorbeugungshaft zusammenhingen zu bearbeiten. Personen, deren Haftprüfung zwecks Entlassung aus dem Konzentrationslager anstand, wurden von den Konzentrationslagern in einem Führungsbericht beurteilt. Wenn diese Beurteilungen negativ ausfielen, kam eine Entlassung aus der Vorbeugungshaft grundsätzlich nicht infrage. Das gleiche galt unter den verschärften Bestimmungen des Krieges auch für schwer Vorbestrafte. Die Führungsberichte aus den Konzentrationslagern wurden von uns angefordert. Wenn ich mich heute noch recht entsinne, wurden auch Stellungnahmen der örtlichen Kriminalpolizeistellen angefordert. Bei Ablehnung der Entlassung aus der Vorbeugungshaft war ich zeichnungsbefugt. Nur in den Fällen, in denen eine Entlassung für möglich gehalten wurde, mußte der Vorgang KR R i c h r a t h zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden. Diese Tätigkeit übte ich bis zu meiner Einberufung zum ~~Waffenss~~ 3. Sicherheitspolizeigrenadierbataillon im Febr. 1945 aus. Wenn KR R i c h r a t h infolge Urlaubs oder aus dienstlichen Gründen von der Dienststelle abwesend war, fungierte ich als sein Vertreter, zumindest zeitweilig. Ob ich in diesem Zusammenhang auch die Befugnisse erhielt, die Bestätigung oder Ablehnung der Vorbeugungshaft auszusprechen, kann ich heute nicht mehr sagen. Es ist möglich, daß dies von KR O t t o wahrgenommen wurde. Ich kann mich jedenfalls an keinen Einzelfall erinnern, in dem ich die Anordnung der polizeilichen Vorbeugungshaft bestätigt habe. Neben mir übte ein KOS G r a h n e i s die gleiche Tätigkeit aus. In welcher Form die Arbeitsaufteilung zwischen Herrn G r a h n e i s und mir innerhalb von V A 2 a geregelt war, kann ich heute nicht mehr sagen. Wenn mir vorgehalten wird, daß die Arbeitsteilung aufgrund örtlicher Gesichtspunkte gegliedert war, so kann ich dies weder bestätigen noch verneinen. Zu meiner Unterstützung waren mir einige Beamte des mittleren Dienstes zugeteilt. Erst nachdem mir der Geschäftsverteilungsplan des Reichskriminalpolizeiamtes vorgelegt wurde, entsinne ich mich, daß der ehem. KOS D o h s e und der KS H a r d e g e n meine Mitarbeiter waren. Zu einem Zeitpunkt, den ich heute nicht mehr bestimmen kann, ist KOS D o h s e dann in den Ruhestand getreten. Wer sein Nachfolger war, kann ich heute nicht mehr

192

sagen. Meine Angaben, daß D o h s e in den Ruhestand getreten ist, möchte ich dahingehend einschränken, daß ich dies mit großer Sicherheit annehme, aber nicht unbedingt als Tatsachenfeststellung gewertet sehen will.

Auch KR R i c h r a t h , KR O t t • und KOS G r a h n - e i s hatten Zuarbeiter, die ihnen für die Vorarbeiten zur Verfügung standen. An die Namen dieser Beamten kann ich mich heute allerdings nicht mehr erinnern. Die in dem mir vorgelegten Geschäftsverteilungsplan des RKPA als Angehörige des Referates V A 2 aufgeführten Namen sind ^{sind} ~~mir~~ zum großen Teil noch erinnerlich. Allerdings bin ich nicht in der Lage, etwas über deren Tätigkeit oder Funktion zu sagen. Auf eine diesbezügliche Frage, welche Vorstellungen ich darüber habe, ob die Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens, die organisatorischer Teil von V A 2 b war, auch in die Verhängung von Vorbeugungshaft eingeschaltet war oder darüber hinaus selbständig die verhängte Vorbeugungshaft für Zigeuner bestätigen konnte, ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~ muß ich erklären, daß sich dies meiner Erinnerung entzieht.

Vernehmung wurde von 12.25 Uhr bis 13.15 Uhr zwecks Wahrnehmung der Mittagspause unterbrochen.

Nachdem der zur Frage stehende Sachverhalt in der Vorbesprechung mit mir eingehend erörtert wurde und mir zur Stützung meines Gedächtnisses die entsprechenden Unterlagen vorgelegt wurden, gebe ich hinsichtlich meiner Beteiligung an der zur Frage stehenden Aktion folgendes an: Zu einem Zeitpunkt, den ich heute beim besten Willen nicht mehr näher bestimmen kann, erhielt ich anlässlich einer Dienststellenleiterbesprechung, an der die leitenden Beamten des Referates V A 2 teilnahmen, durch den damaligen Referatsleiter KD B ö h l h o f f Kenntnis von einer Aktion, die das Ziel hatte, Justizgefangene zu übernehmen und in Konzentrationslager einzuweisen. Begründet wurde diese Maß-

nahme mit dem Hinweis, daß in Konzentrationslagern Zweige der Rüstungsindustrie installiert seien und die Justizgefangenen dort zweckdienlicher eingesetzt werden könnten. Eine weitere Begründung war, daß die Strafanstalten überfüllt seien, da die während der Kriegszeit verbüßte Strafe Kriegstäter nicht angerechnet wurde. Wenn ich mich recht erinnere, erhielt ich vom KD B ö h l h o f f den Auftrag, die für die Durchführung der Übernahmeaktion erforderlichen Maßnahmen innerhalb des RKPA zu treffen. Weder bei Erteilung des Auftrages noch später ist mir in irgendeiner Form gesagt oder angedeutet worden, daß die Zielsetzung dieser Aktion die Vernichtung der übernommenen Justizgefangenen bedeutete. Den Begriff "Vernichtung durch Arbeit" ist mir ~~xxxxxxxx~~ durch die Vorladung ~~xxxxxxxxxx~~ zum heutigen Vernehmung ^{zum ersten Mal} zur Kenntnis gelangt. Bei dieser Besprechung wurde uns auch bekanntgegeben, daß Grundlage für diese Aktion eine Vereinbarung zwischen dem Reichsminister der Justiz und dem Reichsführer-SS bildete. Ob KD B ö h l h o f f einen grundlegenden Erlass zwecks Durchführung der Übernahme erhalten hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich ~~xxxxxx~~ habe einen derartigen Erlass wahrscheinlich nie selbst gesehen. Irgendwelche Vermerke oder Protokolle über die Besprechung zwischen H i m m l e r und Dr, T h i e r a c k vom 18.9.1942 habe ich ebenfalls nie gesehen. Weiterhin wurde bei der Besprechung allgemein die Ansicht vertreten, gemeint ist natürlich die Besprechung der leitenden Beamten des Referates V A 2, daß diese Maßnahme ~~xxxxxxxxxxxxxx~~ keine echte ^{Aufgabe} ~~xxxxxxxx~~ der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung bildete, zumal die übernommenen Strafgefangenen sich ohnehin noch auf unbestimmte Zeit im Gewahrsam der Justiz befanden. Die Kriminalpolizei, vor allem das RKPA, konnte an der Übernahme dieses Personenkreises als Vorbeugungshäftlinge aus kriminalistischer Sicht nicht interessiert sein, und die Mitwirkung des RKPA dabei erschien zumindest unlogisch.

In der Folgezeit sind dann Listen der Justiz, die von den Strafanstalten erstellt worden sind, beim RKPA eingegangen,

Diese Listen waren nach Strafanstalten unterteilt und enthielten die Namen derjenigen Häftlinge, die von der Polizei übernommen werden sollten. Ich entsinne mich heute nicht mehr, wie die Listen zum RKPA gelangten. Gemeint ist damit, welche Dienststellen im RSMA sie zuvor durchlaufen haben. Des weiteren kann ich mich nicht mehr daran erinnern, ob das Reichsjustizministerium der Übersender der Listen war. Wenn ich gefragt werde, ob mir zur damaligen Zeit bekannt war, welche Arten von Häftlingen überhaupt von der Vereinbarung betroffen wurden, so halte ich das für wahrscheinlich. Ich kann mich heute natürlich nicht mehr daran erinnern, daß die Geheime Staatspolizei für Juden, Polen, Russen und deutsche/ politische/ Häftlinge/ zuständig war. Zur damaligen Zeit wird mir diese Tatsache bekanntgewesen sein. Die Kriminalpolizei hatte im Rahmen dieser Aktion die Sicherungsverwahrten und Personen mit langjährigen Zuchthausstrafen zu übernehmen. Daß auch Zigeuner unabhängig vom Strafmaß von der Übernahme betroffen wurden, ist heute meiner Erinnerung entschwunden. Wenn ich weiter gefragt werde, ob im Zusammenhang mit der Übernahmeaktion auch Verbindung zum Schutzhaftrreferat des Amtes IV aufgenommen wurde, so kann ich mich nicht daran erinnern, daß allgemeine und grundsätzliche Fragen mit Angehörigen des Referates IV C 2 besprochen wurden. Dagegen halte ich es für wahrscheinlich, daß in Einzelfragen Verbindung mit dem Schutzhaftrreferat aufgenommen wurde.

Die Listen mit den zu übernehmenden Häftlingen wurden dann an die Kripo - leit - stellen übersandt, in deren Bereich die entsprechenden Strafanstalten lagen. Mit der Übersendung der Listen erfolgte auch die Anordnung, wann die Häftlinge zu übernehmen und in welches Konzentrationslager sie einzulegen seien. Ich kann mich heute nicht mehr daran erinnern, wie es zu der Bestimmung des für die Aufnahme vorgesehenen Konzentrationslagers kam. Ich vertrete heute die Ansicht, daß die für die Aufnahme vorgesehenen Konzentrationslager von höherer Stelle vorher bestimmt waren. Ausschließen möchte ich allerdings nicht unbedingt, daß die Aufnahmelaager aufgrund

von Anfragen an das Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS-Amtsgruppe D KL-seitens des RKPA bestimmt wurden. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß die üblichen Haftunterlagen zunächst nicht erstellt wurden, d.h. also, die von der Justiz übersandten Listen bildeten die einzige Grundlage für die Übernahme als Vorbeugungshäftlinge. Das galt auch für die Aufnahme der Häftlinge in die jeweiligen Konzentrationslager. Wenn ich mich richtig erinnere, war allerdings die Rede davon, daß die üblichen Unterlagen, die sonst bei Verhängung von Vorbeugungshaft erstellt wurden, später dann nachträglich gefertigt werden sollten. Ob es dazu gekommen ist, kann ich heute nicht mehr sagen. Für jeden übernommenen Häftling wurde als Unterlage im RKPA eine Karteikarte angelegt. Der Häftling erhielt auch wie die regulären Vorbeugungshäftlinge eine Tagebuchnummer. Wie aus den mir vorgelegten Unterlagen hervorgeht, erscheinen als Tagebuchnummern bei den von der Aktion ~~He~~-troffenen Häftlingen sowohl die Bezeichnungen A 2 a als auch A 2 b. Die Aktion selbst wurde zwar ausschließlich von A 2 a bearbeitet, doch wurde mit Rücksicht auf die arbeitsmäßige Belastung der Sachbearbeiter die Gesamtzahl der übernommenen Justizgefangenen auf A 2 a und A 2 b möglichst gleichmäßig verteilt. Wieviel Häftlinge im Rahmen dieser Aktion durch das RKPA übernommen wurden, kann ich nur schätzen, d.h. zur damaligen Zeit war mir die Zahl natürlich bekannt. Heute kann ich lediglich angeben, daß es mehrere tausend waren.

Nach vollzogener Übernahme ist dann seitens der durchführenden Kripo-leit-stellen Vollzugsmeldung an das RKPA erstattet worden. Wie die technische Durchführung der Transporte und Übergabe an die Konzentrationslager von den Kripo-leit-stellen gehandhabt wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Nach erfolgter Übernahme ist dann von den zuständigen Konzentrationslagern eine Bestätigung der Übernahme der Häftlinge erfolgt. Ob diese Bestätigungen für jeden Häftling gesondert oder listenmäßig wie die Transporte dort eingingen an das

RKPA gesandt wurden, weiß ich heute nicht mehr.

Nach Eingang der Vollzugsmeldung der örtlichen Kripo-leit-stellen und Bestätigung der Übernahme durch das zuständige Konzentrationslager war es nunmehr erforderlich, daß jenen Kripo-leit-stellen, in denen deren Bereich der Betroffene vor seiner Verurteilung wohnhaft war, von der Tatsache Kenntnis zu geben, daß er nunmehr als Vorbeugungshäftling in einem Konzentrationslager einsitzt. Zu diesem Zweck wurde ein Vordruck erstellt, in dem auf die Vereinbarung zwischen dem Reichsminister der Justiz und dem Reichsführer-SS Bezug genommen wurde und in die die entsprechenden Daten lediglich eingesetzt zu werden brauchten. Diese Angaben kann ich allerdings erst machen, nachdem mir ein derartiges Schreiben im Verlaufe der heutigen Vernehmung vorgelegt wurde. Infolge des damit verbündeten großen Arbeitsanfalls wurden mir mehrere Beamte und Angestellte, die teilweise auch aus anderen Dienstbereichen des RKPA kamen, zugewiesen. Die Namen der Betreffenden kann ich nicht mehr nennen. Nach einer gewissen Zeit, d.h. nachdem die Mehrzahl der Justizgefangenen übernommen war, gingen diese Leute wieder zu ihren Dienststellen zurück.

Grundsätzlich erhielt sowohl das RKPA als auch diejenige Kripo-leit-stelle, die die Anordnung zur Verhängung der Vorbeugungshaft erteilt hat, fernschriftlich vom Konzentrationslager Nachricht, wenn der Betreffende verstorben war. Auch in den Fällen, in denen Häftlinge verstarben, die von der zur Frage stehenden Aktion betroffen wurden, erhielt das RKPA fernschriftlich Kenntnis. Da es eine einweisende Dienststelle bei diesen Häftlingen nicht gab, wurde vom Konzentrationslager diejenige Kriminalpolizeidienststelle über den Tod desselben benachrichtigt, in deren Bereich er vor seiner Verurteilung wohnhaft war. In der Übergangszeit wurde allerdings teilweise anders verfahren. Das lag daran, daß die Konzentrationslager im Anfang der Aktion noch nicht davon verständigt waren, welche Kriminalpolizei - leit - stellen für die jeweiligen

Häftlinge zuständig waren. Daher wurden zunächst Todesfälle nur dem RKPA gemeldet, das dann von sich aus die entsprechende Kripo-leit-stelle vom Ableben des Häftlings benachrichtigte. Es handelte sich um die Schreiben, die mir bei meiner heutigen Vernehmung vorgelegt wurden und die ausschließlich meine Unterschrift tragen. In diesem Zusammenhang erscheint es mir bemerkenswert zu erwähnen, daß die Anschreiben, die in Hinblick auf die Durchführung der Aktion an die einzelnen Kripo-leit-stellen gingen, wahrscheinlich nicht meine Unterschrift trugen, sondern von einem Vorgesetzten nach meiner Gegenzeichnung unterschrieben wurden. Mir ist heute ein Schreiben an die Kriminalpolizeileitstelle München vom 26.11.1942, die Überführung von Justizgefangenen in polizeiliche Vorbeugungshaft betreffend - Dok.Bd. VIII Seite 98 - vorgelegt worden, daß die Unterschrift des Gruppenleiters Dr. Scheife trägt. Dieses Schriftstück kann von mir entworfen worden sein. Ob in jedem Falle der Gruppenleiter für die Unterschriftenleistung bei derartigen Schreiben zuständig war, kann ich heute nicht mehr sagen. Es kann auch ebensogut der Referatsleiter gewesen sein.

Wenn ich gefragt werde, ob mir die Zahl der Todesmeldungen, die aus Konzentrationslagern bei uns eingingen und die Häftlinge betrafen, die in normale Vorbeugungshaft genommen wurden, zu denken gab, so muß ich erklären, daß dies nicht der Fall war, zumal ich keine Vergleichsmöglichkeiten hinsichtlich in Strafhaft verstorbener Justizgefangener besaß. Bei den übernommenen Justizgefangenen hingegen war die Zahl der Todesmeldungen um ein Vielfaches höher, als bei den normalen Vorbeugungshäftlingen. Dies trifft jedenfalls für die ersten Monate nach Anlaufen der Aktion zu.

Über die erhöhte ~~Färigkeit~~ Sterblichkeit der in die Lager übernommenen Justizhaftlinge habe ich und auch die anderen Sachbearbeiter im RKPA nur Vermutungen anstellen können. Da die Übernahmearktion in die Wintermonate fiel bestand die Möglichkeit, daß die Lager auf die Vielzahl der zu übernehmenden Häftlinge nicht genügend vorbereitet waren und nicht die erforderlichen Unterkunfts- und Schlafgelegenheiten vor-

handen waren. Andrerseits konnten auch veränderte Arbeits- und Lebensbedingungen zu einer erhöhten Sterblichkeit geführt haben. Die Tatsache der hohen Sterblichkeit der übernommenen Justizgefangenen wurde auch dem Referatsleiter vorgetragen, der sich meines Wissens dann mit dieser Angelegenheit an den Gruppenleiter gewandt hat. Welche weiteren Schritte dann unternommen worden sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Nach einiger Zeit sank jedenfalls die Zahl der Todesfälle bei den übernommenen Justizgefangenen. Als sich die Erkenntnis durchsetzte, daß die Todesfälle sich bei den von der Justiz übernommenen Häftlingen häuften, war nach meiner Erinnerung der größte Teil der Transporte bereits gelaufen. Es müßte im Frühjahr 1943 gewesen sein, als sich diese Erkenntnis durchsetzte. Ich halte es durchaus für möglich, daß auch ein Abstoppen der noch ausstehenden Transporte durch das RKPA in Erwägung gezogen worden ist; eine sichere Erinnerung daran habe ich nicht. Es erscheint mir auch zweifelhaft, ob das RKPA überhaupt einen derartigen Einfluß auf den Lauf der Aktionen nehmen konnte. Den schließlich Rückgang der Todeszahlen führe ich auf eine Intervention des Amtsleiters V zurück. Ich hätte es selbstverständlich nicht gebilligt, daß man die Justizhäftlinge Umständen aussetzte, durch die sie mit großer Wahrscheinlichkeit zu Tode kommen mußten.

(Dieser Absatz wurde von Herrn Langenau selbst diktiert).

Ich habe heute darüber keine Vorstellungen mehr, wann die Aktion zum endgültigen Abschluß kam oder ob dies überhaupt der Fall war. Wenn ich gefragt werde, ob ich zu irgendeinem Zeitpunkt vor oder nach Anlaufen der Aktion Verhandlungen mit Angehörigen des Reichsjustizministeriums geführt habe, so möchte ich mit hoher Wahrscheinlichkeit ausschließen, jemals derartige Verhandlungen geführt zu haben. Darauf hinaus kann ich mich auch nicht erinnern, daß Vorgesetzte wie der Referatsleiter, Gruppenleiter oder Amtschef an derartigen Verhandlungen teilgenommen haben. Insbesondere habe ich darüber keine Erinnerungen, ob Verhandlungen hinsichtlich

von in Heil- und Pflegeanstalten untergebrachten kriminellen Psychopaten in Hinblick auf ihre Übernahme im Rahmen dieser Aktion seitens meiner Vorgesetzten geführt wurden. Ich selbst habe keine Erinnerung daran, ob dieser Personenkreis in diese Aktion einbezogen wurde. Ausschließlich möchte ich diese Möglichkeit allerdings nicht. Auch bin ich nicht absolut sicher, ob ich der einzige Beamte des gehobenen Dienstes war, der in dieser Aktion tätig war. Ich könnte allerdings heute keine Namen nennen. Mir wurde soeben aus dem Dok. Bd. VIII Seite 99 ein Schreiben an die Kommandantur des Konzentrationslagers Mauthausen vom 12.1.1943, die Übernahme von Sicherungsverwahrten in polizeiliche Vorbeugungshaft betreffend, gezeigt, daß von Dr. M a l y unterschrieben wurde. Ob Dr. M a l y in diese Aktion eingeschaltet war, weiß ich nicht. Ich halte es aber für möglich, daß er in Vertretung des Referatsleiters diese Unterschrift geleistet hat.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen, da ich über die Dienstzeiten (beim Referat V A 2 anderer Beamter) nichts sagen kann.

Beginn der Vernehmung: 09.00 Uhr

Ende der Vernehmung: 17.30 Uhr

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

Bilstein
(Bilstein), Sta' in

Konnerth
(Konnerth), KOM

Wangerin
.....

Bl.

Lebenslauf

Am 21. Dezember 1911 wurde ich in Königsberg i.Pr. als Sohn des damaligen Schutzmannes und späteren Kriminalobersekretärs Adolf Langenau und seiner Ehefrau Anna, geb. Dangel, geboren.

Mit einer älteren Schwester und zwei jüngeren Brüdern wurde ich im Elternhaus erzogen. In meiner Heimatstadt besuchte ich zunächst die Haberberger Mittelschule und anschließend die Vorstädtische Oberrealschule, die ich nach bestandener Reifeprüfung im April 1931 verließ.

Mein Wunsch, gleich meinem Vater Beamter zu werden, war bereits auf meinem Reifezeugnis vermerkt, ließ sich aus Mangel an freien Stellen aber nicht sofort verwirklichen. Darum betätigte ich mich zunächst ein Jahr informatorisch bei der Stadtverwaltung in Königsberg, um mich dann dem Studium der Mathematik, Physik und Chemie zu widmen. Während mein Gesuch um Einstellung als Kriminalkommissar-Anwärter lief, leistete ich vom Oktober 1934 bis Oktober 1935 meinen Militärdienst ab.

Am 3.4.1936 wurde ich als Kriminalkommissar-Anwärter nach Berlin einberufen. Nach meiner praktischen Ausbildung in allen Dienststellen der Kriminalpolizei-Leitstelle Berlin nahm ich vom 3.5. bis 27.11. 1937 an einem Kriminalkommissar-Anwärter-Lehrgang auf dem Polizeiinstitut in Berlin-Charlottenburg teil, der durch die Prüfung zum Kriminalkommissar abgeschlossen wurde.

Darauf tat ich als Kriminalkommissar in verschiedenen Dienststellen der Kriminalpolizei-Leitstelle Berlin Dienst und wurde schließlich zu der Dienststelle zur Bekämpfung des Berufs- und Gewohnheitsverbrechertums versetzt (Vorbeugung). Von dort wurde ich im Februar 1942 zum Reichskriminalpolizeiamt in Berlin abgeordnet, wo ich der Dienststelle A 2 a als Hilfssachbearbeiter zugeteilt wurde. Aufgabe dieser Dienststelle war ebenfalls die vorbeugende Bekämpfung von Berufs- und Gewohnheitsverbrechern. Meine Arbeitsrate war die vorbereitende Bearbeitung von Gesuchen und Beschwerden und der Haftprüfungen von Vorbeugungshäftlingen.

Im Februar 1945 wurde ich mit sämtlichen noch waffenfähigen Beamten des Reichskriminalpolizeiamtes zum 3. Sicherheitspolizeigrenadierbataillon eingezogen, mit dem ich bei Abwehrkämpfen bei Berlin und Rückzugskämpfen in Mecklenburg eingesetzt war. Am 5.5.1945 geriet ich in der Nähe von Schwerin in amerikanische Gefangenschaft.

Im Anschluß an die Kriegsgefangenschaft war ich vom 3.9.1945 bis zum 4.6.1947 interniert.

Nach meiner Entlassung aus dem Internierungslager Staumühle arbeitete ich in verschiedenen Berufen, bis ich am 16.5.1952 wieder als Kriminalkommissar eingestellt wurde. Heute bin ich Kriminalhauptkommissar beim Polizeipräsidium in Recklinghausen mit Dienstsitz in Bottrop.

Seit 1941 war ich Parteimitglied und erhielt im Jahre 1943 im Zuge der Dienstrangangleichung den meinem Beamtdienstgrad entsprechenden SS-Dienstgrad eines Hauptsturmführers. Ich habe mich nie aktiv politisch betätigt und auch nie SS-Dienst geleistet.

Seit dem 30.8.1941 bin ich mit Irene geb. Jendraszek verheiratet und habe 4 Kinder.

Langenau

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

z. Z. Düsseldorf, den 9.12.1966

Gegenwärtig:
Staatsanwältin Bilstein

Justizangestellte Biermann

Vernehmungsniederschrift

Vorgeladen zum Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Düsseldorf
erscheint um 9 Uhr Kriminalrat i. R.

Dr. Julius Schäfer,
geboren am 15.11.1903 in Düsseldorf,
wohnhaft in Düsseldorf, Schwalbenweg 6

und erklärt, nachdem er mit dem Gegenstand der Ermittlungsverfahren vertraut gemacht und gemäß §§ 52, 55 StPO belehrt wurde:

Ich bin bereits am 8. Februar 1965 im Auftrage des Generalstaatsanwalts bei dem Kammergericht zu meinem Lebenslauf und meiner Tätigkeit im Reichskriminalpolizeiamt verno~~g~~men worden. Die Niederschrift über meine damalige Vernehmung ist mir heute aus dem Vorgang 1 AR (RSHA) 1076/64 noch einmal vorgelegt worden. Ich bestätige, daß meine damaligen Angaben richtig niedergelegt worden sind.

Nachdem mir heute verschiedene Geschäftsverteilungspläne des ehemaligen Hauptamtes Sicherheitspolizei und des RSJA sowie zwei Telefonverzeichnisse des RSJA vorgelegt worden sind, sind mir die Bezeichnungen der Referate, denen ich in der Zeit von 1936 bis 1945 angehört habe, wieder ins Gedächtnis gekommen. Es handelt sich um folgende Bezeichnungen:

Referat S-Kr. 2 des Hauptamtes Sicherheitspolizei, Amt Kriminalpolizei,
Referat V F 2 des Reichssicherheitshauptamtes (RKPA) nach dem
Geschäftsverteilungsplan vom 1. Februar 1940,

Elis

Referat II A 1 des RSHA nach dem Geschäftsverteilungsplan von 1941,

Referat I Org. des RSHA nach dem Geschäftsverteilungsplan von 1943.

Die mir ebenfalls genannte Referatsbezeichnung I A 7 ist mir dagegen nicht erinnerlich. Wenn ich unter dieser Bezeichnung im Telefonverzeichnis des RSHA von Juni 1943 aufgeführt bin, will ich aber die Möglichkeit nicht ausschließen, daß mein Referat zeitweilig diese Bezeichnung gehabt, hat.

Durch den Wechsel der Referatsbezeichnungen und die Zuordnung meines Aufgabengebietes zu den verschiedenen oben genannten Ämtern des RSHA hat sich an meiner Arbeit selbst sachlich nichts geändert. Ich war während der ganzen Zeit mit Wirtschafts- und Organisationsangelegenheiten der Kriminalpolizei beschäftigt und ^{bin} ~~habe~~ ^{immer} Angehöriger der Kriminalpolizei gewesen. In meiner Vernehmung vom 8. Februar 1965 habe ich auch schon Angaben zu meinen Vorgesetzten und Kollegen gemacht.

Nachdem mir heute die entsprechenden Namen genannt worden sind, erinnere ich mich ferner an die folgenden früheren Angehörigen des Organisationsreferats:

Dr. Schweder

war zeitweilig Leiter des Referats. Zeitangaben kann ich insoweit aber nicht machen. Ich weiß auch nicht mehr, wohin er später versetzt worden ist.

RR Wanninger

war wohl Dr. Schweders Nachfolger. Soweit ich mich erinnere, war er bis zum Zusammenbruch Referatsleiter. Ob er zeitweilig Verbindungsführer zum Reichsjustizministerium war, ist mir nicht bekannt.

ROI Borth und

ROI Kanitz

waren Verwaltungsbeamte. ~~Möglichkei-~~ Über ihre Aufgaben innerhalb des Referats kann ich keine sicheren Angaben mehr machen. Ich erinnere mich nur, daß Herr Kanitz Organisationsangelegenheiten bearbeitete.

End

Dagegen sind mir die folgenden Personen nicht erinnerlich:

SS-Hauptsturmführer F r i e d r i c h s, Ministerialregisterator
K e e s e , R S H a a s e und R S M o s e r .

Als Registratoren habe ich in Erinnerung:

ROI K r a t z s c h und Herrn M a r o h n .

Wie schon geschildert, wurden von mir nur Wirtschafts- und Organisationsangelegenheiten bearbeitet. Mit Erlassen oder sonstigen Anordnungen des RSHA, die in den einzelnen Exekutivreferaten bearbeitet wurden - insbesondere mit Maßnahmen zur Tötung von Gegnern des Nationalsozialismus oder anderen mißliebigen Personen - habe ich nie etwas zu tun gehabt. Ich habe auch keine Kenntnis davon, daß andere Angehörige des Organisationsreferates damit befaßt waren.

Die seinerzeit zur Behandlung ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener ergangenen Bestimmungen waren mir damals nicht bekannt. Ich erinnere mich jedenfalls nicht, jemals einen derartigen Erlaß gesehen zu haben. Ich weiß ferner nicht, wer für diese Bestimmungen verantwortlich zeichnete und wer eventuell bei den Vorarbeiten beteiligt war.

Mir ist ferner nicht erinnerlich, daß ich während meiner Tätigkeit im RSHA von der Sonderaktion gegen Justizgefangene, die mir heute näher geschildert worden ist, etwas gehört habe. Der Begriff "Vernichtung durch Arbeit" ist mir völlig unbekannt. Ich habe ihn heute zum erstenmal gehört. Auch zu dieser Aktion kann ich deshalb keine Angaben über etwaige Verantwortliche machen.

Auf besondere Frage:

Zu dem sogenannten Gesetzgebungsreferat des RSHA hatte ich keinen Kontakt. Ich kann keine Angaben über Arbeitsweise und personelle Besetzung dieses Referats machen. Der mir heute genannte Regierungsrat N e i f e i n d ist mir dem Namen nach erinnerlich. Über seine Tätigkeit im RSHA kann ich aber nichts sagen.

Ende der Vernehmung: 11.15 Uhr.

Selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben.

Geschlossen:

bilstein

A. M. Schäffer

Landeskriminalamt NW
- Dezernat 15 -
Tgb.Nr. 6085/64

Düsseldorf, den 8. 2. 1965

204

Zeugenschaftliche Vernehmung.

Zur Dienststelle des Dezernats 15 in Düsseldorf, Tannenstr. 26,
vorgeladen, erscheint der Kriminalrat i.R.

Dr. Schäfer, Julius,
geb. 15. 11. 1903 in Düsseldorf,
wohnhaft in Düsseldorf, Schwalbenweg 6.

Mit dem Gegenstand der Vernehmung bekanntgemacht, sagt der
vorbenannte Zeuge

zur Sache:

Von 1924 bis Ende 1930 studierte ich an den Universitäten Köln, Innsbruck und Bonn Rechtswissenschaft. Ende 1930 legte ich das juristische Doktorexamen an der Universität in Köln ab. Am 1. Oktober 1932 trat ich als Kriminalkommissar- anwärter bei der Polizeiverwaltung in Essen ein. Nach einem 7-monatigem Lehrgang beim damaligen Polizeiinstitut in Berlin-Charlottenburg bestand ich am 12. 4. 1935 das Kriminalkommissar- examen. Anschliessend war ich Hilfskriminalkommissar bei der Polizeiverwaltung in Essen. Anfang Mai 1936 erfolgte meine Versetzung an das damaligen Reichs- und Preußische Ministerium des Innern in Berlin. Als im Jahre 1940 das Reichskriminal- polizeiamt mit der kriminalpolizeilichen Dienststelle des Innenministeriums vereinigt wurde, wurde ich in das Reichs- kriminalpolizeiamt versetzt, wo ich meine bisherigen Arbeits- gebiete beibehielt. Vom 1. 10. 1940 bis Mitte Dezember 1940 war ich bei der Kriminalpolizeileitstelle Berlin mit der

Bearbeitung von Diziplinarsachen beschäftigt. Anschliessend wurde ich wieder in das Reichskriminalpolizeiamt zurückversetzt.

Beim Reichskriminalpolizeiamt habe ich in folgenden Sachgebieten gearbeitet:

Fondverwaltungen (Bewegungsgelder und Fahndungskosten der Kriminalpolizei), Belohnungsangelegenheiten (Auslösungen der Kriminalpolizei), Beschwerdesachen und allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten der Kriminalpolizei. Nach meiner Rückversetzung von der Kriminalpolizeileitstelle Berlin zum Reichskriminalpolizeiamt wurde ich mit allgemeinen Organisationsangelegenheiten der Kriminalpolizei beschäftigt.

Bis zum Ende des Krieges verblieb ich Angehöriger des Reichskriminalpolizeiamtes. "eine tatsächliche Dienstzeit beim Reichskriminalpolizeiamt endete Mitte Februar 1945 aus Krankheitsgründen.

Beförderungen sind mir leider folgtbekannt:

Am 1. 3. 1940 wurde ich zum Kriminalrat befördert.

Am 1. November 1944 erfolgte meine Beförderung zum Kriminaldirektor. Einen SS-Angleichungsdienstgrad hatte ich zu keiner Zeit.

Die referatsmässige Bezeichnung der Dienststellen in denen ich gearbeitet habe, ist mir nicht mehr erinnerlich.

*Wolfgang Heinz
1945/5/10
nicht M.H.*

Mein Vorgesetzter im Reichskriminalpolizeiamt war der damalige Kriminalrat Berger, Vorname und weitere Personalien sind mir unbekannt. Wenn ich mich nicht irre, soll sich Berger heute in der Gegend von Frankfurt aufhalten. Ich habe zu ihm aber keine Verbindungen. Mir ist erinnerlich, daß Berger während meiner gesamten Dienstzeit beim Reichskriminalpolizeiamt mein unmittelbarer Vorgesetzter geblieben ist. Gegen Ende des Krieges war ein mir heute namentlich nicht mehr erinnerlicher junger Assessor zwischen Berger und mir zwischengeschaltet. Soweit ich mich erinnere, ist der Kriminalrat Berger noch vor Kriegsende zum Regierungsrat befördert worden.

Ich erinnere mich an folgende weitere Personen, die zur gleichen Zeit im Reichskriminalpolizeiamt tätig gewesen sind:

✓ Dr. Karl Baum, weitere Personalien unbekannt, er wird in der Frankfurter Gegend. Er war Frankfurter.

Dr. Baum war Kriminalrat und wurde später Regierungsrat, wenn ich mich nicht irre. Über das Aufgabengebiet kann ich heute konkrete Angaben nicht machen. Dr. B. war aber rein kriminalpolizeilich tätig.

✓ Dr. Bittner, Vorname und weitere Personalien nicht bekannt. Kriminalkommissar und später Kriminalrat. Er soll in Niedersachsen aufhältlich sein. Ich weiß auch nicht, ob er im Dienst ist ~~oder xxwar~~. Auch über seine kriminalpolizeiliche Aufgaben kann ich verwertbare Hinweise nach so langer Zeit nicht mehr machen.

✓ Dr. Horn, Vorname vermutlich Rudolf, weitere Personalien unbekannt. Er ist oder war nach dem Kriege als leitender Kriminalbeamter in Schleswig-Holstein tätig. Dr. Horn war Kriminalrat. Über die Dauer seiner Dienstzeit und seine Dienstfunktionen kann ich keine Angaben machen.

✓ Dr. Menke, z. Z. als Kriminaloberrat und Leiter der Kriminalhauptstelle Dortmund. Ich habe in Erinnerung, daß Dr. Menke Kriminalkommissar und später Kriminalrat war. Hinsichtlich seiner Dienstfunktionen kann ich sicherre Angaben nicht machen.

Die von mir benannten Personen waren zu meiner Zeit sämtlich unter ~~xx~~ Berger im Reichskriminalpolizeiamt tätig, wobei ich allerdings nicht sagen kann, wie langer ein jeder von ihnen genau unter Berger Dienst versehen hat.
Ich habe zu keinem der oben aufgeführten heute noch persönliche Verbindungen

Ich bin bisher in keinem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungs-

verfahren als Zeuge oder als Beschuldigter vernommen worden.

Angehörige von mir sind durch mein Dazutun nicht zum RSHA bzw. zum Reichskriminalpolizeiamt abgeordnet oder versetzt worden.

Zu dem Aktenvermerk auf Bl. 5 d. A. muß ich sagen, daß mit die Dienststellenbezeichnung II A 1 nicht mehr erinnerlich ist. Ich war allerding in der Organisation und in der inneren Verwaltung des Reichskriminalpolizeiamtes tätig. Die Dienststellenbezeichnung V F2 wird richtig sein, denn obwohl ich mich nicht mit Sicherheit daran erinnere. Mein Aufgabenbereich war tatsächlich Wirtschaftsangelegenheiten der Kriminalpolizei.

Ich gehörte also ausschließlich dem Reichskriminalpolizeiamt an. Lediglich in der oben angegebenen Zeit ~~doch~~ war ich bei der Kriminalpolizeileitstelle Berlin tätig. Ich unterstelle als bekannt, daß das Reichskriminalpolizeiamt später die Dienstbezeichnung Amt V trug. Ich selbst gehörte nicht dem Amt IV, also der Geheimen Staatspolizei an.

Weitere Aussagen kann ich zur Sache nicht machen.

Geschlossen:

(Kaup) *Mr* KOM.

Selbst gelesen, genehmigt u. unterschrieben:

J. Schäfer
.....
(Dr. Julius Schäfer)

✓

V.

1) Vermerk:

Die für heute zur Staatsanwaltschaft Düsseldorf zur Vernehmung geladene Zeugin

Klara Lissigkeit verw. Lorenz geb. Stier,
geb. am 9. Mai 1902 in Berlin,
wohhaft in Düsseldorf, Heinrichstr. 84,

bat fernmündlich, die Vernehmung in ihrer Wohnung durchzuführen, da sie nach einer Erkrankung ihre Wohnung noch nicht verlassen könne. Ich habe darauf die Zeugin in ihrer Wohnung aufgesucht und lediglich informatorisch und ergänzend zu ihren Angaben vom 18. Januar 1966 zu 1 Js 10/65 (RSHA) gehört.

Die Zeugin gab an, dass ihr während ihrer gesamten Tätigkeit beim RKPA von der Sonderaktion gegen Justizgefangene nichts bekannt geworden sei. Auch über die ~~Gliederung~~ und personelle Besetzung des Referats V A 2 konnte sie keine Angaben machen.

Zu ihrer eigenen Tätigkeit im RKPA in den Jahren 1942/43 erklärte die Zeugin:

Von Anfang 1942 bis Sommer 1942 sei sie als Schreibkraft für KD Thomas in der Dienststelle V A 1 b (Internationale Zusammenarbeit) tätig gewesen. Anschliessend habe sie für KK Wißmann die Morgenmeldungen geschrieben. Leiter der Dienststelle und Vorgesetzter von KK Wißmann sei KK Gornickel gewesen. Er habe sich aber wohl nicht selbst mit den Morgenmeldungen befasst. Über seine Tätigkeit sei ihr nichts bekannt. Für ihn hätten KS Lill und die G.-Ang. Dürstling gearbeitet. In der letzten Zeit vor ihrer, der Zeugin, Versetzung in das Vorzimmer von KR Dr. Menke (etwa Ende 1942/Anfang 1943) sei sie nachmittags - nach Fertigstellung der Morgenmeldungen - ebenfalls zu Arbeiten für KK Gornickel herangezogen worden. Sie habe nach Listen Karteikarten ausschreiben müssen. Die Listen, über deren Zweck und Herkunft ihr nichts bekannt sei, hätten Namen und Angaben über Verurteilungen enthalten. Sie habe aber nicht für alle in den Listen aufgeführten Personen Karteikarten schreiben müssen, sondern nur für die, bei denen längere Zucht-

hausstrafen (genaues Strafmaß nicht mehr erinnerlich) vermerkt waren. Auf diese Karteikarten habe sie vermerken müssen: "Verfahren X".

Diese Tätigkeit habe ihr nicht zugesagt und sie sei deshalb beim Gruppenleiter Werner vorstellig geworden. Kurz darauf sei sie dann ~~zu~~ ins Vorzimmer von Dr. Menke versetzt worden. Den genauen Zeitpunkt dieser Versetzung konnte die Zeugin nicht angeben. Insbesondere konnte nicht geklärt werden, ob er vor oder nach der Versetzung des Beschuldigten Werner nach Stettin (an die die Zeugin sich nicht erinnerte) lag.

Auch über den Zweck der Listen und der Kartei konnte die Zeugin nichts sagen. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass ein Zusammenhang mit der Abgabeaktion besteht.

Die Zeugin gab ~~zu~~ mit Sicherheit an, dass sie ihren Versetzungs- wunsch persönlich bei dem Beschuldigten Werner - nicht bei Dr. Scheife oder beim Amtschef Nebe - vorgetragen habe und dass der Beschuldigte Gornickel jedenfalls bis zu ihrer Versetzung im RKPA in Berlin tätig war. Von einer Abordnung des Beschuldigten Gornickel zur Gruppe V B war ihr ~~nichts~~ nichts bekannt.

Über den Verbleib von KS Lill und der G.-Ang. Dürs- tling konnte die Zeugin keine Angaben machen.

2) z.d.A.

Düsseldorf, d. 9.12.1966

fs.

Vernehmungsprotokoll vom 18.1. 1966

Gegenwärtig: Staatsanwalt H a u s w a l d
Kriminalmeister H i n k e l m a n n
Polizeihauptwachtmeister M a r t e r

Auf Vorladung erscheint die Hausfrau

Klara L i s s i g k e i t , verw. Torenz,
geb. Stier,
geb. 9. Mai 1902 Berlin,
wohnh. Düsseldorf, Heinrichstr. 84

und erklärt nach eingehender Vorbesprechung und Belehrung gem. § 52 und 55 StPO folgendes:

Im Jahre 1940 arbeitete ich als persönliche Sekretärin für KR Thomas und ab 1942 für KR Dr. Menke im EKPA am Werderschen Markt. KK Feigenhauer war Dezernent unter Dr. Menke. KOS Neuenfeldt war Sachbearbeiter im gleichen Referat (V A 1 a). G.-Ang. Spiess war Schreibkraft für die vorgenannten Herren, hauptsächlich jedoch für KR Feigenhauer. Ich befand mich von Dezember 1940 bis 30. Dezember 1941 in Den Haag/Holland bei einer Zweigdienststelle des EKPA. Während dieser Zeit war Fr. Spiess Vorzimmerdame von Dr. Menke.

Nach meiner Rückkehr aus Holland arbeitete ich bis Ende Sommer 1942 bei KD Thomas in der Auslandsabteilung (V A 1 b). Ab Frühherbst 1942 stellte ich zusammen mit KK Wiemann etwa vier Monate lang (bis Ende 1942 Anfang 1943) die Morgenmeldungen auf. Mein Ehenname war damals Lorenz. Entsprechend bin ich im GVPI V, Seite 19, als G.-Ang. Lorenz unter KK Wiemann als Fachbearbeiter und KK Gornickel als Dienststellenleiter aufgeführt. Der GVPI V wurde mir vorgelegt. Ich selbst habe einen derartigen GVPI im EKPA nicht gesehen.

Ab Anfang 1943 bis Ende 1944 war ich Vorzimmerdame von KR

Dr. M e n k e. Sein Sachgebiet ~~xxx~~ betraf Organisationsfragen des EKPA (V A 1a).

Nach der Ausbombung des EKPA im November 1943 wurden wir im stehengebliebenen Teil desselben untergebracht. Ich habe eine ungefähre Skizze der Dienstzimmer angefertigt, in denen die Spurze des EKPA untergebracht war. Amtschef N e b e saß im Eckzimmer, das nur von seinem Vorzimmer aus zugänglich war. Im Vorzimmer befanden sich die persönlichen Sekretärinnen von N e b e, Frau W i n k e l m a n n und Frl. T i e s e l e r sowie KOS Z a b e l und A S R a d k e. Im nächsten Zimmer befand sich der Adjutant E n g e l m a n n. Neben diesem oder ein oder mehrere Zimmer weiter war das Dienstzimmer von W e r n e r, Vertreter des Amtschefs N e b e. Anschließend befand sich das Zimmer von Dr. M e n k e und dahinter dessen Vorzimmer, in dem ich arbeitete. Möglicherweise befand sich zwischen den Zimmern von W e r n e r und Dr. M e n k e noch ein weiteres Zimmer (evtl. der Restbestand der Bücherei). Ungefähr gegenüber von meinem Zimmer befand sich auf der anderen Flurseite das Zimmer des Dr. H o r n, bei dem Frl. S p i e l ebenfalls untergebracht war.

Ob in der Zeit von November 1943 bis Juli 1944 der Adjutant M a i s c h und der Adjutant Dr. T e i c h m a n n noch in der unmittelbaren Umgebung von N e b e tätig gewesen sind, kann ich nicht genau sagen. Wenn ich nach weiteren leitenden Mitarbeitern von N e b e innerhalb dieser Zeit gefragt werde, so kann ich mich an T o b b e s, Dr. W e h n e r und Helmut M ü l l e r (letzter ^{er} beim Erkennungsdienst) erinnern. K R B r e s c h e r war beim Erkennungsdienst tätig. Ich glaube nicht, daß er persönlicher Referent von N e b e gewesen ist. Von Dr. T e i c h m a n n nehme ich an, daß er persönlicher Referent von N e b e gewesen ist. Ob er dies auch im Frühjahr 1944 gewesen ist, glaube ich nicht.

Im Herbst 1944 bis etwa HAKuSK Oktober/November 1944 war ich Vorzimmerdame von W e r n e r. In dieser Zeit erstellte ich eine Kartei aller leitenden Beamten des EKPA und der Reichskriminalpolizei. Als W e r n e r sich etwa Anfang 1945 von Berlin

absetzte zusammen mit Panzinger, nahm Werner m.E. diese Kartei in zwei schmalen Kästchen mit.

Im Jahre 1944 löste ich gelegentlich eine der beiden Vorzimmersdamen von Nebe nachmittags ab, da diese fast regelmäßig für Nebe Überstunden machen mußten. Während meiner Tätigkeit im Vorzimmer von Nebe habe ich hauptsächlich Telefongespräche vermittelt. Schreibarbeiten habe ich dort sehr selten verrichtet. Ich bin mir ganz sicher, daß ich im Vorzimmer von Nebe keine GRS-Vorgänge geschrieben habe. Ich habe überhaupt zu keiner Zeit im RKPA GRS-Vorgänge geschrieben. Ich habe während dieser Zeit auch keine Fernschreib-Formulare geschrieben. Wichtige geheime Sachen oder GRS-Vorgänge können für Nebe im Frühjahr 1944 m.E. nur Winkelmann oder Tieseler geschrieben haben. Existenzgedächtnisdenkbar, daß in Abwesenheit von Vorzimmersdame Ich halte es für ausgeschlossen, daß andere Damen des RKPA geheime Fernschreiben von besonderer Bedeutung, insbesondere in einer Fahndungsaktion gegen flüchtige ausländische Offiziere im Frühjahr 1944, außer Winkelmann und Tieseler herangezogen wurden. Frl. Beilienbaum oder Frl. Grützmacher sind m. E. nicht im Vorzimmer von Nebe zu Schreibarbeiten herangezogen worden. Auch Frl. Spiegel, obwohl sie eine gute Arbeitskraft gewesen ist, wurde nicht im Vorzimmer beschäftigt. Mir ist nicht bekannt, ob Frl. Dürstling die Vorzimmersdame von Nebe im Urlaub oder bei Krankheit vertreten hat.

Im Frühjahr 1944 habe ich nicht bemerkt, daß im Zimmer von Engelmann Herren der Fahndungsabteilung längere Zeit in einer Kriegsfahndungssache gegen ausländische Offiziere tätig gewesen sind. Wenn dies auch unwahrscheinlich klingen mag, da ich nur wenige Zimmer entfernt im Vorzimmer von Dr. Menke saß, so erkläre ich, daß mir dies entgangen sein könnte, weil bei Nebe und in seinem Vorzimmer sowie im Adjutantenzimmer ein ständiger lebhafter Besucherverkehr geherrscht hat. Im Gegensatz zu mir hätte Frl. Spiegel als jüngere Mitarbeiterin zu anderen Kolleginnen mehr Kontakt. Gleichwohl glaube ich nicht, daß Frl. Spiegel zu dieser Frage Auskunft geben könnte.

Ich habe zwar KP A m e n d auch noch 1944 gelegentlich in der Kantine des RKPA gesehen. Ich kann es mir jedoch beim besten Willen nicht erklären, daß A m e n d und anderen Herren der Fahndungsabteilung längere Zeit im Frühjahr 1944, mir wird gesagt, im März und April 1944, im Zimmer von E n g e l m a n n eine Fahndungsaktion gegen ausländische Offiziere bearbeitet haben sollen, ohne dass ich dies bemerkt habe. Wenn dies aber der Fall gewesen sein soll, dann müssen es W e r n e r oder Dr. M e n k e, E n g e l m a n n oder Dr. H o r n (Sachbearbeiter für Meldereesen) angeben können.

In diesem Zusammenhang werde ich gefragt, ob ich in dem Fernseh-Film "Der Fall Nebe", den ich gesehen habe, die Fahndungs- und Erschießungsaktion der ausländischen Offiziere gesehen habe. Ich kann mich nicht an diese Sache erinnern.

Ich halte es für ausgeschlossen, daß leitende Beamte der Fahndungsabteilung umfangreichere Fernschreiben in einer besonderen Fahndungssache, bei der es um die Erschießung ausländischer Offiziere ging, selbst mit der Schreibmaschine geschrieben haben. Frl. P e l z e r hat im Frühjahr 1944 bestimmt nicht im RKPA am Werderschen Markt mit leitenden Herren der Fahndungsabteilung zusammen gearbeitet. Ich habe jedenfalls Frl. P e l z e r zu dieser Zeit nicht im RKPA am Werderschen Markt gesehen. Wäre sie zu dieser Zeit im RKPA am Werderschen Markt tätig gewesen, dann hätte ich sie bestimmt mal gesehen. Sie wäre dann mal bestimmt zu mir hereingekommen.

In März/April 1944 war ich ganz sicher ständig im Dienst gewesen. Erst am 15. Mai 1944 ging ich nach Bad Reichenhall für vier Wochen zur Kur. Auch daraus ergibt sich, daß mir die Anwesenheit von Herren der Fahndungsabteilung im März/April 1944 im RKPA am Werderschen Markt im Zimmer von E n g e l m a n n unbedingt hätte auffallen müssen, wenn dies tatsächlich der Fall gewesen sein sollte.

M.E. müßten D r e s c h e r und Helmut M ü l l e r, weil beide im Erkennungsdienst der Fahndungsabteilung tätig waren, über Frl. P e l z e r Auskunft geben können.

Frau Winkelmann kenne ich seit 1929.

Wir haben aber nie unmittelbar zusammen gearbeitet.

Da wir jedoch nicht in einem Freundschaftsverhältnis standen, ist mir über die Tätigkeit von Frau Winkelmann nicht näheres bekanntgeworden. Im RKPA bestand die Anordnung, daß niemand Einzelheiten über die Tätigkeit einer anderen Dienststelle erfahren durfte.

Wenn mir vorgehalten wird, daß ich in der Lage sein müßte, anzugeben, wer der Geheimregisterator im RKPA gewesen ist, so muß ich diese Frage verneinen, da ich zu keiner Zeit im RKPA mit der Registratur zu tun hatte.

Folgende Personen sind mir zwar dem Namen nach bekannt, ich kann jedoch keine nähere Auskunft über ihre Tätigkeit im RKPA und ihren späteren Verbleib geben, da ich mit diesen keine dienstliche Berührung hatte :

Heining, Rödder, Grupinski, Gerda Nelle, Gerda Lass, KR. Junge, KR. Frosien.

KR. Fleischer war ab 1940 in Polen, genauer in Krakau mit dem Aufbau der dortigen Kripo beschäftigt.

Fleischer war 1944 m. E. nicht mehr im Dienst.

Auch nach der Ausbombung waren noch einige Kanzleidamen im RKPA tätig, näheres kann ich jedoch nicht angeben.

Eine Frau Margarete Schultze ist mir unbekannt. Desgleichen sind mir die aus GVPI V, Seite 5 vorgehaltenen Namen der Angehörigen der Fernschreibstelle unbekannt. Dagegen müßte Frl. Spiegel in der Lage sein vom Schreibpersonal, das ihr besser bekannt war, Namen und weitere Einzelheiten bekannt anzugeben.

Weitere sachdienliche Angaben über die Tätigkeit von RKPA-Angehörigen in der Fahndungssecke gegen ausländische Offiziere im März/ April 1944 kann ich trotz äußerster Anstrengung meines Gedächtnisses leider nicht machen. Mir ist mitgeteilt worden, daß der Inhalt dieser Vernehmung strengvertraulich zu behandeln ist. Um den Verdacht einer Begünstigung zu vermeiden, werde ich mit keiner anderen Person, insbesondere mit ehemaligen Angehörigen des RKPA, über meine heutige Vernehmung Mitteilung machen.

In mein Gegenwart
handschriftlich
Geschlossen:

Geschlossen:

Walter Winkelmann

Finkenau, At.

215
Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

z. Zt. Bonn, den 12.12.1966

Vernehmungsprotokoll

Gegenwärtig : Staatsanwältin Bißlstein als Vernehmende
JustizangestellteLenden als Protokoll-
führerin.

Vorgeladen zum Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Bonn
erscheint um 8.00 Uhr der Angestellte
Rolf-Heinz Höppner, geboren am 24.2.1910 in Siegmar/Sachsen
wohnhaft Bad Godesberg, St. Cloud-Strasse 9.

Ihm wurde eröffnet, dass er in zwei Ermittlungsverfahren
gegen verschiedene frühere Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der
Teilnahme am Mord -

- a) Sonderbehandlung ausländischer Zivilarbeiter und
Kriegsgefangener (1 Js 4/64 (RSHA))
- b) Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen
in Konzentrationslagern zur " Vernichtung durch Arbeit"
(1 Js 13/65 (RSHA)) -

als Beschuldigter vernommen werden soll.

Er wurde darauf hingewiesen, dass es ihm nach dem Gesetz
freistehe, sich zu den Beschuldigungen zu äussern oder
nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor
seiner Verhöhung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger
zu befragen.

Er erklärte: Ich will mich jetzt zu den Beschuldigungen
äussern.

Zu meiner Person und zu meinem Lebenslauf nehme ich
Lezug auf die schriftliche Äusserung vom heutigen Tage,

die ich hiermit zu den Akten reiche.

Ergänzend gebe ich dazu an: Im Hauptamt Sicherheitspolizei, in das ich etwa 1938 übernommen wurde, hatte ich, soviel mir bekannt ist, nur eine Planstelle inne. Ich habe nicht einen einzigen Tag in diesem Amt gearbeitet sondern war weiterhin in Dresden beim SD tätig. Mir sollte mit der Übernahme lediglich die Möglichkeit einer Beamtenlaufbahn eröffnet werden.

Nach meiner Rückkehr aus Polen war ich zunächst etwa 1 Jahr ohne bezahlte Beschäftigung. Ab 1.1.1958 war ich dann Justiziar bei der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer in Frankfurt. Am 1.5.1958 nahm ich eine Stelle in Bonn bei der Bautreuhand- und Finanzierungs GmbH an. Nach Durchlauf bei der Allg. Finanzberatungs-GmbH in Köln wurde ich Anfang 1964 zur Bau- und Handelsbank in Köln als Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung übernommen. Seit 1.1.1965 bin ich Angestellter beim Verband der Privaten Bausparkassen in Bonn.

Ich bin schon in verschiedenen Ermittlungsverfahren als Zeuge vernommen worden. Aus meiner richterlichen Vernehmung in dem Verfahren gegen den ehemaligen HSSPF in Posen Wilhelm Koppe hat sich ein Ermittlungsverfahren gegen mich entwickelt, das einerseits meine Tätigkeit in Posen und zum anderen den Vorwurf der falschen uneidlichen Aussage umfasst. Das Verfahren läuft bei der Staatsanwaltschaft in Bonn. Das staatsanwaltschaftliche Aktenzeichen ist mir aber nicht bekannt. Ich bin dazu vom Amtsgericht Bonn unter dem Aktenzeichen 43 Gs 4321/65 vernommen worden. Der Stand des Verfahrens ist mir ebenfalls nicht bekannt.

Wie ich bereits bei der schriftlichen Ausserung angegeben habe, wurde ich am 1.7.1944 von Posen

Yr.

nach Berlin zum RSHA versetzt. Ich übernahm dort am 18.7.1944 die Leitung der Gruppe III A. Mein Vorgänger als Gruppenleiter, SS-Obersturmbannführer Dr. Gengenbach, war im Januar 1944 töglich verunglückt. ~~Kommunikation~~ Etwa bis Juni 1944 hatte Oberregierungsrat Neifeind die Gruppe vertretungsweise geführt. Auch er hatte Berlin schon verlassen als ich zum RSHA kam. Zur Gruppe IIIA gehörte auch das sog. Polizeireferat, das im Juli 1944 ~~noch~~ ^{meiner Erinnerung nach schon} die Bezeichnung III A 4 trug. Sein Leiter war der damalige Oberregierungsrat Rothmann. Sein Vertreter war Oberstleutnant der Ordnungspolizei Grote. Das Polizeireferat war ursprünglich im Amt II des RSHA geführt worden. Es wurde zu einem mir nicht mehr erinnerlichen Zeitpunkt zunächst als Referat III A 5 in das Amt III überführt. Von meiner Tätigkeit als Abschnittsführer in Posen aus gesehen, bildete das Referat im Amt III einen gewissen Fremdkörper. Ich vermutete damals, dass die Absicht für die Überführung des ~~Kommunikation~~ Referates die war, eine Ministerialzuständigkeit in das Amt III zu bekommen. In diesem Referat wurden einerseits Polizeirechtsfragen bearbeitet. Andererseits hatte das Referat bei Gesetzesgebungsangelegenheiten des RSHA mitzuwirken. Mir sind heute zwei Erlasse vom 14. April 1943 - III A 5 Nr. 222/43 - 176 - und vom 24. September 1943 - I Org. - B. Nr. 503/43 - 151 - vorgelegt worden. Beide Erlasse enthalten eine Aufstellung der Aufgabengebiete des Referats III A 5. Ich weiss nicht, wie weit diese Aufgabengebiete - insbesondere in der Zeit meiner Tätigkeit beim RSHA - tatsächlich vom Polizeireferat wahrgenommen worden sind. Ich hatte zu diesem Referat nur wenig Kontakt, da es in einem anderen Gebäude untergebracht war.

J. R.

- jedenfalls soweit ich mich erinnere . Hinzu kam, dass kurz nach meiner Ankunft in Berlin durch die Ereignisse des 20.7.1944 und die Situation an den umliegenden Fronten andere Ereignisse völlig im Vordergrund standen.

Als Schwerpunkt in meiner Tätigkeit kann ich mich an eine umfassende Berichterstattung über die allgemeine Führungs situation, die Problematik " Volk-Führung ", die Situation in der Wehrmacht, insb~~ondere~~ in der Luftwaffe und den Versuch des Aufbaus eines Nachrichtennetzes in vermutlich vom Kriegsgegner besetzten Gebieten erinnern. Ich habe Ende des Jahres 1944 längere Dienstreisen durch die Abschnitte an der Westgrenze unternommen, um mit den Abschnittsführern Möglichkeiten für den Aufbau eines geheimen Nachrichtennetzes zu fixieren erörtern. Diese Versuche sind ohne Erfolg geblieben, da die Zeit zu kurz war .

Mir ist heute der Geschäftsverteilungsplan des Amtes III nach dem Stand vom 15. September 1944 vorgelegt worden. In diesem Geschäftsverteilungsplan ist das genannte Polizeireferat als Abteilung III A 4 aufgeführt. Die Angaben in dem Geschäftsverteilungsplan entsprechen meiner Erinnerung an die tatsächlichen Verhältnisse. Die Neugliederung des Amtes III ist meiner Erinnerung nach aber nicht erst im September 1944 erfolgt. Mindestens wurde sie schon früher praktiziert. Von den im Geschäftsverteilungsplan genannten Referenten habe ich SS-OStubaf. Rothmann und ORR. Gfot e bereits oben erwähnt. Auch an die weiteren Namen Jedamzik und Mayr kann ich mich erinnern. Ich weiss mit

Yr.

Sicherheit, dass sie bei der Abteilung III A 4 tätig waren. Ich kann aber keine Angaben darüber machen, was jeder einzelne von ihnen bearbeitet hat und wie die Dienstgeschäfte intern aufgeteilt waren.

Die seinerzeit zur Behandlung polnischer und sowjetrussischer Kriegsgefangener und Zivilarbeiter erlassenen Bestimmungen des RSHA sind mir in meiner Tätigkeit in Posen nur im grossen Rahmen bekannt geworden. Das Institut der "Sonderbehandlung" war mir allerdings bekannt. Ich kann keine Angaben darüber machen, wer diese einzelnen Erlasse federführend bearbeitet hat. Ich ~~nehme~~ aber an, dass sie als Exekutiverlasse aus dem Amt IV des RSHA stammten. Ob das Polizeireferat in ~~figgde~~ einer Weise bei der Bearbeitung dieser Erlasse eingeschaltet war, ist mir nicht bekannt. Mir ist heute der Schnellbrief des RSHA - II A 2 Nr. 567/42 - 176 - vom 5. November 1942 betreffend "Strafrechtpflege gegen Polen und Angehörige der Ostvölker" vorgelegt worden. Dieser Schnellbrief war u.a. auch an die Leiter der SD-(Leit-) Abschnitte gerichtet und müsste deshalb auch mir in Posen zugegangen sein. An den Inhalt dieses Schnellbriefes habe ich keine Erinnerung mehr. Ich weiss aber noch, dass seinerzeit Bestrebungen bestanden, das Polenstrafrecht vollständig auf die Sicherheitspolizei zu übernehmen. Mir ist auch erinnerlich, dass gegen diese Absichten sowohl bei der Justiz als auch bei politischen Stellen grosse Widerstände bestanden haben. Ich kann mich nicht mehr erinnern, wie die Stellungnahme im ^{sog.} Warthegau im einzelnen ausgesehen hat.

J.

Der zu dieser Frage ergangene weitere Erlass des RSHA - III A 5 b Nr. 187 3/43 - 176-3 vom 30. Juni 1943 ist mir ebenfalls nicht mehr erinnerlich. Ich weiss nicht, ob ich ihn jemals erhalten habe.

Der Erlass des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD - III A 4 (neu) - 296/44 - vom 4. Dezember 1944 betreffend 'Bekämpfung der Kriminalität unter den polnischen und sowjetrussischen Zivilarbeitern' ist während meiner Tätigkeit in Berlin ergangen. Es ist möglich, dass ich ihn seinerzeit abgezeichnet habe. Auch an seinen Inhalt habe ich keine Erinnerung. Das mag daran liegen, dass meine Hauptaufgaben, wie oben geschildert, auf anderem Gebiet lagen. Es ist auch möglich, dass ich zu dem fraglichen Zeitpunkt nicht in Berlin war, sondern auf Dienstreisen.

Von einer Sonderaktion gegen Justizhäftlinge, die vor Strafende von der Polizei übernommen und in Konzentrationslager gebracht wurden, ist mir ebenfalls nichts bekannt. Wie mir heute mitgeteilt wurde, lag der Zeitpunkt dieser Aktionen im wesentlichen vor meiner Tätigkeit im RSHA. Auch in Posen habe ich davon nichts erfahren. Im Oberlandesgerichtsbezirk Posen lagen die Zuchthäuser Wronke und Rawitz, ein weiteres Zuchthaus in der Nähe von Lissa und eines in der Umgebung von Lodz. Ob aus diesen Zuchthäusern zu der fraglichen Zeit Gefangene in die Konzentrationslager abgegeben worden sind, weiss ich nicht. Den Begriff "Vernichtung durch Arbeit" habe ich im Zusammenhang mit Konzentrationslagern schon gehört. Ich kann aber nicht mehr sagen, ob dies vor Kriegsende war oder später. Bei meinen Vernehmungen in Polen ist mir dieser Begriff jeden-

- 7 -

falls wiederholt vorgehalten worden.

Auch hinsichtlich der hier in Frage stehenden Sonderaktion kann ich keine Angaben darüber machen, wer an der Planung und Durchführung beteiligt war. Insbesondere kann ich nicht sagen, ob das Polizei-referat in irgendeiner Weise mitgewirkt hat.

Weitere Angaben kann ich nicht machen.

Das Vernehmungsprotokoll ist in meiner Gegenwart laut diktiert worden. Ich verzichte darauf, es noch einmal durchzulesen.

Ende der Vernehmung 11.35 Uhr

Genehmigt u. unterschrieben :

.....
H. J. M.

Geschlossen :

W. Böcklin
H. und M.

Lebenslauf

Ostern 1916 bis Ostern 1920 Besuch der Volksschule in Chemnitz.

Ostern 1920 bis Ostern 1929 Besuch des Reform-Real-Gymnasiums in Chemnitz, Abschluss Reifeprüfung.

Sommersemester 1929 bis Januar 1934 Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg /Br., Halle, Bonn und Leipzig. Januar 1934 1. Juristische Staatsprüfung an der Universität Leipzig mit "befriedigend" bestanden.

1.4.1934 bis Ostern 1937 Referendar-Ausbildung in Sachsen.

20.10.1937 Große Juristische Staatsprüfung vor dem Oberlandesgericht Dresden mit "gut" bestanden.

Im September 1930 Beitritt zur NSDAP und einige Zeit später zur SA. Zugehörigkeit zum Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund. Im Juni (?) 1934 Übertritt von der SA in die SS (SD). Ehrenamtliche Tätigkeit bei dem damaligen SD-Oberabschnitt Elbe in Chemnitz, später Leipzig, für Presse, Organisations- und Personalfragen.

Nach dem 2. Staatsexamen hauptamtlicher Angestellter des SD, und zwar Stabsführer des SD-Leitabschnittes Dresden. Etwa Ende 1938 Übernahme als Assessor in das Reichsministerium des Innern (Hauptamt Sicherheitspolizei). Weiterhin kommandiert zum SD.

Am 1.5.1940 Versetzung von Dresden nach Posen als Führer des dortigen SD-Leitabschnittes. Tätigkeit dieser Dienststelle: Beobachtung der Lebensgebiete Inland. Juli 1940 Beförderung zum Regierungsassessor.

Juli 1941 Beförderung zum Regierungsrat.

Den Beamtenbeförderungen entsprachen die Beförderungen in der SS.

- 2 -

Vom April 1942 bis Juli 1944 nebenamtliche Tätigkeit in der Abteilung I (Innere Verwaltung) in der Behörde des Reichsstatthalters in Posen.

Am 1.7.1944 Versetzung zum Reichssicherheitshauptamt nach Berlin als Gruppenleiter III A (Verwaltung und Recht).

9.11.1944 Beförderung zum Oberregierungsrat und SS-Obersturmbannführer.

Zum Kriegsende Tätigkeit in Flensburg in der Nachrichtenstelle der Nord-Gruppe der geschäftsführenden Reichsregierung.

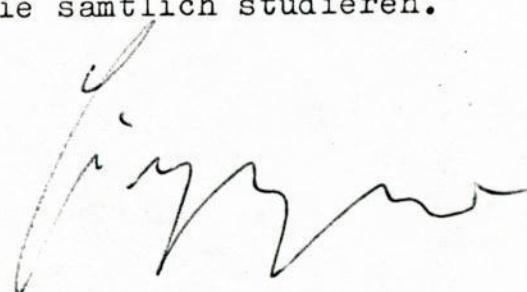
20.7.1945 Verhaftung durch die Engländer und bis 10.1.1957 in Internierung und Gefangenschaft in Deutschland bzw. seit Februar 1947 in Polen.

1949 wegen des Vorwurfs der "Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation" und der Tätigkeit in Polen während des Krieges Verurteilung zu lebenslänglichem Gefängnis durch das Kreisgericht in Posen. Vorzeitige Entlassung nach Deutschland im Januar 1957 aufgrund einer Amnestie.

Erneute berufliche Tätigkeit ab 1.1.1958.

Ich bin seit 9.5.1938 verheiratet und habe 3 Söhne im Alter von 27, 24 und 21. Jahren, die sämtlich studieren.

12.12.1966



1 Js 4/64 (RSHA)
1 Js 13/65 (RSHA)

V.

1) Vermerk:

Der für heute zur StA Bonn geladene Zeuge Dr. M e y e r-E c k h a r d t hat bereits telegrafisch mitgeteilt, dass er wegen Erkrankung heute nicht zur Vernehmung erscheinen könne.

Bei der StA Bonn erreichte mich heute ein Telefonanruf seiner Ehefrau, die sich erkundigte, ob mich dieses Telegramm noch erreicht habe. Sie teilte ferner folgendes mit: Ihr Ehemann befindet sich wegen Darmblutungen zur Beobachtung im Krankenhaus. Falls keine ernstliche Erkrankung festgestellt werde, solle er möglicherweise heute Nachmittag aus dem Krankenhaus entlassen werden. In diesem Fall wäre er bereit, sich in den nächsten Tagen vernehmen zu lassen. Da er wegen des Blutverlustes noch sehr geschwächt sei, könne er aber nicht zur StA Bonn kommen, sondern bitte um Vernehmung in seiner Wohnung in Siegburg.

Mit Rücksicht auf den geschilderten Gesundheitszustand und die Schwierigkeiten einer Vernehmung in der Wohnung habe ich von einer Änderung des Reiseplanes (Rückflug am 14.12. Nachmittag) abgesehen und Ladung zu einem späteren Termin in Aussicht gestellt.

2) z.d.A.

Bonn, den 12.12.1966

6.

Der Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht Berlin

(Dienststelle)

1 Js 13/65 (RSHA)

(Geschäftszeichen)

225
Merkblatt angelegt.

Fingerabdrücke genommen? Ja — Nein*)

Lichtbilder gefertigt? Ja — Nein*)

Person ist — nicht — festgestellt.*)

Im Deutschen Fahndungsbuch — Festnahmen/Aufenthalts-
ermittlungen —, in der Fahndungskartei ausgeschrieben?
Ja — Nein*)

*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

x Berlin z. Z. Bonn, den 13.12. 1966

Verantwortliche Vernehmung

Es erscheint*) auf Vorladung im Dienstgebäude der Staatsanwaltschaft Bonn

der / die Nachgenannte

wohhaft in Bonn-Duisdorf, Lüngsdorfer Straße Nr. 69

Fernruf und erklärt:

1. a) Familienname

auch Beinamen, Künstlername, Spitzname, bei Namensänderung
früherer Familienname, bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name
des früheren Ehemannes

a) Saev ecke

b) Vornamen (Rufname ist zu unterstreichen)

b) Theo Emil

2. Geboren

am 22.3.1911 in Hamburg

Kreis (Verwaltungsbezirk) Hamburg

Landgerichtsbezirk Hamburg

Land Hamburg

3. a) Beruf

aa) erlernter

bb) z. Z. der Tat ausgeübter

cc) Stellung im Beruf (z. Z. der Tat)

a) Regierungs- und Kriminalrat

aa) Kriminalbeamter

bb) Kriminalkommissar

cc) Kriminalkommissar

Hier ist anzugeben:

ob Geschäftsinhaber, Gehilfe, selbständiger Handwerksmeister,
Geselle usw.

b) entfällt

b) Ferner sind anzugeben:

- bei Ehefrauen Beruf des Ehemannes
- bei Beamten und Behördenangestellten genaue Anschrift der
Dienststelle
- bei Studierenden Anschrift der Hochschule und das belegte Lehrfach
- bei Trägern akademischer Würden (Dipl.-Ing., Dr., D. usw.),
wann und bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde

c) entfällt

c) bei Erwerbslosigkeit
seit wann?

a) entfällt

b)

5. a) Familienstand ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — getrennt lebend	a) verheiratet
b) Vor- und Familienname des Ehegatten bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes	b) Ursula geb. Giesecke
c) Wohnung des Ehegatten bei verschiedener Wohnung	c) wie umseitig
d) Beruf des Ehegatten	d) Hausfrau
6. Kinder a) Anzahl b) Alter	a) 2 b) 25 u. 10
7. a) Vater, Vor- und Zuname Beruf Wohnung b) Mutter, Vor- und Geburtsname Beruf Wohnung (auch wenn Eltern bereits verstorben) c) Vormund*), Pfleger*) oder Bewährungshelfer*), Vor- und Zuname Beruf Wohnung	a) Karli Saevecke Stadtobersekretär Oldenburg i. Holstein b) Maria geb. Sattelberg Hausfrau wie oben c) entfällt
8. Staatsangehörigkeit (auch evtl. frühere)	Deutschland
9. Ehrenämter in Staat, Gemeinde oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (Schöffe oder Geschworener — Handels-, Arbeits- oder Sozialrichter — Vormundschaften — oder Pflegesachen — Bewährungshelfer — sonstige Ehrenämter)	entfällt
10. Personalausweis Reisepass, sonstige Ausweise und Berechtigungsscheine (Art, ausstellende Behörde, Nummer, Ausgabedatum) z. B. Führerschein, Wandergewerbeschein, Legitimationskarte, Jagd- oder Fischereischein, Waffenschein, Schiffer- oder Lotsenpatent, Unterbringungsschein nach Gesetz zu Art. 131 GG, Rentenbescheid, Sprengmeisterschein	BPA Nr. D 4450584
11. Vorstrafen und anhängige Strafverfahren Maßregeln der Sicherung und Besserung (Strafe zur Bewährung ausgesetzt — bedingte Entlassung bewilligt) a) nach eigenen Angaben b) Ergänzung nach amtli. Unterlagen	a) keine b)

Mir wurde eröffnet, daß ich in dem Ermittlungsverfahren gegen Streckenbach u.a. frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Teilnahme am Mord - Mitwirkung an der Einweisung von Justizgefangenen in Konzentrationslagern zur "Vernichtung durch Arbeit" - als Beschuldigter vernommen werden soll. Meine Rechte aus § 136 StPO sind mir bekannt. Ich bin bereit, mich hier zu äußern.

Im Okt. 1934 bin ich als Kriminalkommissaranwärter bei der Kriminalpolizei in Lübeck eingetreten, nahm im Jahre 1937 an einem Kriminalkommissarlehrgang in Bln.-Charlottenburg teil und wurde im Frühjahr 1938 zur Kriminalpolizeileitstelle nach Berlin versetzt. Dort übernahm ich das Brandkommissariat. Im Sept. 1939 wurde ich zur Kripoleitstelle Posen abkommandiert und übernahm dort das Kommissariat Kapitalverbrechen. Ich blieb dort gläublich bis Mitte oder Herbst 1940 und wurde dann abgeordnet zum Reichskriminalpolizeiamt. Im RKPA war unter Leitung des RR u. KR Dr. Riese eine Sonder-dienststelle gegründet worden, die sich mit der kolonialen Planung der Polizei befaßte. Der Chef von Dr. Riese war ein Min.-Rat Dr. Zindel, der die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation leitete (IKPK). Da ich früher einmal zur See gefahren war und Sprachkenntnisse besaß, war ich mit der Vorplanung für die Ausbildung von Polizeibeamten in den früheren Kolonien beauftragt worden. Diese Planung erstreckte sich auch Auswahl der Bewerber, ärztliche Untersuchung auf Tropentauglichkeit, die Erlernung afrikanischer Sprachen und über die Verhältnisse in Afrika selbst. Es waren Lehrgänge in Berlin und an der italienischen Kolonialpolizeischule in Tivoli bei Rom vorgesehen. Es haben dann auch sowohl Lehrgänge in Berlin als auch in Italien stattgefunden. Die Bewerber setzten sich aus Angehörigen der Kriminalpolizei, der Geheimen Staatspolizei und des SD zusammen. Nach Beendigung dieser Lehrgänge kam es darauf an, bis zum Einsatz in Afrika mit den Bewerbern in Verbindung zu

bleiben und sie weiterhin zu schulen. Dazu wurden uns von Universitätsprofessoren die entsprechenden Sprachen für die Fortbildung ausgearbeitet. Vor meiner Tätigkeit in dieser kolonialen Planung im RKPA in Berlin hatte für eine kurze Zeit Dr. Ochs diese Aufgaben wahrgenommen. Es ist möglich, daß ~~noch~~ ein KK Wisszinski sich in meiner Abwesenheit oder nach meinem Fortgang auch mit diesen Dingen befaßt hatte. Mir war von Dr. Riese innerhalb seines Referates ein Zimmer zur Verfügung gestellt worden; außerdem war mir ein Kriminalassistent- oder Oberassistent zugeteilt worden, dessen Namen eventuell Bossert oder ähnlich gelautet haben kann. Es war noch ein zweiter Herr dort, der nach meiner Erinnerung Strobel hieß. Mit den sonstigen Dienstgeschäften des Dr. Riese hatte ich nichts zu tun. Ich war bis heute der Ansicht, daß Dr. Riese in der Reichszentrale ~~des~~ Betrug und Lobbies Mord bearbeitete. Dr. Riese war nebenbei noch Verbindungsmann zum kolonialpolitischen Amt der NSDAP. Bei einem Lehrgang in Rom, an dem ich auch teilnahm und Dr. Riese die Leitung des Lehrganges übernommen hatte, hatte er sehr viel Ärger mit einigen höheren Dienstgraden vom SD und von der Gestapo. Ich erinnere auch, daß Dr. Riese, der vollkommen schuldlos war, von Heydrich gemäßregelt wurde.

Im Frühjahr 1942 wurde ich innerhalb der kolonialen Planung zur italienischen Afrikapolizei abgeordnet, verblieb einen Monat in Rom im Kolonialministerium und ging am 9. Mai 1942 mit General Presti, dem Kommandeur der italienischen Polizei in Libyen, ^{nach Afrika} in Afrika verblieb ich bis zum 9. Mai 1943. Nach meiner Rückkehr habe ich in Berlin keinen Dienst polizeilicher Art mehr aufgenommen, sondern kam nach Korsika und von dort nach Italien, wo ich bis zum Zusammenbruch verblieb.

Dem Vorbeugungsreferat ^{beim RKPA} habe ich ~~jemals~~ niemals angehört, kenne daher auch weder die organisatorische Gliederung, personelle Besetzung und durchgeführte Aufgaben. Wenn ich in einem Telefonverzeichnis des ~~Referats~~ RSHA vom Mai 1942 mit der Referatsbezeichnung V A 2 aufgeführt bin, so hängt es sicher damit zusammen, weil mir von Dr. Riese, innerhalb der ihm zur Verfügung stehenden Räume, ein Zimmer zugewiesen worden war. Wäre Lbbebz. B. mit der Aufgabe kolonialer Planung beauftragt worden, hätte dieser mir sicherlich eines von seinen Zimmern zur Verfügung gestellt. Mir wird vorgehalten, daß der frühere Kriminalbeamte Johannes Heins in einem Schreiben vom 1. Juni 1949 angegeben hat, er wäre mit mir zusammen 1 Jahr lang im RKPA tätig gewesen. Das ist nicht so zu verstehen, daß wir im RKPA die gleiche Materie bearbeitet haben.

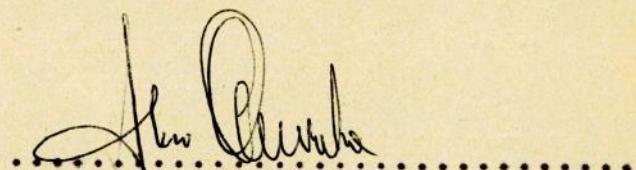
Wie ich bereits in der Vorbesprechung erklärt habe, kann ich über eine Aktion, in deren Rahmen mehrere tausend Justizgefangene, deren Strafhaft noch nicht beendet war, und die von der Polizei übernommen wurden, um in Konzentrationslager übergeführt zu werden, keine Angaben machen. Ich hatte mit dieser Angelegenheit dienstlich niemals etwas zu tun. Auch vom Hörensagen ist mir darüber nichts bekanntgeworden.

Geschlossen:

(Bilstein), STA'IN

(Konnerth), KOM

selbst diktiert, genehmigt und unterschrieben



Bl.

V.

1) Vermerk:

Der Beschuldigte Dr. M a l y hat der Ladung zur Vernehmung bei der STA Köln am 7. Dezember 1966 keine Folge geleistet. Er konnte auch heute telefonisch nicht erreicht werden.

Da Dr. Maly schon gegenüber der Kripo Köln erklärt hatte, dass er prinzipiell nur noch vor dem Richter aussagen werde, habe ich von Versuchen, Dr. Maly herbeiholen zu lassen abgesehen und mit dem zuständigen Vernehmungsrichter beim AG Köln, Abteilung 26 c, Amtsgerichtsrat M e n k e n einen Termin zur richterlichen Vernehmung für Freitag, d. 13. Januar 1967, 10 Uhr vereinbart.

Gegen Dr. Maly ist beim Landgericht Köln das Strafverfahren 24 Ks 1/64 wegen Freiheitsberaubung im Amt mit Todesfolge (Einweisung einer wegen Schwangerschaft lagerunfähigen Zigeunerin in das KL Auschwitz) anhängig. Mit dem Sachbearbeiter dieses Verfahrens bei der STA Köln, EStA K l e i n e r t, habe ich heute Rücksprache genommen. Er teilte mir mit, Dr. Maly habe sich nach Eröffnung des Hauptverfahrens einer Magenoperation unterziehen müssen. Infolge dieser Operation und anderer Erkrankungen sei er verhandlungsunfähig. Das Strafverfahren sei deshalb vorläufig eingestellt. Dr. Maly werde in Abständen von einem halben Jahr nachuntersucht. Z.Zt. laufe gerade eine solche Untersuchung durch den Gerichtsmediziner und den zuständigen Amtsarzt. Ob Dr. Maly vernehmungsfähig ist, sei nichtbekannt. In den bisherigen Attesten sei von einer Verhandlungsfähigkeit von etwa 1 Stunde ausgegangen worden. EStA K l e i n e r t versprach Ablichtungen der bisher vorliegenden und der zu erwartenden amtsärztlichen Bescheinigungen zum hiesigen Verfahren zu übersenden.

Er bat seinerseits, ihm Ablichtungen aus dem GV-Plan des Amtes V (Gruppe A) zu übersenden.

Anschliessend habe ich die Zentralstelle beim Ltd.OStA in Köln aufgesucht. Wegen Abwesenheit von OStA K e p p e r (er befindet sich z.Zt. zu Vernehmungen in Israel) konnte ich über den Stand der Umfragen bei ehem. Häftlingen des KL Mauthausen zur Abgabeaktion keine Auskünfte erhalten.

2) z.d.A.

Köln, d. 14. Dezember 1966

61

Der Polizeipräsident in Berlin

AV-B-h/66

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42 (Tempelhof)
Tempelhofer Damm 1-7
Fernruf: 66 00 17
Im Innenbetrieb:

, den. S. D.
App. 2070

230

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin

1 Berlin 19

Amtsgerichtsplatz 1



16. DEZ. 1946
17. Frankfurt am Main

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes wegen Verdachts des Mordes; hier: Dienstreise des Kriminalobermeisters Konnerth und des Polizeioberwachtmeisters Bloeks nach Nürnberg u.a. Orten

Vorgang: Dortiges Ersuchen vom 9.12.1965 und 6.9.1966
-Az.: 1 Js 13/65 (RSHA) -.

In der o.a. Angelegenheit haben der Kriminalobermeister Konnerth und der Polizeioberwachtmeister Bloeks in der Zeit vom 31.10. - 11.11.1966 eine Dienstreise nach Nürnberg u.a. Orten durchgeführt.

Aus diesem Anlaß sind hier Reisekosten in Höhe von

1.167.52 DM

in Worten: Tausendeinhundertsiebenundsechzig DM 52 Pf.-
entstanden

Ich bitte zu veranlassen, daß die Kosten gemäß § 92 GKG in Verbindung mit den Durchführungsbestimmungen zu den Kostengesetzen (Kostenverfügung) vom 7.9.1957 als Gerichtskosten festgesetzt und von den Kostenschuldner*innen eingezogen werden.

Einer Überweisung des Betrages an mich bedarf es nicht (Entscheidung des Magistrats von Groß-Berlin - Finanzabteilung Käm II/7 - vom 26.11.1949).

Im Auftrage
Ae

/di

V.

✓ 1) zu schreiben (1 Leseschr.) unter Beifügung eines Einleitungsvermerks und der Akten 1 AR (RSHA) 181/66:

An das

Amtsgericht Köln

Abteilung 26 c

5 K ö l n

Appellhofplatz

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen ~~Streckenbach u.a.~~
wegen Mordes

hier: Richterliche Vernehmung des Beschuldigten
Dr. Hans M a l y

Anlagen: 1 Einleitungsvermerk vom 30. April 1965
1 Heft 1 AR (RSHA) 181/66

Unter Bezugnahme auf die persönliche Rücksprache mit Herrn Amtsgerichtsrat M e n k e n am 14. Dezember 1966 übersende ich einen Abdruck des Einleitungsvermerks zu meinem Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach und andere frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes mit dem Antrag, den Beschuldigten

Dr. Hans M a l y,

Köln-Rodenkirchen, Gneisenaustr. 25,

zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen richterlich zu vernehmen. Der Beschuldigte Dr. Maly hat gegenüber der Kriminalpolizei Köln geäussert, dass er prinzipiell nur noch vor dem Richter aussagen wolle. Der Ladung zu einer staatsanwaltschaftlichen Vernehmung in Köln am 7. Dezember 1966 hat er keine Folge geleistet.

Da ich bei der Vernehmung anwesend sein möchte, bitte ich den Vernehmungstermin, wie besprochen, für

Freitag, den 13. Januar 1967, 10 Uhr,
anzuberaumen.

Ein Verteidiger hat sich für den Beschuldigten Dr. Maly in dieser Sache noch nicht gemeldet.

Gegen Dr. Maly ist bei dem Landgericht Köln das Strafverfahren -24 Ks 1/64- wegen Freiheitsberaubung mit Todesfolge anhängig. Ein Abdruck der Anklageschrift vom 20. Februar 1964

befindet sich in dem beigefügten Vorgang 1 AR (RSHA) 181/66 (Bl. 32 ff.). Daraus ergibt sich der Lebenslauf des Beschuldigten sowie die Dauer und Art seiner Tätigkeit beim ehemaligen Reichskriminalpolizeiamt (Amt V des RSHA) in Berlin.

Die im Einleitungsvermerk erwähnten Dokumente sowie weitere inzwischen aufgefundene Unterlagen über die Beteiligung des Referats V A 2 des RSHA und des Beschuldigten Dr. Maly an der Einweisung der von der Justiz übernommenen Sicherungsverwahrten und Strafgefangenen in Konzentrationslager werden hier z.Zt. noch für andere Vernehmungen benötigt. Ich werde sie zum Vernehmungs-termin mitbringen.

Sollte die Vernehmung nicht am 13. Januar 1967 stattfinden können, wäre ich für frühzeitige Benachrichtigung dankbar, damit ich meinen Reiseplan, der noch weitere Vernehmungen umfasst, entsprechend einrichten kann.

2) mir zur Unterschrift

3) z.d.A.

Berlin, d. 16. Dezember 1966

U.S.
gg. 16.12.66 se.
zu 1) Seite 2+ ab 1 Erleichterung 1 Ph
16/12/66 X

1 Js 13/65 (RSHA)

An das
Amtsgericht Köln
Abteilung 26c

5 K ö l n
Appellhofplatz

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen S t r e c k e n b a c h u. a.
wegen Mordes;
hier: Richterliche Vernehmung des Beschuldigten
Dr. Hans M a l y

Anlagen: 1 Einleitungsvermerk vom 30. April 1965
1 Heft 1 AR (RSHA) 181/66

Unter Bezugnahme auf die persönliche Rücksprache mit
Herrn Amtsgerichtsrat M e n k e n am 14. Dezember 1966
übersende ich einen Abdruck des Einleitungsvermerks zu
meinem Ermittlungsverfahren gegen Bruno Streckenbach und
andere frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheits-
hauptamtes wegen Mordes mit dem Antrag, den Beschuldigten

Dr. Hans M a l y ,
Köln-Rodenkirchen, Gneisenaustraße 25,

zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen richterlich zu ver-
nehmen. Der Beschuldigte Dr. Maly hat gegenüber der
Kriminalpolizei Köln geäußert, daß er prinzipiell nur
noch vor dem Richter aussagen wolle. Der Ladung zu einer
staatsanwaltschaftlichen Vernehmung in Köln am 7. Dezember 1966
hat er keine Folge geleistet.

Da ich bei der Vernehmung anwesend sein möchte, bitte ich den
Vernehmungstermin, wie besprochen, für

Freitag, den 13. Januar 1967, 10.00 Uhr,
anzuberaumen.

Ein Verteidiger hat sich für den Beschuldigten Dr. Maly in dieser Sache noch nicht gemeldet.

Gegen Dr. Maly ist bei dem Landgericht Köln das Strafverfahren - 24 Ks 1/64 - wegen Freiheitsberaubung mit Todesfolge anhängig. Ein Abdruck der Anklageschrift vom 20. Februar 1964 befindet sich in dem beigefügten Vorgang 1 AR (RSHA) 181/66 (Bl. 32 ff.). Daraus ergibt sich der Lebenslauf des Beschuldigten sowie die Dauer und Art seiner Tätigkeit beim ehemaligen Reichskriminalpolizeiamt (Amt V des RSHA) in Berlin.

Die im Einleitungsvermerk erwähnten Dokumente sowie weitere inzwischen aufgefundene Unterlagen über die Beteiligung des Referats V A 2 des RSHA und des Beschuldigten Dr. Maly an der Einweisung der von der Justiz übernommenen Sicherungsverwahrten und Strafgefangenen in Konzentrationslager werden hier zur Zeit noch für andere Vernehmungen benötigt. Ich werde sie zum Vernehmungstermin mitbringen.

Sollte die Vernehmung nicht am 13. Januar 1967 stattfinden können, wäre ich für frühzeitige Benachrichtigung dankbar, damit ich meinen Reiseplan, der noch weitere Vernehmungen umfaßt, entsprechend einrichten kann.

Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Vfg.

1) Zu schreiben (Formular benutzen): - unter Beifügung folgender Vernehmungsdurchschriften:

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen
714 Ludwigsburg
Schorndorfer Str. 28

- a) *Kirres*
- b) *hungenau*
- c) *Dr. Stas*
- d) *Köppner*
- e) *Salverz*
- f)
- g)

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes

hier: Übersendung von Vernehmungsniederschriften pp. gemäß Nr. 8 Satz 4 der von den Justizministern und -senatoren am 28. April 1965 beschlossenen Richtlinien

Bezug: Dortiges Az. ... 415 AR 1310/63

Anlage(n): Vernehmungsniederschrift (en)

Als Anlage (n) übersende ich ... 5 ... Vernehmungsniederschrift(en) mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum dortigen Verbleib.

2) Z.d.A.

Berlin, den 19.12.66

181

Se 1/ub + 5. Aufl.

21/12.66